

**WIR
WISSEN,
WAS
WIR
TUN.**

10. ORDENTLICHE LANDESKONFERENZ
DES JUSO-LANDESVERBANDES NRW

10. – 11. SEPTEMBER 2011 IN AACHEN

Juso-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf
Telefon 0211.13 622-325
Fax 0211.13 622-303
E-Mail info@nrwjusos.de
www.nrwjusos.de

Verantwortlich: Robin Baranski

ÜBERSICHT DER BESCHLÜSSE

Ausblick und Bilanz Landespolitik.....	5
A 1 NRW VON MORGEN: Wir wissen, was wir tun.....	7
Bildung und Teilhabe	13
B 3 Inklusion konsequent gestalten!.....	14
B 4 Bundeswehr raus aus Schulen – Kooperationsvereinbarung kündigen!	15
B 5 Einführung des Hauswirtschaftsunterrichts in allen Schulformen.....	17
B 12 Wählen ab 16 – Der Kampf ist nicht beendet!	18
Europa / Internationales / AntiFaschismus	19
E 1 Entwicklungspolitik	21
E 2 Europa der Toleranz und Vielfalt – Rechtspopulismus gemeinsam entgegentreten.....	26
E 3 Kriegswaffenexporte nur mit Zustimmung des Bundestages!	31
Freiheitsrechte / Digitales Leben	33
F 1 Die soziale Frage im Netz stellen - digitale Ungleichheit überwinden.....	35
F 2 Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft	38
F 3 Kein neuer Straftatbestand „Angriff auf BeamtInnen“	41
F 4 Keinerlei Form von Vorratsdatenspeicherung in Deutschland!.....	42
Generationengerechtigkeit.....	43
G 1 Generation(en) gerecht: Mehr Umverteilung im Heute wagen!.....	45
G 2 Öffentliche Investitionen: Wir wissen, was wir tun.	50

Initiativanträge.....	55
I 1	Kein Ausruhen auf dem „Konsens“ – Das Erreichen bester Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler bleibt Kernpunkt der Landespolitik!57
I 3	Trauer der NRW Jusos und Solidarität mit der AUF64
I 4	RRX jetzt!.....65
Nachhaltige Wirtschaftspolitik.....	67
N 1	Marktkonzentration im Energiebereich abbauen – dezentrale Energiewende einleiten69
N 6	Deutscher Corporate Governance - Kodex – Schluss mit Best Practice72
Parteireform und Organisationspolitik.....	73
P 1	Parteireform: Wir wissen, was wir tun..... 75
P 7	Keine Verklärung der deutschen Geschichte – Unvereinbarkeit mit dem BdV.....83
P 8	Durchsetzung des Unvereinbarkeitsbeschlusses.....83
Sozialstaat gerecht	85
S 1	Arbeitest du noch oder lebst du schon? Wir brauchen eine Reorganisation der Lebensarbeitszeit87
S 2	Steuerhinterziehung durch schlagkräftigen und solidarischen Länderfinanzausgleich beenden.....90
S 3	Frauen auf dem Arbeitsmarkt.....92
S 7	Arbeitnehmervertreter stärker schützen95
Weitere Anträge.....	97
W 1	Frauen im Schwangerschaftskonflikt urteilsfrei und bedarfsgerecht beraten!99
W 2	Sachinformation über Schwangerschaftsabbruch ermöglichen: §219a StGB ergänzen!.....100
W 3	Selbst mit gutem Beispiel vorangehen – Elternzeit auch für Abgeordnete!.....100

AUSBLICK UND BILANZ LANDESPOLITIK

A 1 NRW VON MORGEN: Wir wissen, was wir tun..... 7

A 1

NRW VON MORGEN: WIR WISSEN, WAS WIR TUN.

RICHTSCHNÜRE DER POLITIK MIT LANDESPOLITISCHER FOKUSSIERUNG DER NRW JUSOS 2011 UND 2012 - BILANZ UND ANFORDERUNGEN AN DIE ROT-GRÜNE LANDESPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN DURCH DIE NRW JUSOS

Die Jusos in Nordrhein-Westfalen haben sich 2009 in einem umfassenden Prozess auf den Weg gemacht und ein eigenes Forderungs- beziehungsweise Wahlprogramm für die NRW-Landtagswahlen 2010 aufgestellt. Viele Thesenpapiere wurden breit im Landesverband und mit Fachleuten diskutiert. Bereits zu diesem Zeitpunkt waren die NRW Jusos mit diesem umfassenden Prozess den Diskussionen in anderen politischen Jugendorganisationen voraus.

Als dieser Weg begonnen wurde, war der Schock durch die krachend verlorene Bundestagswahl noch allgegenwärtig. Viele Genossinnen und Genossen glaubten nicht, dass bei den NRW-Wahlen auch nur die geringste Chance zur Regierungsübernahme bestünde. Doch davon haben sich die Jusos nicht negativ beeinflussen lassen. Der Wunsch ein möglichst dezidiertes und gutes Programm zu schreiben, unsere Inhalte in den Vordergrund zu stellen und dafür bei der Mutterpartei zu werben, überragte die Unsicherheiten aus der verlorenen Bundestagswahl. Der Kampfgeist und der Wille in Nordrhein-Westfalen im Sinne vor allem der jungen Menschen einen Regierungswechsel zu unterstützen, wuchs mit dem Juso-Wahlprogramm „NRW VON MORGEN“.

Am 21. Februar 2010 wurde das Programm dann einstimmig bei der Landeskonferenz in Bochum beschlossen, nicht ohne der damaligen Spitzenkandidatin und heutigen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die Unterstützung zuzusichern und sie in dem Glauben zu bestärken, dass ein Politikwechsel in NRW nötig und möglich ist. Doch wir Jusos haben bereits dort klar gemacht, dass wir die guten Inhalte aus unserem Programm nicht nur aufschreiben, sondern auch umsetzen wollen. Dafür haben wir einen engagierten Wahlkampf mit unseren Inhalten geführt, seit an Seit mit der NRWSPD. Selbstbewusst können wir heute sagen: Dass der Regierungswechsel gelingen konnte, ist zu einem großen Prozentsatz auch allen Jusos in NRW zu verdanken. Kaum ein Wahlkampfaktion im Land, die ohne Jusos lief, vielmehr führten wir zudem einen eigenständigen und bemerkenswerten Wahlkampf.

Das Ergebnis der Landtagswahl bestätigte unser Engagement. Zwar muss ehrlich gesagt werden, dass wir uns eine noch stärkere NRWSPD hätten vorstellen können, doch es reichte für einen Regierungswechsel zu Rot-Grün. Mit 90 Sitzen regiert diese Regierungskoalition seither trotz aller Unkenrufe stabil und an den Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen orientiert.

Wir sehen unsere Aufgabe dabei vor allem darin die Partei, Fraktion und Regierung stetig daran zu erinnern, dass sie unsere Inhalte umsetzen müssen, um NRW zu verbessern. Diesen deutlichen Anspruch auf Grundlage unseres Programmes haben wir auch im Landesarbeitsprogramm „Aufbruch für NRW“ festgeschrieben: „Der Maßstab unserer Politik und unsere Erwartungen an eine von der NRWSPD geführte Regierung ergeben sich aus unserem Programm „NRW VON MORGEN“. Hierauf berufen wir uns auch weiterhin, oder vielmehr an diesen Zielen müssen wir uns, aber auch Regierung und Partei messen lassen. So sind all diese Inhalte unseres einstimmigen Beschlusses auch weiterhin für uns Messlatte unserer Politik.“

An dieser Feststellung hat sich innerhalb eines Jahres nichts geändert und es wird für uns auch Richtschnur sein, solange diese Legislaturperiode in Nordrhein-Westfalen dauert. Wir haben nach einem Jahr bereits viele unserer Ziele umgesetzt, mehr als uns viele zugetraut hätten. Das gibt uns zusätzliche Zuversicht und noch mehr Selbstbewusstsein. Doch das reicht uns noch nicht! Es geht noch besser als gut! Wir werden Wort halten, uns weiter an unseren Anforderungen aus Wahlprogramm und Landesarbeitsprogramm orientieren und in kritisch-konstruktiver Begleitung der Politik von Partei, Fraktion und Regierung weiter unsere Ziele umsetzen, um Nordrhein-Westfalen noch weiter zu verbessern. Unsere Hauptschwerpunkte, die wir erreicht haben, die wir erreichen werden – darum geht es in diesem Antrag, der uns allen eine Orientierung geben kann, wofür wir

auf Landesebene vorrangig streiten. Denn eines hat sich bisher bewährt und wird weiter von uns verfolgt: Wenn wir alle gemeinsam – alle Jusos in NRW – etwas einfordern, sind unsere Möglichkeiten Politik aktiv zu gestalten, sehr groß!

RESPEKT: WAS WIR ERREICHT HABEN

Was wir innerhalb des letzten Jahres erreicht haben ist keinesfalls abschließend und wir werden uns damit auch nicht zufrieden geben. Dennoch verdient es Respekt. Wir können deutlich sagen, dass es einen Unterschied macht, ob man nur zusieht, oder sich einmischt. Es lohnt sich bei den Jusos aktiv zu sein. Das haben wir in letzter Zeit deutlich festgestellt und es ist eine Triebfeder unseres Engagements. Damit werben wir auch bei jungen Menschen. Wer bei uns Jusos mitmacht, erhält Einblicke in die aktuellen politischen Diskussionen und kann sie mitgestalten. Für die Umsetzung dieses Gestaltungsanspruchs sind wir alle gleich wichtig, egal ob Juso in der Stadt, oder auf dem Land, egal ob Neumitglied oder Vorsitz. Wichtig ist, dass wir die Forderungen, die wir haben, gemeinsam an die EntscheidungsträgerInnen herantragen. Dafür ist es wichtig, dass die Jusos im Unterbezirk oder Kreisverband beispielsweise die Landtagsabgeordnete vor Ort ansprechen und Handlungen einfordern, genauso wie beispielsweise der Landesvorsitzende die Forderungen schonungslos an Fraktionsvorsitz, Fraktionsgeschäftsführung oder Regierung formulieren muss. Der Vollständigkeit halber muss aber auch betont werden, dass die Jusos gehört werden können, weil uns die Partei, die Fraktion und die Regierung auch zuhören. Dass wir als GesprächspartnerInnen ernst genommen werden verdient einerseits Dank an die Zuhörenden und ist andererseits einer unserer größten Erfolge des letzten Jahres an sich: Wir haben es uns erarbeitet, dass wir als zuverlässig, kritisch-konstruktiv und ernstzunehmend gelten.

Die landesweite Verflechtung zwischen Unterbezirken, Kreisverbänden, Regios und Landesverband hat uns in der Vergangenheit messbare Erfolge eingebracht. Es waren die Jusos, welche die Diskussion um die Verhinderung der Novelle des Jugendmedienschutzstaatsvertrages (JMStV) erst in Gang gebracht haben und somit letztlich die Ablehnung der Novelle maßgeblich mitverantworten. Und es waren die Jusos, die eine große Rolle bei der Abschaffung der Studiengebühren und der nötigen Gegenfinanzierung spielten. Das haben die führenden SozialdemokratInnen fairerweise auch offen anerkannt.

Doch neben diesen offensichtlichen Erfolgen gibt es auch weitere positive Veränderungen in NRW, welche die Jusos teilweise öffentlich, teilweise hinter den Kulissen positiv beeinflusst haben. Von der Durchsetzung im Wahlprogramm der NRWSPD, im Koalitionsvertrag, über Veranstaltungen, Gespräche, bis hin zur öffentlichen, teils kontroversen Begleitung. Einige dieser Punkte sind:

- » Der Kinder- und Jugendförderplan wurde um 20 Prozent aufgestockt.
- » Die U3-Betreuung wird ausgebaut.
- » Das letzte KiTa-Jahr ist bald gebührenfrei. Ein wichtiger Schritt zur allgemeinen Gebührenfreiheit, die für uns weiterhin eine zentrale Forderung bleibt.
- » Die oftmals diskriminierenden verbindlichen Grundschulgutachten wurden abgeschafft.
- » Die Drittelparität in Schulkonferenzen wurde als wichtiges Mittel der Demokratie an Schulen wieder eingeführt.
- » Die sinnlosen Kopfnoten wurden abgeschafft.
- » Eine Diskussion über die Veränderung des Hochschulfreiheitsgesetzes hat begonnen und geht ebenso einher mit der Diskussion um die Verbesserung des Bachelor- und Mastersystems.
- » Es gibt ein deutliches Bekenntnis zur Erhaltung der Satzungs- und Finanzhoheit der verfassten Studierendenschaften.
- » Das Landespersonalvertretungsgesetz sorgt für mehr Mitbestimmung der Landesbeschäftigten und Jugendauszubildendenvertretungen.
- » Das Land unterstützt die Einführung eines Sozialtickets.
- » Die Stichwahl in Kommunen wurde wieder eingeführt.
- » Die Stärkung der Branche der erneuerbaren Energien wurde begonnen, bedarf aber noch zusätzlichen Engagements

Zudem fanden einige unserer Vorschläge die Unterstützung durch die Landesregierung in Initiativen. So wurde auf Bundesebene und im Bundesrat beispielsweise für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns eingetreten. Ebenso wurde eine Quote in Spitzenpositionen der Wirtschaft gefordert und die Bedingungen für den schnellen Atomausstieg verbessert. Leider stoßen einige dieser Bemühungen auf Gegenwehr der schwarz-gelben Bundesregierung. Dennoch fühlen

wir uns auch außerhalb von NRW durch die jetzige Regierung erheblich besser vertreten, als durch die Vorgängerregierung. Auch rassistische Äußerungen der Landesspitze gehören endlich der Vergangenheit an.

Der präventive Politikansatz, der von allen Ebenen, allen voran der Ministerpräsidentin derzeit vertreten wird, entspricht den Forderungen die wir seit langem haben. Investitionen in Bildung, Kommunen, Infrastruktur und Soziales bedeuten Investitionen in die Zukunft und verhindern teure Reparaturkosten. Dieser nicht immer einfache, aber doch erfolgreiche Weg muss auch weiterhin von der NRWSPD beschritten und verbreitet werden.

HAND AUF'S HERZ: WAS WIR NICHT GESCHAFFT HABEN

Wir sind aber auch so ehrlich festzuhalten, dass es trotz vieler Erfolge auch Forderungen gab, die wohl keine Umsetzung finden werden. Während es im weiteren Verlauf des Antrages noch darum geht, was wir mit der NRWSPD umsetzen können, oder wo wir sie überzeugen müssen, gibt es auch Wünsche von uns, die nicht berücksichtigt wurden. Wir kämpfen dennoch weiter für ihre Umsetzung, auch wenn wir ehrlich zugeben müssen, dass es eine schwere Aufgabe wird.

Die Abschaffung von Gebühren in den Schulen, beispielsweise von Kopiergeld oder Toilettengeld scheint nicht absehbar. Zumindest aber kostenfreie Mittagessen sind weiter in der Diskussion. Die Viertelparität in den Senaten der Hochschulen bei den Entscheidungen, wo es rechtlich möglich ist, scheint in die Ferne gerückt. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze bei Kommunen erhöht und die anschließende Übernahme von Landesebene her organisiert verbessert wird.

Der „Schulkonsens“ (nachfolgend Schulkompromiss) entspricht leider bei weitem nicht unseren Forderungen. Wir wollen die inklusive Gemeinschaftsschule bis zum 1. Schulabschluss. Zwar gibt es im Schulkompromiss positive Ansätze, wie beispielsweise das gemeinsame Lernen in der 5. und 6. Klasse der Sekundarschule, das Angebot einer zweiten Fremdsprache in der 6. und 8. Jahrgangsstufe, die Absenkung der Klassenfrequenzwerte und die Streichung der Hauptschule aus der Verfassung.

Doch das reicht bei weitem nicht! Die Ziele, die wir in der Schulbildung verfolgen werden dadurch nicht erreicht. Der Schulversuch, der von Rot-Grün betrieben wurde führte bereits zur Verwässerung der Gemeinschaftsschule und dazu, dass Schulen abgelehnt wurden, die eigentlich Gemeinschaftsschule werden wollten. Das war bereits nicht akzeptabel.

Jetzt schreibt der Schulkompromiss diese Verwässerung fort. Das Geld, welches durch Demografieeffekte in den Ausbau der Schulen fließen soll, reicht bei weitem nicht aus. Das längere gemeinsame Lernen muss bis zum 1. Schulabschluss fortgesetzt werden. Die weitere Festschreibung des gegliederten Schulsystems in der Verfassung zementiert ein System, das nicht die beste Schulbildung garantieren kann. Dies und viele andere Eckpunkte des Schulkompromisses finden nicht unsere Zustimmung.

Deshalb werden den Schulkompromiss nicht als Status quo anerkennen, sondern weiter für unsere Bildungsideale eintreten. Wir wollen eine breite Diskussion in der Partei, welche die Schulpolitik positiv weiterentwickelt. Langes gemeinsames Lernen, Inklusion und sehr gute Finanzierung sind dabei einige Eckpunkte. Umgehend muss es zudem jetzt Handlungsempfehlungen für die Politik vor Ort geben. Oberstufenentren, neue Gesamtschulen und die Erweiterung des gemeinsamen Lernens über die 6. Jahrgangsstufe hinaus sind erste wichtige Schritte. Unabhängig vom Kompromiss sehen wir in der Schulpolitik das Zentralabitur weiterhin kritisch und fordern, dass ein Landesprogramm dem Sanierungsstau bei den Berufsschulen begegnet.

Und: Wir haben die Studiengebührenabschaffung zum Sommersemester 2011 gefordert. Wir haben dafür gute Vorschläge vorgelegt, die leider von der Landesregierung nicht angemessen geprüft wurden. Stattdessen war die Abschaffung der Gebühren zum Sommersemester irgendwann zu spät, die Rückmeldungen wurden bereits verschickt. So mussten wir der Abschaffung zum Wintersemester zustimmen, was immer noch ein sensationeller Erfolg für uns ist, aber eben nicht unsere Maximalforderung. In diesem Zusammenhang darf man aber auch nicht vergessen, dass Hannelore Kraft während des Wahlkampfes eine Abschaffung zu 2013 in Erwägung gezogen hat. Hier waren wir es, die mit Unmengen von Telefonaten und Gesprächen noch vor der Wahl klar gestellt haben, dass wir das völlig unakzeptabel finden. Gleiches gilt für die langsame gestufte Abschaffung der Gebühren.

Obwohl sich dieser Antrag auf die Landespolitik bezieht wollen wir an dieser Stelle auch nochmal darauf hinweisen, dass trotz vieler Verbesserungen, vieler Erfolge, Veranstaltungen, Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten auch die Arbeit innerhalb des Landesverbandes noch weiter

verbessert werden kann. Im Stile des offenen und gleichberechtigten Umgangs miteinander muss der Landesvorstand sich auch in der nächsten Zeit der Kritik des Landesverbandes stellen, genauso wie alle Jusos immer aufgerufen sind Verbesserungswünsche auch tatsächlich weiterzutragen.

DA GEHT NOCH MEHR! WAS WIR MIT DER NRWSPD ERREICHEN WOLLEN

Dafür, dass die rot-grüne Landesregierung seit einem guten Jahr im Amt ist, wurden bereits viele unserer Forderungen umgesetzt, dennoch bleiben noch viele Ziele offen. Das wollen wir innerhalb des nächsten Jahres und der aktuellen Legislaturperiode des Landtages ändern. Viele Ziele teilen wir mit der NRWSPD oder es gab bereits erste Gespräche und Signale, dass Vorstellungen der Jusos in das Fraktions- und Regierungshandeln übernommen werden. Wir hoffen also, dass wir die folgenden Ziele gemeinsam mit der NRWSPD erreichen. Wir NRW Jusos werden dies jedenfalls vehement einfordern.

Gemeinsam müssen wir dafür kämpfen, dass die Gebührenfreiheit bei den KiTas tatsächlich umgesetzt wird. Das gebührenfreie letzte Kindergartenjahr ist der richtige Start, doch es darf nicht das Ziel sein. Noch in dieser Legislatur muss die gänzliche Gebührenfreiheit weiterverfolgt werden. Wir sind uns bewusst, dass dafür Geld benötigt wird und fordern die handelnden Akteure auf an ihrer Prioritätensetzung festzuhalten und in Bildung zu investieren. Die Qualität und Gebührenfreiheit von KiTas hat hier große Bedeutung. Wir haben beobachtet, dass die Grünen in NRW beginnen von dem Ziel der gebührenfreien Bildung abzurücken. Das verurteilen wir und das wird niemals unser Weg sein! Wir werden weiterhin diejenigen sein, die für komplette Gebührenfreiheit stehen, um möglichst vielen jungen Menschen den besten Bildungsweg zu ermöglichen. Wer richtigerweise Studierende von Gebühren befreit muss dies konsequenterweise auch in den anderen Bildungsbereichen tun, das ist mindestens genauso wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Außerdem halten wir an unserer Forderung fest, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz geben und die Ausbildung eine hohe Qualität haben muss. Verkürzte Ausbildungen sind für uns in den allermeisten Bereichen keine Alternative. Außerdem möchten wir erreichen, dass die Auszubildenden anspruchsberechtigt im Sinne des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG) sind. Dieser Forderung der Gewerkschaften haben nur wir uns bisher angenommen und haben es erreicht, dass der Landesvorstand der NRWSPD dieses Vorhaben einstimmig unterstützt. Nun müssen Fraktion und Regierung die Forderung umsetzen.

Wir möchten, dass die Bachelorstudiengänge mit Hilfe des Landes weiter verbessert und entzerrt werden, außerdem muss ein Bachelorabschluss endlich als berufsqualifizierender Abschluss anerkannt werden. Hierfür muss die Landesregierung massiv bei der Wirtschaft werben aber auch selbst als Arbeitgeberin für eine flächendeckende Akzeptanz dieses Abschlusses einstehen und die AbsolventInnen bei einem angemessenen Einstiegsgehalt beschäftigen.

Wir stehen weiterhin für das Abitur nach neun Jahren (G9). Es gibt Tendenzen hier eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 langfristig einzuräumen, das ist aber nicht ausreichend. Diejenigen Jahrgänge, die durch die unsäglichen Beschlüsse von Schwarz-Gelb vom doppelten Abiturjahrgang betroffen sind, müssen die bestmögliche Unterstützung durch das Land erhalten. Sie wurden von der Vorgängerregierung im Regen stehen gelassen.

Das seit längerem angekündigte Integrationsgesetz muss endlich vorgelegt werden. Es muss unsere Vorschläge beinhalten und eine bundesweite Vorbildfunktion einnehmen. Gleiches gilt für das Klimaschutzgesetz, welches mit Augenmaß die Besonderheiten des Industrielandes NRW mit guter Umwelt- und Energiepolitik verbinden muss. Auch eine nachhaltige, ökologische Wirtschaftspolitik, die auf die Schaffung von guter Arbeit achtet, bleibt unerlässlich.

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen muss weiter verbessert werden. Die Kommunen sind für uns zentrale Orte, wo präventive, solidarische und beteiligende Politik ihre direkte Umsetzung findet.

Auch das Tariftreuegesetz ist ein wichtiges Projekt. Öffentliche Ausschreibungen dürfen nur noch an solche Firmen gehen, die nach Tarif entlohnen. Eine wichtige und direkte Möglichkeit des Landes gegen Dumping-Löhne vorzugehen. Wer vor Ort lebt, soll auch mitbestimmen dürfen. Wir fordern daher das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-AusländerInnen.

Außerdem vermissen wir weiterhin den Ausbau der Arbeit zur Verhütung von Rechtsextremismus. Auch dies gehört für uns zu einem präventiven Ansatz.

HÖRT AUF UNS! WAS DIE NRWSPD VON UNS LERNEN KANN

Es gibt Ziele der NRW Jusos, die durchaus eine Chance auf Umsetzung hätten, wo Fraktion und Regierung, aber durchaus gespalten oder eher skeptisch sind. Hier wollen wir eine besonders gute Überzeugungsarbeit leisten und alles dafür geben, dass diese Forderungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Im Bezug auf die Hochschulen fordern wir vor allem die Abschaffung der Hochschulräte und einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz. Außerdem brauchen wir eine rechtlich bindende Quote bei den Lehrstühlen, um das Bild der Studienabschlüsse auch zunehmend bei Dissertationen und Habilitationen widerzuspiegeln. Die Absicherung des studentischen Personals über den TV-L muss angegangen werden, genauso wie das allgemeinpolitische Mandat für Studierendenschaften.

Auch die Forderung nach einer Umlagefinanzierung halten wir weiterhin für sinnvoll, damit mehr Ausbildungsplätze angeboten werden.

Wir haben sehr aktuelle und dezidierte Beschlüsse zu Praktika, an denen sich die Ebenen der Mutterpartei ein Beispiel nehmen können und müssen. In einem ersten Schritt geht es beispielsweise nicht, dass die Regierung und Fraktion eine Entlohnung von PraktikantInnen in den Ministerien abgelehnt hat. Wir verstehen, dass möglicherweise ein dezidiertes Konzept gefehlt hat, doch wir erwarten, dass umgehend ein Konzept vorgelegt wird, um bei der Bezahlung von Praktikantinnen und Praktikanten mit gutem Beispiel voran zu gehen. Wir möchten zudem gerne unsere Expertise in dieses Konzept einbringen.

Wir stehen zu unserer Forderung, dass Bildungseinrichtungen nicht videoüberwacht werden dürfen. Dafür muss es eine zusätzliche Konfliktvorbeugung geben.

Nach dem Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV) ist vor dem JMStV. Wir möchten gemeinsam mit der NRWSPD Konzepte für einen wirksamen Jugendmedienschutz ohne Sperren oder Zensur entwickeln.

Außerdem fordern wir, dass sich die SPD in Nordrhein-Westfalen zur Netzneutralität ohne Dienstklassen bekennt und die Vorratsdatenspeicherung ablehnt.

Auch der so genannte Gesinnungstest für Menschen aus 23 Ländern, die eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten möchten, muss endlich abgeschafft werden. Hier waren erste Hinweise an das Innenministerium bisher nicht zielführend, doch wir werden nicht locker lassen.

Gleiches gilt für die Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten, vorrangig von so genannten Einsatzhundertschaften. Diskussionen und aktuelle Entwicklungen in anderen Bundesländern und bei Demonstrationen haben uns bestärkt, dass wir eine anonymisierte Kennzeichnung umgehend benötigen.

Auch unsere Forderung nach einem NRW-Mobil-Ticket halten wir weiterhin aufrecht. Das Sozialticket ist zwar ein wichtiges Instrument, aber die Ermöglichung einer höheren Mobilität für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende, analog zum NRW-Semesterticket bleibt unser Ziel, für das wir um Mehrheiten werben wollen.

SOWAS HAT MAN LANGE NICHT GESEHEN!

Wir haben innerhalb des vergangenen Jahres viel erreicht – möglicherweise mehr als erwartet – und können selbstbewusst darauf aufbauen. Manche hochgesteckten Forderungen haben wir auch nicht oder nur teilweise geschafft und das wussten wir teilweise auch vorher. Trotzdem hat uns das nie abgehalten Forderungen aufzustellen und das wird es auch in Zukunft nicht tun. Zweifelsohne bleibt vor allem auch innerhalb des nächsten Jahres und womöglich darüber hinaus genug Arbeit für uns NRW Jusos auf Landesebene zu tun. Das ist beruhigend und respektinflößend zugleich.

Wir nehmen die Herausforderung gerne an, weil wir wissen, wir können gemeinsam etwas bewegen und müssen das kritische, konstruktive, progressive und zuverlässige Gewissen der Partei sein. Viele Genossinnen und Genossen sind durch eine mehrfache Arbeitsbelastung sehr in der Tagespolitik verhaftet und haben teilweise einen eingeeengten Blickwinkel. In diesem Zusammenhang kommt uns eine wichtige Bedeutung zu. Wir müssen Ziele einfordern, müssen Blickwinkel erweitern, müssen auch die Zukunft unserer Partei und der Landespolitik aktiv und im Dialog mit der NRWSPD erarbeiten. Wir müssen uns gemeinsam auf allen Ebenen für unsere Ziele einbringen, dann werden wir weiterhin Politik gestalten!

BILDUNG UND TEILHABE

B 3	Inklusion konsequent gestalten!.....	14
B 4	Bundeswehr raus aus Schulen – Kooperationsvereinbarung kündigen!	15
B 5	Einführung des Hauswirtschaftsunterrichts in allen Schulformen.....	17
B 12	Wählen ab 16 – Der Kampf ist nicht beendet!	18

B 3

INKLUSION KONSEQUENT GESTALTEN!

Inklusion in der Schule und öffentlichen Einrichtungen und Vereinen muss konsequent gestaltet werden und darf nicht bei Symbolik aufhören. Dafür sind folgende Schritte umzusetzen:

1. Lehrerinnen und Lehrer, Betreuerinnen und Betreuer, Pädagoginnen und Pädagogen, Sportleiterinnen und Sportleiter müssen durch Fortbildungen auf ihr neues Aufgabenspektrum vorbereitet werden. Ängste müssen abgebaut und Möglichkeit im Bereich der individuellen Förderung und der Einbindung aller Schülerinnen und Schüler aufgezeigt werden.
2. Studierende der Lehramtsstudiengänge sowie Referendarinnen und Referendare müssen in ihrer Ausbildung auf die neuen Zusammensetzungen ihrer Schüler(innen)schaft vorbereitet werden. Die Lehramtsausbildung muss den Themenbereich Inklusion zum Pflichtprogramm machen und somit auch die Kompetenzen der angehenden Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich der individuellen Förderung und des Umgangs mit einer heterogenen Schüler(innen)schaft frühzeitig entwickeln. Ebenso muss auch in anderen Bereichen auf ein konsequentes Umsetzen von Inklusionsmaßnahmen gedrängt werden. So ist es wichtig, dass in öffentlichen und privaten Einrichtungen, sowie in Vereinen das Thema offensiv angegangen wird und auch hier Aus- und Fortbildung von Seiten der öffentlichen Hand gefördert wird.
3. Die LehrerInnenstunden und der Klassenfrequenzwert sollten in inklusiven Schulen deutlich geringer sein. Darüber hinaus sollte das Teamteaching zur Regel werden. Ein flächendeckender Einsatz von IntegrationshelferInnen muss gewährleistet sein.
4. Alle Lehrkräfte, dazu zählen auch sonderpädagogisch ausgebildete LehrerInnen, SozialarbeiterInnen oder andere Fachkräfte, die dauerhaft in das Unterrichtsgeschehen integriert sind, sollten geschult werden, alle Kinder einer Lehrgruppe qualitativ hochwertig gemeinsam zu unterrichten. Gemeinsame Planungs- und Nachbesprechungsstunden sollten in die Stundentafel des Personals eingeplant werden.
5. Alle Beteiligten eines inklusiven Systems, dazu zählen die Jusos auch Schülerinnen und Schüler, sollten auch Entlastung erfahren. Dazu gehören unter anderem die Schaffung von Neben- oder Ruheräumen oder auch die Finanzierung ansprechender und sinnstiftender Unterrichtsmaterialien.
6. Inklusion muss ein Bestandteil aller Bildungsbereiche sein. Das heißt: Auch schon im Kindergarten/ in der Kindertagesstätte muss flächendeckend inklusiv betreut werden. Bildung von Anfang an bedeutet Inklusion von Anfang an!
7. Konsequenter Weise muss auch die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher dahingehend verändert werden, dass ein selbstverständlicher Umgang mit Kindern mit und ohne Behinderung fördernd und liebevoll stattfinden kann.
8. Schon jetzt haben die Bezirksregierungen Schwierigkeiten die freien Stellen an Förderschulen mit SonderpädagogInnen zu besetzen. Damit in NRW eine erfolgreiche Inklusion gelingen kann, muss das Land eine Ausbildungsinitiative Sonderpädagogik starten. Zusätzlich sollte es wieder Weiterbildungen zur Sonderpädagogin/ zum Sonderpädagogen für Regelschullehrkräfte geben. Nur so ist gewährleistet, dass in Zukunft ausreichend qualifiziertes Personal für die Schulen zur Verfügung steht.
9. Es reicht nicht, wenn Kinder und Jugendliche zwar inklusiv beschult werden, aber keine erwachsenen Identifikationspersonen in Schule und Kindergarten/ Kindertagesstätte vorfinden. Deswegen müssen Arbeitsbereiche für Menschen mit Behinderungen auch an Schulen und Kindergärten/ Kindertagesstätten geschaffen werden. Es darf nicht sein, dass Inklusion nach der Schule aufhört!
10. Private Vereine und Einrichtungen müssen bei erfolgreichen Inklusionsmaßnahmen finanzielle Unterstützung werden. So soll sichergestellt werden, dass neben dem öffentlichen Leben auch in privaten Räumen Inklusion eine Selbstverständlichkeit ist.

B 4

BUNDESWEHR RAUS AUS SCHULEN – KOOPE- RATIONSVEREINBARUNG KÜNDIGEN!

Seit dem 1. Juli 2011 ist die Bundeswehr eine Freiwilligenarmee, allerdings haben sich gerade einmal 3.419 Freiwillige für den Dienst an der Waffe entschieden.¹ Im Jahr 2009 lag die Zahl der Einberufenen Grundwehrdienst Leistenden noch bei knapp 68000.² Die Bundeswehr hat also starke Rekrutierungsprobleme und dies nicht erst seit dem Aussetzen der Wehrpflicht. Schon in den vergangenen beiden Jahren unterschritt die Bundeswehr regelmäßig die erforderliche Zahl an neuen Rekruten (etwa 23000) um 2000.³ Um diesem Problem entgegen zu wirken setzt die Bundeswehr vermehrt auf Werbekampagnen und ein positives Image in der Bevölkerung. Dazu ist ihr leider auch die Schule nicht zu schade, weswegen das Wehrbereichskommando II im Jahre 2008 einen Kooperationsvertrag, über exklusive Rechte beim Besuch der Bundeswehr in Schulen, mit dem Schulministerium NRW abschloss.

Der Vertrag regelt die Aufgaben der JugendoffizierInnen, welche von der Bundeswehr für ihren Einsatz in den Klassenzimmern NRWs extra geschult werden, im Bereich der Schulen und Universitäten. Dort heißt es unter anderem: „Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik.“⁴ Formell betrachtet ist es den Offizieren verboten für die Bundeswehr zu werben bzw. die SchülerInnen einseitig zu beeinflussen. Doch tun sie das in der Realität?

Die rhetorisch geschulten, meist jungen, JugendoffizierInnen treten in Ausgehuniform in den Schulen auf und beginnen für gewöhnlich damit den SchülerInnen ihren persönlichen Werdegang bei der Bundeswehr vorzustellen. Dazu äußern sich die JugendoffizierInnen in ihrem Jahresbericht von 2009 wie folgt: „Die Einsatzerfahrung einzelner Jugendoffiziere hilft bei der authentischen und glaubwürdigen Vermittlung einsatzbezogener Themen. Eigene Eindrücke [...] beeindruckt in besonderem Maße alle Zielgruppen.“⁵ Im Anschluss referieren sie zu verschiedensten sicherheitspolitischen Themen, wie z.B. der Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Oft beschönigen sie die Lage und berichten einseitig über die dortigen Geschehnisse. Da die JugendoffizierInnen die Unterrichtseinheit alleine gestalten, ohne jedwede Gegenposition, werden die SchülerInnen daran gehindert sich eine eigene Meinung zu dem Vorgetragen Thema zu bilden. Dieses Vorgehen verstößt klar gegen den Beutelsbacher Konsens, der die Minimalbedingungen für politische Bildung in der Schule regelt. Hier heißt es: „Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ zu hindern. [...] Denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten [...]“⁶

Eben diesen Weg beschreitet die Bundeswehr bei ihren Besuchen in der Schule. Den auch wenn die JugendoffizierInnen nicht direkt z.B. mit Flyern wirbt so ist doch allein ihr Auftritt und die Vermittlung falscher (bzw. unvollständiger) Tatsachen bereits eine Art der Beeinflussung im Sinne der Bundeswehr.

¹ Bundeswehr.de, Von der Wehrpflicht zur Freiwilligenarmee (http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYvBCslwEET_KJuAYPFmKlle9VDrLU237WkbbHU1Fz_e5OAMvMubgQeUBveh2QnF4Fa4Q_pMGQ15BHVSxhJnuwEIQZF07TSn4R6OqzLHwMKJWCQahwZieRVYosazVv5mlUjdBr01qz1_Yb3Oxp-7W6F17tldI23b8ATOUDuk!/)

² Spiegel Online, Zivildienst: Daten und Fakten (<http://www.spiegel.de/flash/flash-23253.html>)

³ Terre des hommes, Zahlen und Fakten zur BW (http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/zahlenundfakten.htm)

⁴ Schulministerium NRW, Kooperationsvereinbarung zwischen dem MSW und dem WK II, 2008

⁵ Bundeswehr, Jahresbericht der Jugendoffiziere 2009 (Seite 13, Abschnitt 3)

⁶ Beutelsbacher Konsens, 1976

Besonders traurig ist, dass die Besuche der Bundeswehr zu 78% an Haupt-, Real- und Berufsbildenden Schulen stattfinden. Hier versucht die Bundeswehr die leider teilweise bestehende Perspektivlosigkeit der Jugendlichen in Deutschland auszunutzen und sie für ihre Sache zu gewinnen. „Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr. [...] Wer über ausreichend berufliche Chancen verfügt, zieht die Möglichkeit, Soldat der Bundeswehr zu werden, gar nicht in Betracht.“, schreibt dazu Nina Leonhard, die für das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr arbeitet.⁷ Bei dieser Taktik sind die JugendoffizierInnen scheinbar sehr erfolgreich, so geht aus ihrem Jahresbericht hervor dass „die Jugendoffiziere in den Abschlussklassen der Haupt-, Real- und Mittelschulen immer wieder mit Fragen zum Arbeitgeber Bundeswehr konfrontiert“ werden.⁸

Trotz all dieser Tatsachen ist die jetzige rot-grüne Landesregierung nicht bereit die Kooperationsvereinbarung aufzulösen. Lediglich eine Abänderung ist durch Schulministerin Löhrmann vorgesehen. Durch diese Änderung soll der Friedensbewegung ebenfalls ein Kooperationsvertrag zugestanden werden, der es ihnen ermöglicht neben der Bundeswehr in Schulen zu referieren. Dafür sollen ihr 30 000 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Alleine dieser kleine Betrag (Vergleich: der Bundeswehr stehen 27.Mio. € pro Jahr zur Verfügung⁹) und die Tatsache das die Friedensbewegung im Gegensatz zur Bundeswehr pluralistisch organisiert ist, machen diesen Vorschlag zu einer reinen Fäule.

Deswegen fordern wir die NRWSPD und die Landesregierung nachdrücklich auf die Kooperationsvereinbarung aufzulösen und in den Schulen von NRW eine Präsenz der Bundeswehr zu verbieten!

KEIN WERBEN FÜRS STERBEN!

Nicht nur in der Schule ist die Bundeswehr präsent, auch auf Berufsmessen wirbt die Bundeswehr stark für den Dienst an der Waffe. Mit übergroßen Werbeständen versucht die Bundeswehr neue RekrutInnen zu gewinnen. Dabei kommen oftmals riesige „Karriere Trucks“ zum Einsatz aber auch Schieß- und Flugsimulatoren, sowie Panzer und andere Bundeswehr Fahrzeuge. Hier wird die Technikbegeisterung der zumeist männlichen Jugendlichen angesprochen und versucht sie mit „kostenlosem Studium“ oder „gut bezahlter Ausbildung“ zu ködern. Auch hierbei fallen kritische Aspekte vollkommen unter den Tisch. Ebenso wird die moralisch sehr fragwürdige Seite der Bundeswehr in keiner Weise reflektiert.

Die Frage ob mensch bereit ist sich bei der Bundeswehr zu verpflichten, hängt genau von diesen beiden Dingen ab. Der Dienst im Krieg bei der Bundeswehr, welcher auch das Töten und Getötet werden beinhaltet, ist unserer Meinung nach höchst fragwürdig. Wir Jungsozialisten und Jungsozialistinnen stehen für eine friedliche und solidarische Politik. Krieg darf niemals im Kontext wirtschaftlicher Interessen geführt werden. Die Bundeswehr vertritt mit ihren Auslandseinsätzen jedoch zum Teil genau diese Interessen. Die SoldatInnen werden dabei seltener als Menschen, denn als Einsatzkapital gesehen. Bei den imposanten Auftritten der Bundeswehr (allein ein Einsatz des „Karriere Treffs“ kostet etwa 33000 Euro¹⁰), geht es einzig und alleine darum neue RekrutInnen von der Bundeswehr zu überzeugen und diese zu neuem menschlichem Kriegsmaterial zu machen.

Dies muss ein Ende haben, SchülerInnen und Schüler dürfen, auch von der Bundeswehr als Arbeitgeber, nicht einseitig beeinflusst werden.

Daher fordern die NRWJusos eine drastische Herabsetzung des Werbeetats der Bundeswehr, sodass auf Berufsmessen ein fairer Wettbewerb zwischen der Bundeswehr und anderen Arbeitgebern herrscht. Außerdem sollte dafür Sorge getragen werden, dass bei der Werbung der Bundeswehr die negativen Seiten des Berufs SoldatIn ebenfalls berücksichtigt werden.

⁷ Nina Leonhard u.a. (2005): Militärsoziologie, S. 260

⁸ Bundeswehr, Jahresbericht der Jugendoffiziere 2009 (Seite 13, Abschnitt 4)

⁹ Spiegel Online, Zivildienst: Daten und Fakten (<http://www.spiegel.de/flash/flash-23253.html>)

¹⁰ Deutscher Bundestag, Antwort auf Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a. (http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/media/Antwort_BR.pdf)

B 5

EINFÜHRUNG DES HAUSWIRTSCHAFTS- UNTERRICHTS IN ALLEN SCHULFORMEN

In Deutschland hängen Bildung und Gesundheit der Kinder wesentlich von den familiären Lebensverhältnissen ab. Dies können wir aber nicht hinnehmen. Wir möchten, dass jedes Kind die selben Chancen auf eine gesunde Entwicklung hat, ungeachtet dessen, aus welcher Familie es stammt. Das Grundwissen über Ernährung und Haushaltstätigkeiten, z.B. Kochen und die Bedeutung gesünder der Lebensmittel, wird heute nicht mehr automatisch zu Hause vermittelt. Das wird an der hohen Zahl der Jugendlichen deutlich, die ihre Hauptmahlzeiten in Fastfoodketten einnimmt. Zusätzlich wird in den naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächern zwar die Theorie über viele Vorgänge geliefert, jedoch fehlt in der Regel die Praxis. Deshalb fordern die Jusos, zusätzlich zur Vermittlung hauswirtschaftlicher Fertigkeiten und Kenntnisse in dem einzurichtenden Unterrichtsfach auch die Vermittlung grundlegender technischer Kompetenzen. Immerhin gehören das Kochen und auch die Fähigkeit einfache Objekte des täglichen Gebrauchs zu bauen und richtig zu benutzen zu den Grundkenntnissen eines jeden Menschen. Weiterhin soll in der Schule auch der Umgang mit Geld unterrichtet werden. Kinder sollen das Planen (z. B. Preisvergleiche), das Durchdenken (z. B. die kritische Betrachtung des Konsumverhaltens) und das Dokumentieren (z. B. das Führen eines Haushaltsbuches) von Kaufprozessen lernen. Dies soll deshalb Bestandteil des Hauswirtschaftsunterrichts werden, damit allen Kindern unabhängig von familiären Lebensverhältnissen ein sinnvoller Umgang mit Geld vermittelt werden kann. Deshalb fordern wir ein schulübergreifendes Unterrichtsfach, in dem die Schüler den Umgang mit Nahrungsmitteln und einfacher Technik und Geld lernen, damit alle jungen Menschen sicher auf eigenen Beinen stehen und ihr Leben eigenständig bewältigen können. Auch die Universitäten sollen qualitativ und quantitativ in diesem Bereich verbessert werden. Zukünftige Lehrende müsse auf diese Unterrichtsangebote vorbereitet werden.

WÄHLEN AB 16 – DER KAMPF IST NICHT BEENDET!

Die NRW Jusos stehen seit langem für die Forderung das Wahlalter herabzusenken. Wir möchten das Wählen ab 16 ermöglichen, weil wir glauben, dass junge Menschen im Alter von 16 Jahren bereits so mündig sind, dass sie problemlos an einer Landtagswahl partizipieren können. Zudem blicken wir auf positive Erfahrungen, beispielsweise aus Österreich, wo 16-jährige an allen Wahlen teilnehmen dürfen. Durch wahlbegleitende Kampagnen ist es hier gelungen die Jugendlichen zu informieren und die Wahlbeteiligung bei den unter 18-jährigen auf einem annähernd gleichen Niveau zu stabilisieren, wie bei der Gesamtbevölkerung. Auch erhielten radikale Parteien keine verstärkte Zustimmung.

In der Bundesrepublik ist seit 1996 die Wahl ab 16 in vielen Bundesländern für Kommunalwahlen eingeführt worden. Wir sind der Meinung, dass die befähigte Partizipation an einer Kommunalwahl auch die Teilnahme an einer Landtagswahl möglich erscheinen lässt.

Unsere Forderung das Wahlalter auf 16 zu senken haben wir auch bei der Erstellung des Wahlprogrammes der NRWSPD zu den Landtagswahlen vertreten. Dort steht: „Wir werden die politische Initiative ergreifen, das Wahlalter auch bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Dies wird durch eine bessere politische Bildung dieser Altersgruppe flankiert.“

Auch im Koalitionsvertrag hat sich das Ziel niedergeschlagen: „Junge Menschen ab 16 Jahren sollen bei den Landtagswahlen mitwählen können. Denn wer reif genug für die Kommunalwahlen, ist es auch für die Landtagswahlen.“

Doch auf eine Initiative warten wir bisher vergebens. Vielmehr löste die Wahl in Bremen, bei der 16-jährige wählen durften, eine Diskussion in NRW aus, jedoch keinesfalls koordiniert, was wir sehr bedauern. Die Grünen sprachen sich für das Wählen ab 16 aus, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft äußerte sich nicht abschließend und wollte die Erfahrungen aus Bremen abwarten und analysieren. FDP und CDU signalisierten aber deutlich, dass sie einer Verfassungsänderung, für die ihre Stimmen nötig wären, nicht zustimmen werden.

Damit wurde unserer Meinung nach dieses sehr wichtige Thema vorschnell und unüberlegt torpediert.

Aus diesem Grund fordern wir:

- » Die NRWSPD, inklusive Fraktion und Regierungsmitglieder, soll die Beschlusslage beachten und vertreten.
- » Rot-Grün soll sich des Themas ernsthaft annehmen und für eine Mehrheit für eine Verfassungsänderung werben.
- » Zudem soll sich der Juso-Landesvorstand bemühen nach Möglichkeit ein breites Bündnis von Jugendverbänden hinter dem Ziel „Wählen ab 16“ zu versammeln, um so den Landtagsfraktionen deutlich zu machen, dass die jungen Menschen in NRW das Wahlrecht einfordern.

EUROPA / INTERNATIONALES / ANTIFASCHISMUS

E 1	Entwicklungspolitik	21
E 2	Europa der Toleranz und Vielfalt – Rechtspopulismus gemeinsam entgegentreten.....	26
E 3	Kriegswaffenexporte nur mit Zustimmung des Bundestages!	31

ENTWICKLUNGSPOLITIK

AUSGANGSSITUATION UND ANALYSE

Mit dem neuen Kabinett der schwarz-gelben Bundesregierung durfte Deutschland erleben, wie die Politik des „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ zunehmend ökonomisiert und verstärkt an nationalen deutschen Interessen ausgerichtet wurde. Der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“, der zum modernen Selbstverständnis der Entwicklungszusammenarbeit gehört, wird hiermit um Aspekte ergänzt, die das Potential haben, den eigentlichen Auftrag des Ministeriums ins Gegenteil zu verkehren. Anstatt die Partnerländer zu unterstützen bei ihrem Streben nach gesellschaftlichem Wohlstand und dem Entkommen aus der Armutsfalle zu unterstützen, wird nun verstärkt das Interesse der deutschen Wirtschaft als wichtiges Entscheidungskriterium für finanzielle und materielle Hilfe herangezogen. Unter dem Motto „Was gut für uns ist, kann nicht schlecht für andere sein“ ist das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit in Teilen so zu einem Außenwirtschaftsministerium verkommen.

Ebenso dramatisch erscheint zudem der vollständige Austausch der Führungsebene des Ministeriums bis zu den Referatsleitern und deren Ersetzung durch parteipolitische Freunde. Dass dadurch ein starker Abfluss von Expertenwissen einherging, wurde ebenso billigend in Kauf genommen wie die darauf folgende Neubesetzung mit größtenteils fachfremdem Personal. Der deutschen Entwicklungspolitik gehen durch diese exzessiven parteipolitischen Ränkespiele wichtige Kompetenzen, Kontakte und Erfahrungen verloren. Ein solches Vorgehen erschüttert das Vertrauen der Partnerstaaten in Deutschland, weil gerade in der Entwicklungszusammenarbeit ein verlässliches, gegenseitiges Vertrauensverhältnis wichtig ist. Die Gefahr besteht, dass ein gemeinsames Vorgehen gegen die weltweite Armut, Hunger, Seuchen, Bildungslosigkeit und Kindersterblichkeit erheblich erschwert wird.

Dem nicht genügend setzt der Minister zudem auf visuelle Symbolpolitik mit militärischer Attitüde. Die Wirkung eines Ministers der zivilen deutschen Regierung mit militärischer Kleidung muss in Staaten von Afrika für Irritationen sorgen und ist einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe nicht zuträglich. Zudem ist eine enge Verzahnung von militärischer Intervention und Wiederaufbauarbeit für die Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit nicht zielführend und für zahlreiche zivile Angestellte gar lebensgefährlich, da sie so als Emissäre einer deutschen Interventionsarmee wahrgenommen werden können. Wir NRW Jusos verurteilen die schleichende Militarisierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Die im Jahre 2000 beschlossenen Millenniumsziele der Vereinten Nationen zwischen den Staatshäusern von 150 Ländern koordinieren ein gemeinsames Vorgehen zur Erreichung von acht gemeinsamen Zielen wie der Bekämpfung der extremen Armut/Hungers, der Diskriminierung von Frauen, der Verbreitung von Schulbildung, ökologischer Nachhaltigkeit und der Bekämpfung von Krankheiten wie HIV oder Malaria. Für einen führenden Industriestaat wie Deutschland bedeutet die Umsetzung der Ziele Verantwortung für die sozialen Ungleichheiten in der Welt zu übernehmen. Der finanzielle Beitrag zu den beschlossenen Zielen umfasst 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungspolitik aufzubringen. Deutschland erreicht dieses Ziel, auch nach Anwendung diverser Buchungstricks, weiterhin nicht. Stattdessen ist, je nach wirtschaftlicher Entwicklung, gar ein Rückgang der Quote festzustellen. Durch eine fortgehende Weigerung, das 0,7% Ziel zu erreichen, verleugnet die Bundesregierung ihre moralische Verpflichtung, sich gegenüber den Entwicklungsstaaten solidarisch zu zeigen. Warmen Worten müssen auch entsprechende Taten folgen.

FORDERUNGEN DER NRW JUSOS

Daher fordern die NRW Jusos das gemeinschaftliche Ziel der 0,7% zu erreichen und die notwendigen Gelder im Haushalt für Entwicklungspolitik bereit zu stellen. Deutschland muss hier seiner weltweiten Verantwortung gerecht werden und neben seiner wirtschaftlichen Führungsposition Vorreiter in einer nachhaltigen Entwicklungspolitik werden. Zudem werden dadurch andere Staaten folgen, die sich momentan mit dem Verweis auf das fehlende deutsche Engagement zurückhalten.

Durch das finanzielle Aufpumpen der Entwicklungspolitik ist jedoch noch keines der qualitativen Ziele der UN erreicht und keine nachhaltige Entwicklung sichergestellt. Die Jusos fordern daher, die Entwicklungspolitik in Deutschland neu aufzustellen. Unterstützung darf nicht mehr von den wirtschaftlichen Interessen deutscher Unternehmen abhängig gemacht werden, sondern muss eigenständigen Zielen entsprechen. Eine progressive Entwicklungspolitik setzt bei den betroffenen Menschen an und bietet ihnen lokale und nach ihren Bedürfnissen ausgerichtete Unterstützung an, um sich aus der Armutsfalle eigenständig zu befreien. Die Förderung demokratischer Strukturen in Entwicklungsländern ist für uns ein Aspekt, der nicht von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zu trennen ist. Dazu gehören die Achtung der Menschenrechte genauso wie eine offene und transparente Regierungspolitik frei von Korruption. Oft entsteht dabei ein Dilemma, zwischen dem Drang den Ärmsten zu helfen, dabei aber wesentlich autoritäre Staats- und Gesellschaftsformen zu stützen. An dieser Stelle muss daher zunächst zwischen Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe unterschieden werden. Humanitäre Hilfe ist aus der Pflicht zur Linderung der schlimmsten Not in Krisensituationen allen zu gewähren unabhängig der jeweiligen Menschenrechtslage im jeweiligen Land. Entwicklungshilfe hingegen kann durchaus an bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Wichtig ist dabei, dass die kulturellen Unterschiede in der Welt gewahrt bleiben. Entwicklungshilfe darf nicht an die Bedingung geknüpft sein, Demokratien nach westlichem Vorbild zu errichten und als aufoktrozierte Politik empfunden werden. Vielmehr soll sie an den vorhandenen Gegebenheiten der Partnerländer ansetzen, um eine erfolgreiche demokratische und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Es gilt im Einzelfall abzuwägen, ob die Zahlung von Entwicklungshilfe gerechtfertigt ist oder nicht. Dabei ist zentral, dass durch unsere Entwicklungspolitik menschenrechtsfeindliche und undemokratische Regime nicht in der Durchführung ihrer Politik gefördert werden.

Aus Sicht der NRW Jusos müssen Verhandlungen mit entwicklungspolitischer Partnerländern auf Augenhöhe stattfinden. Eine einseitige Diktatur der Bedingungen durch die WTO oder der Europäischen Union, wie es in zahlreichen Freihandelsabkommen zu beobachten ist, verhindert eine nachhaltige Entwicklung der Staaten und bietet keine Grundlage für gegenseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit. Um Erfolge in der Entwicklungspolitik zu erreichen, dürfen die betroffenen Staaten nicht als reine Absatzmärkte für europäische oder deutsche Produkte betrachtet werden. Stattdessen müssen die jeweiligen Bedürfnisse der armen Partnerländer ernst genommen werden und in den Fokus gerückt werden. Außenbeziehungen – sei es im wirtschaftlichen wie im friedens- und entwicklungspolitischen Bereich – dürfen nur unter dem Primat des gesellschaftlichen Wohlstands geführt werden. Zudem muss eine Entwicklungspolitik eine kohärente Umsetzung in allen Politikbereichen erfahren, um nicht Gefahr zu laufen, erreichte Erfolge durch die Umsetzung politischer Zielsetzungen in anderen Bereichen unterlaufen zu werden. So müssen beispielsweise Agrar- und Handelspolitik stets in Zusammenhang mit den Zielen und Leitlinien einer aktiven Entwicklungspolitik gesetzt werden.

ENTWICKLUNG DURCH HANDEL MÖGLICH MACHEN! DIE EU STEHT IN DER VERANTWORTUNG!

Analyse der aktuellen Situation

Ein gerechter und fairer Handel kann viele verschiedene Menschen und Staaten weltweit miteinander verbinden und hat das Potential Armut zu verringern und den Wohlstand zu steigern. Doch im weltweiten Freihandelssystem begegnen sich keine gleichen Partner.

Die Theorie, dass der Freihandel zu einer nachhaltigen Entwicklung führt, hat sich in der Realität nicht bewahrheitet! Gerade die Entwicklungsländer leiden unter dem derzeitigen System und kommen nicht aus ihrer Armutsfalle heraus. Die Orientierung rein an wirtschaftlichen Interessen führt dazu, dass es auf den Schultern der Armen, der Kleinbauern, der Schwachen und Schwächsten in den Entwicklungsländern ausgetragen wird. Die Kluft zwischen Arm und Reich steigt zwischen den Ländern stetig.

Einer der wichtigsten Akteure der Handelspolitik, die Welthandelsorganisation, steht mit ihrer Politik den Interessen der Menschen in Entwicklungsländern diametral entgegen. Sie sichert sich mit ihrer Freihandelspolitik Eigentumsrechte und Interessen international agierender Konzerne. Die WTO-Verhandlungsrunden, die zurzeit durch Stillstand gekennzeichnet sind, sind durch ein Ungleichheitsgewicht zwischen Industrie- und Entwicklungsländer charakterisiert, obwohl in Doha 2001 noch in der Präambel festgeschrieben wurde, dass die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen sollen. Doch seit dem Jahr 2005 scheitern Verhandlungen innerhalb der WTO, da Entwicklungsländer nicht mehr bereit sind, die aufdiktierten Bedingungen – insbesondere im Agrarbereich - der Industrieländern hinzunehmen. Ähnliches gilt für Schwellenländer. Auch sie sind nicht mehr bereit die Dominanz der Industrieländer hinzunehmen.

DIE HANDELSPOLITIK DER EU – IM DIENSTE DER EUROPÄISCHEN UNTERNEHMEN

Die EU geht einen Sonderweg, in dem sie außerhalb der WTO versucht mit einzelnen Staaten bilaterale Verträge zu schließen und dadurch ihren weltweiten Einfluss zu verfestigen und weiter auszubauen (wie z.B. im Fall Kolumbien). Die EU ist ein Schwergewicht in der Handelspolitik. Sie ist der größte Handelsblock weltweit, obwohl in ihr nur ca. ein Zwölftel der Weltbevölkerung lebt. Nachdem Scheitern der WTO Verhandlungsrunden hat die EU ihre Strategie verändert und versuchte mit einer aggressiven Außenhandelspolitik Freihandelsabkommen mit verschiedenen Regionen zu verhandeln.

Mit der neuen Außenhandelsstrategie „Globale Europe“ setzt die EU weiterhin auf die Durchsetzung und die Verteidigung ihrer eigenen Wirtschaftsinteressen. Das Streben nach Profit dominiert die Handelsbeziehungen. Das Interesse der EU an „Entwicklungspartnerschaften“ entpuppt sich zunehmend als marktradikale Strategie um die eigenen Unternehmen in der Weltwirtschaft zu stärken. Wirtschaftsinteressen dominieren vor Entwicklungsinteressen. Jeder ordnungspolitische Eingriff wird als politischer Ballast gesehen, den es abzuschütteln gilt. Andere Länder, wie Kanada und Norwegen haben sich bislang auf Grund der katastrophalen Menschenrechtslage geweigert, wie im Falle Kolumbiens, bilaterale Freihandelsabkommen zu ratifizieren. Sie werden jedoch zunehmend unter Wettbewerbsdruck gesetzt, da die EU als aggressiver Handelspartner vorangeht. Dabei vertritt die EU keine gemeinwohlorientierten Interessen, sondern meist die der europäischen Industrie. Auch wenn die EU in ihren Handlungsabkommen ein Nachhaltigkeitskapitel eingeführt hat, welches soziale und ökologische Standards einschließt, gibt es keine Sanktionsmechanismen, um diese Standards verbindlich umzusetzen. Folglich ist dieses Kapitel eine Farce und hat keine Konsequenzen für die Handelspartner.

Neben der Global Europa Strategie verhandelt die EU mit den sogenannten AKP¹-Staaten besondere Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAS) aus. Unter dem Deckmantel einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit tritt die EU ebenfalls als aggressiver Handelsakteur auf, der ähnlich wie in der Global Europe Strategie die eigenen Interessen durchdrückt. Diese Politik ist insbesondere aus entwicklungspolitischer Perspektive verheerend, da sie zu Lasten der Entwicklungsländer abgeschlossen werden!

INTRANSPARENZ IST NICHT AKZEPTABEL!

Die Handelspolitik der EU ist eines der undurchsichtigsten Politikfelder der europäischen Kommission. Über den sogenannten 133er Ausschuss der europäischen Kommission, der die Formalitäten von Handelsabkommen regelt, gibt es keine öffentlich zugänglichen Dokumente. Nichtregierungsorganisationen beklagen schon lange, dass die Kommission sehr enge Kontakte zu den großen Unternehmensverbänden pflegt und diese sogar in die Formulierung der Außenhandelsstrategie mit einbezogen hat. Einbeziehungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen gab es hingegen nicht.

¹ AKP steht für Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks. Sie bilden 79 Staaten, mit denen die EU auf Grund von ehemaligen kolonialen Zusammenhängen enge Beziehungen pflegt.

FORDERUNGEN DER NRW JUSOS: DIE HANDELSPOLITIK DER EU – IM DIENSTE DER MENSCHEN!

Wir NRW Jusos sind davon überzeugt, dass nur ein gerechter Welthandel und faire Chancen auf dem Weltmarkt wesentliche Bedingungen für die Bekämpfung von Armut sind. Nur so kann eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden. Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer müssen sich auf Augenhöhe begegnen, nur so kann Wohlstand für alle möglich sein.

Wir NRW Jusos lehnen die Global Europe Strategie ab, die eine einseitige Orientierung an den Unternehmensinteresse der EU aufweist und jegliches Interesse an Menschenrechten oder Umweltschutz missen lässt.

Wir NRW Jusos fordern die EU und ihre Mitgliedsländer dazu auf, anstelle eines free-trade einen fair-trade zu organisieren. Dabei geht es darum, dass Handelsabkommen an bestimmte Standards gebunden werden müssen, die als Voraussetzung für jede Handelsbeziehungen gelten. Handelsabkommen müssen eine Entwicklungsperspektive für alle Menschen bieten. Dazu gehört auch, dass wir den Entwicklungsländern die Möglichkeit einräumen wollen, dass sie ihren Handel so gestalten, dass es ihre Entwicklungschancen und die gesellschaftliche Wohlfahrt steigert. Steuern auf ihre Exporte kann dabei eine Lösung sein. Entwicklungs- und Schwellenländer können dadurch z.B. mit dem Handel von besonderen Rohstoffen, die sich oft in Entwicklungs- und Schwellenländern befinden zusätzliche Einnahmen generieren und somit ihre leeren Staatskasse auffüllen.

Wir NRW Jusos fordern, dass das Nachhaltigkeitskapitel nicht als notwendiges Übel betrachtet wird, um das europäische Gewissen zu beruhigen, sondern als Instrument genutzt wird, um soziale und ökologische Standards an Handelsbeziehungen zu knüpfen. Zudem müssen Sanktionsmöglichkeiten festgeschrieben werden, wenn Standards nicht erfüllt werden.

Zusammenfassend heißt das, dass individuelle und soziale Menschenrechte und Umweltstandards Vorrang vor Kapitalinteressen haben müssen!

TRANSPARENZ UND PARTIZIPATION ERMÖGLICHEN!

Wir NRW Jusos fordern ein Ende der Geheimnistuerei der Europäischen Kommission in Hinblick auf die Aushandlung neuer Handelsabkommen mit anderen Ländern. Das europäische Parlament muss wesentlich an handelspolitischen Entscheidungen der EU beteiligt werden und muss über den Sachstand der laufenden Verhandlungen konsultiert werden.

Zudem fordern wir NRW Jusos, dass ein Forum eingerichtet wird, bei dem Nichtregierungsorganisationen und Interessenvertretungen wie Gewerkschaften gleichberechtigt neben Vertretern der Wirtschaft in den Prozess von Handelsabkommen beteiligt werden. Darüber hinaus sollen Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Organisationen Zugang zu allen relevanten Dokumenten haben. Ein Ungleichgewicht zwischen Wirtschaft und sozialen Bewegungen am außenpolitischen Handeln der EU ist nicht akzeptabel. Die Demokratisierung von Handelsbeziehungen ist ein notwendiger Schritt damit die individuellen und sozialen Menschenrechte gewahrt bleiben und nicht den wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden.

Wir NRW Jusos fordern ein neues Handelsregime, das Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung vor Kapitalinteressen setzt. Handelspolitik muss gesellschaftliche Wohlfahrt für alle Menschen fördern.

EU AGRARPOLITIK – GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN!

Wie auch die Handelspolitik der EU wirkt sich ebenfalls die EU Agrarpolitik auf eine erfolgreiche Entwicklungshilfe aus. Die jetzige Form der Agrarpolitik sorgt auf dem Boden der EU und in den Entwicklungs- und Schwellenländern für Ungerechtigkeiten, die in den ärmeren Gebieten eine tödliche Gefahr darstellen. Durch falsch ausgerichtete Schwerpunkte werden statt Armut und Hunger zu bekämpfen diese verstärkt.

Dabei gibt es gerade im Agrarbereich sehr viele Handlungsmöglichkeiten um eine bessere und gerechtere Welt zu gestalten. Der Agrarhaushalt beansprucht seit Jahren den Löwenanteil des Gesamthaushalts in der EU. Dieser betrug im Jahr 2010 122,9 Mrd Euro. Davon waren 57,1 Mrd für die Landwirtschaft bestimmt. Das sind knapp 50% des Haushaltes. Allerdings erhalten 1,5% der Agrarunternehmen knapp 50% der Subventionen. Bei dieser Minderheit handelt es sich um große Agrarunternehmen. Welche Unternehmen wie viel bekommen, ist nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 09.11.10, der die Veröffentlichung der Daten verbot, nicht mehr zu ermit-

teln. Die Vergangenheit hat allerdings gezeigt, dass die Vergabe der Gelder nicht auf Nachhaltigkeit ausgelegt ist. Den größten Teil der Subventionen machen die Direktzahlungen an die Betriebe aus. Diese Leistungen erfolgen ohne Bindung an irgendwelche ökologischen oder sozialen Mindeststandards. Dabei kommt es auch zu verheerenden Auswirkungen auf die Entwicklungspolitik. Durch die Produktion subventionierter landwirtschaftlicher Güter in der EU sinkt der Weltmarktpreis für diese Güter. Das bedeutet für die (Land)-Wirtschaft der Entwicklungsländer den finanziellen Ruin, da sie diesem Wettbewerb nicht gewachsen sind. Der Ansatz der Entwicklungspolitik eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungsländern anzustoßen wird auf diese Weise konterkariert. Die Vergabe der Subventionen muss in Verbindung mit ökologischen und sozialen Anforderungen gesetzt werden. Des Weiteren fordern wir die Einführung eines „Do no harm“ Prinzips in der Wirtschaftspolitik. Das bedeutet, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen auch auf ihre Auswirkungen auf die Ziele der Entwicklungspolitik hin überprüft werden, sodass keine Diskrepanz zwischen beiden Politikfeldern entsteht. Deshalb muss statt der bisherigen Konzentration auf die Produktionssteigerung mehr in die ländliche Entwicklung investiert werden. Aufgrund der angespannten Lage der Kleinbauern sollen sie der zentrale Punkt dieser Entwicklung sein. Mit diesen Maßnahmen werden die ländlichen Gebiete attraktiver und die starke Abwanderung vom Land in die Großstädte, wie in den letzten Jahren zu beobachten ist, wird abnehmen.

Welche verheerenden Auswirkungen durch die derzeit betriebene EU-Agrarpolitik entstehen können, zeigen zum Beispiel die Exporte von subventionierten Geflügelteilen. Dabei werden die anfallenden Reste aus der Geflügelproduktion aus Europa tiefgefroren nach Afrika geliefert. Für europäische Unternehmen ist dabei ein florierendes Geschäft entstanden. Die Geflügelexporte sind, laut dem landwirtschaftlichen Verlag „Agrarheute“, im ersten Halbjahr 2010 um 21% angestiegen. Diese Exporte sind durch die EU dermaßen subventioniert, dass sie keine Konkurrenz der heimischen Produkte befürchten müssen. Aufgrund dieses Preiskampfes ist ein selbstständiger und vor allem selbsttragender heimischer Markt in den Entwicklungsländern nicht möglich. Ein Entkommen aus dieser Praxis gestaltet sich mehr als schwierig. Als Nigeria die Geflügelimporte aus den USA und Europa verbot, wurde der Nachbarstaat Benin mit Geflügelimporten überzogen. Da Benin auf einmal mehr Geflügel hatte, als es verbrauchen konnte, entwickelte sich daraus ein reger Schmuggel an der Grenze zu Nigeria. Dadurch wurde die Eigenständigkeit Nigerias untergraben. Doch in den Regionen Nigerias, in denen die europäischen Fleischprodukte nicht angeboten werden, verzeichnet die Volkswirtschaft hohe Zuwächse. Das Freihandelsdogma darf keinen Vorrang vor der nachhaltigen Entwicklung einer lokalen Wirtschaft stehen. Es muss wirksame Mechanismen geben mit denen sich Entwicklungsländer vor ruinösem Wettbewerb durch Industriestaaten schützen können. Für die Politik der Industriestaaten muss ein „Do no Harm“ Prinzip gelten, dass einen fairen Welthandel und eine zielgerichtete Entwicklungspolitik ermöglicht. Die Neuausrichtung der EU Agrarpolitik darf den entwicklungspolitischen Maßnahmen nicht entgegenlaufen sondern muss diese unterstützen.

Innerhalb Europas ist die Reform der Subventionszahlungen dringend erforderlich. Statt die Landwirtschaft auf starke Lebensmittelüberschüsse zu trimmen, muss die Zahlung an soziale und ökologische Gesichtspunkte gebunden werden. Nicht die Quantität des Ackerlandes, sondern die Qualität der Produkte muss als Maßstab gelten. Wir fordern eine Einführung des Mindestlohnes und die Stärkung der Ausbildungsbetriebe. Die EU darf nicht stark subventionierte Lebensmittel in die Regionen exportieren, die von Hunger und Armut bedroht sind. Denn vermeintlich „billige“ Lebensmittel aus Europa berauben die Landwirte vor Ort jeglicher Existenz. Die selbstständige Entwicklungspolitik vor Ort muss Vorrang haben.

Für die Arbeit in den Entwicklungsländern fordern wir Wissenstransfer beim Anbau und den Zugang zu qualitativ besserem Saatgut, die Unterstützung der Kleinbauer/-innen vor Ort und ebenfalls nachhaltige Investitionen in die ländliche Entwicklung. Investitionen in die Bildung und der Ausbau der Infrastruktur (Straßen, Stromnetze, Wasserversorgung) sind wichtige Schritte im Aufbau eines starken heimischen Marktes. Wir müssen das angesammelte Wissen der NGO (Nichtregierungsorganisationen) bei der Entscheidungsfindung in der Entwicklungspolitik auf der EU-Ebene einfließen lassen. Die Politik der EU muss sich an die Millenniumsziele gebunden wissen. Eine positive Entwicklung der Agrar- und Entwicklungspolitik schafft eine Situation von der beide Seiten profitieren. Die Staaten, die heute von Hungersnöten betroffen sind, würden sich zu starken Partnern entwickeln und ein Handel auf Augenhöhe würde entstehen.

EUROPA DER TOLERANZ UND VIELFALT – RECHTSPOPULISMUS GEMEINSAM ENTGEGENTRETEN

Rechtspopulismus tritt in Europa in den letzten Jahren immer häufiger zu Tage. Dabei kann man nicht mehr von einem Einzelphänomen sprechen, rechtspopulistische Erfolge sind in der Fläche aber auch in einer zunehmenden Intensität zu beobachten.

Rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien konzentrieren sich demzufolge nicht auf ein Land sondern sind europaweit anzutreffen, sei es in westeuropäischen Ländern oder Ländern des ehemaligen Ostblocks, in Südeuropa oder in Skandinavien. RechtspopulistInnen bilden nicht mehr eine Randerscheinung im rechten Parteienspektrum, sondern wirken durch eklatante Wahlerfolge aktiv in Regierungen mit und können somit die Politik im Land gestalten sowie die Politik in der EU erheblich beeinflussen. Nur um aktuelle Beispiele zu nennen: Berlusconi in Italien, Pia Kjaersgaard in Dänemark und ganz erheblich Viktor Orbán in Ungarn, der mit seiner Fidesz-Partei über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im ungarischen Parlament verfügt.

Dass hierbei nicht nur das europäische Ausland betroffen ist zeigt der Blick auf den hiesigen Rechtspopulismus, insbesondere pro Köln und pro NRW, die deutliche Zunahmen bei vergangenen Wahlen verbuchen konnten, oder auch Thilo Sarrazin, der in der Medienlandschaft breit rezipiert wurde.

Rechtspopulismus ist keine Randerscheinung in Europa die man einfach abtun kann, es gilt diese Realität ernst zu nehmen und dementsprechend zu reagieren.

Zwar können rassistische und fremdenfeindliche Bestrebungen niemals legitimiert werden, aber es ist wichtig, nach den Gründen hierfür zu suchen. Warum konnte Rechtspopulismus sich in den letzten Jahren so massiv in Europa ausbreiten und erstarken?

WAS VERSTEHT MAN UNTER RECHTSPOPULISMUS?

Unter Rechtspopulismus versteht man grundsätzlich vielmehr eine politische Strategie als eine Ideologie, die autoritäre Vorstellungen vertritt und rassistische Weltbilder verbreitet und propagiert¹.

Dabei setzen rechtspopulistische Parteien und Akteure auf ein vorwiegend bürgerliches Image, wie beispielsweise bei den hiesigen pro-Parteien, die sich als ‚Bürgerbewegung‘ verkaufen, um so für ein breites Bevölkerungsspektrum interessant zu sein. Auch die Mitglieder der Parteien versuchen in diesem Zuge ihren Ursprung aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘ zu suggerieren.

Es ist dabei ein Phänomen von Modernisierungskrisen und Ängsten in der Bevölkerung, hier setzen RechtspopulistInnen an und versuchen vermeintlich einfache Lösungen und Antworten zu geben. Dabei muss beachtet werden, dass Ängste dabei nicht zwingend objektiver Natur sein müssen, sondern subjektiv von Bevölkerungsteilen empfunden werden können. RechtspopulistInnen benutzen dabei in ihrer Argumentation rassistische und kulturelle Begründungsmuster, wodurch ihre Fremdenfeindlichkeit offen zu Tage tritt.

¹ Nachzulesen bei <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/was-ist-rechtspopulismus-0>

Im Zuge dessen wird das Volk als homogene Einheit dargestellt, das vor Einflüssen des ‚Anderen‘ zu bewahren gilt. Der Kern der rechtspopulistischen Agitation zeigt sich weiterhin in einer dargestellten Dualität des ‚Establishment‘ gegen ‚den kleinen Mann‘.

Hier setzt letztlich auch die Europafeindlichkeit rechtspopulistischer Argumentationen an: Die EU wird als ‚Establishment‘ dargestellt, das negative Einflüsse auf die nationale Bevölkerung hat und ihre Fragmentierung fördert. Die EU wird in das Feindbild aufgenommen, das es zu bekämpfen gilt um auf die nationalstaatliche Ebene zurück zu kehren. Der Erfolg der RechtspopulistInnen in Europa zeigt, dass diese Argumentationsstrukturen auf fruchtbaren Boden in der Bevölkerung fallen, hier gilt es gegen zu steuern. Die Europäische Union muss es schaffen auf die Ängste und die Orientierungslosigkeit von Teilen der Bevölkerung Antworten zu finden.

DIE FUNKTION DES RECHTSPOPULISMUS IM KAPITALISTISCHEN SYSTEM

Rechtspopulismus in der Gesellschaft ist allerdings kein Phänomen, welches unerklärbar ist, geschweige denn nur eine Förderung durch die Ängste der BürgerInnen erfährt. Die Angst vor ‚dem Fremden‘ dient zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, indem das Volk ruhig gehalten wird. Rechtspopulismus dient der Bestandswahrung einer kulturellen Hegemonie des kapitalistischen Systems. Antonio Gramsci spricht in dem Zusammenhang von einer „passiven Revolution“. Das Kapital und der Staat versuchen hier kritische Stimmen und Positionen gegen die eigene Programmatik einzubinden und einen Konsens zu erzielen. Gramsci sieht den Konsens im nicht-staatlichen Bereich, wobei er auf Seiten der politischen Gesellschaft den Bereich des Zwang sieht. Beide sind voneinander kaum trennbar. Der Rechtspopulismus ist ein Beispiel für diesen Versuch der Bestandswahrung der kulturellen Hegemonie des Kapitalismus. Die Bourgeoisie im modernen Kapitalismus erzielt einen Konsens durch die Warnung vor „dem Fremden“ als Metapher, die Kapitalismus- und Globalisierungskritische Bedürfnisse bedient und gleichzeitig verschleiert, dass der kapitalistische Zwang so nur weiter etabliert und gefestigt wird. Die Infiltration des Diskurses erfolgt ausschließlich mit dem Ziel der Festigung der kulturellen Hegemonie des Kapitalismus. Wir als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sollten diesen gefährlichen Tendenzen aufmerksam gegenüber treten und uns ihrer bewusst sein und Rechtspopulismus nicht allein als ein normales gesellschaftliches Phänomen verstehen. Es muss das Ziel sein Kritik so zu übersetzen, dass damit gleichzeitig die zerstörerischen Systemeigenschaften und die kulturelle Hegemonie des Kapitalismus aufgedeckt werden.

RECHTSPOPULISMUS UND RASSISTISCHES HANDELN – VOM WORT ZUR TAT

Dabei ist beachtlich, dass Rechtspopulismus als eine Art agitatorischer Steigbügelhalter für rassistische, faschistische und nationalistische Politik angesehen werden kann. „Rechtsextremismus“ darf nicht auf Fremdenfeindlichkeit oder Fremdenhass limitiert werden, sondern sollte in den weiteren Begriff der Menschenfeindlichkeit eingeordnet werden. Dieser Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) bezeichnet eine Ideologie der Ungleichheit, welche darauf beruht, dass eine Person nicht aufgrund ihrer persönlichen Eigenschaften abgewertet wird, sondern schlicht deshalb, weil sie als Mitglied einer so genannten Fremdgruppe (Charakterisiert durch die Rasse, Hautfarbe, ethnische Herkunft, Sprache, Religion, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, sexueller Orientierung, Geschlecht, sozialer Herkunft, genetischen Merkmalen oder einer Behinderung, der politischen Einstellung, des Vermögens oder des Alters) kategorisiert wird. Studien¹ haben belegt, dass Menschen, die zu einer Art von GMF neigen auch den anderen Formen nicht abgeneigt sind.

Die starke Einschränkung des Begriffs ‚Rechtsextremismus‘ oder ‚Rechts‘ ist daher gefährlich, da auch die Ursachen der Abwertung der einzelnen Gruppen auf denselben Wurzeln beruht: Zukunftsängste, Orientierungslosigkeit, Perspektivlosigkeit sowie das subjektive Gefühl der Benachteiligung oder auch relative Deprivation. Diese Strategie des Rechtspopulismus bereitet durch ihre Argumentationsmuster eine Neige fläche im Diskurs vor, die letztlich zu performativem Handeln, zu ganz konkret rechtsextremen Taten führen kann. Rechtspopulistische Worte sind äußerst wirkmächtig und führen Schritt für Schritt zur Legitimation von rassistischen Handlungen. Als erschreckendes Beispiel hierfür stehen die 77 Toten, die bei den Anschlägen von Oslo und Utøya ums Leben kamen. Hier hat der rechtspopulistische Wahnsinn den Hass des Täters genährt, sodass er über einen langen Zeitraum einen perfiden Massenmord plante und viele unserer Genossinnen und Genossen der

norwegischen Jungsozialist/innen aus dem Leben riss. Der Täter selbst gab klassische rechtspopulistische Thesen als Motiv an. Die norwegischen Toten werden uns ewig mahnen mit aller Entschlossenheit gegen RechtspopulistInnen, RassistInnen und FaschistInnen zu stehen.

Rechtspopulismus sowie Rechtsnationalismus gehen in ihren rassistischen Vorstellungen Hand in Hand.

So dürfen rechtspopulistische Parolen nicht verharmlost werden, da sie – ganz ähnlich zu Stammischparolen – den Nährboden für aktives rassistisches Handeln vorbereiten. Und aus dem Grunde ist es zentral auf Verharmlosungsversuche von Seiten der Politik und kulturelle Argumentationsweisen der Medien, die auf den populistischen Zug aufspringen – dies hat sich beispielsweise deutlich in der Griechenland-Krise gezeigt, bei der oftmals mit der ‚griechischen Mentalität‘ argumentiert und somit Öl ins Feuer für populistische Parolen gegossen wurde² – kritisch zu reagieren.

DIE ROLLE DER SOZIALDEMOKRATIE

Die Sozialdemokratie muss hier eine herausgehobene Rolle einnehmen. Historisch hat sie seit je her gegen Fremdenfeindlichkeit und menschenverachtendes Gedankengut gekämpft. Durch den aufkommenden Rechtspopulismus in Europa ist ein Nachlassen oder gar inhaltliches Entgegenkommen die falsche Reaktion. Stattdessen müssen unsere Leitideen und Grundsätze wieder mehr Eingang in unsere Politik finden. Europa findet nicht ausschließlich in Brüssel oder Straßburg statt. Europapolitik findet mittlerweile auf allen Ebenen in Deutschland statt. So wie es von der Europäischen Kommission gefordert wird, eine Rechtsfolgeabschätzung zu leisten, so müssen Bundes-, Landes- und KommunalpolitikerInnen ebenfalls den europäischen Charakter ihrer Entscheidungen beachten. Die EU darf nicht weiterhin als Mülleimer für verfehlte politische Instrumente und Entscheidungen auf nationaler oder kommunaler Ebene missbraucht werden. Stattdessen muss das Politikprinzip der Subsidiarität als Chance aber zugleich als verantwortungsvolle Bürde verstanden werden.

Hierzu fordern die NRWJusos einen stetigen Ausbau der europapolitischen Kompetenz auf allen Politikebenen, dies kann durch Seminare, Schulungen und Themenreihen geschehen. Die Arbeitskreise zur europäischen Politik sind zwar ein guter Ansatz, jedoch sprechen diese zumeist nicht die Mitglieder flächendeckend an. Hier müssen querschnittsorientierte Lösungen gesucht werden. Europa darf nicht das Thema einiger ‚SpezialistInnen‘ in der Partei bleiben. Unsere VertreterInnen müssen einen europapolitischen Horizont aufweisen, um den europäischen Kontext in ihrem Handeln und ihren Entscheidungen berücksichtigen zu können. Darüberhinaus darf das Themenfeld der Europapolitik nicht als Abstellgleis betrachtet werden. Durch den stetigen Integrationsprozess der EU ist der Einfluss durch den Ministerrat und das Europäische Parlament in der Weise gestiegen, dass eine adäquate Begleitung durch die Partei hergestellt werden muss. Europapolitik muss heute eine ebenso starke Rolle in der Partei und den Fraktionen spielen, wie die Finanz- oder Innenpolitik. Zudem möchten wir die SPD-PolitikerInnen aller Ebenen dazu aufrufen, den Bürgerinnen und Bürgern den Anteil europäischer Politik bei positiven Entwicklungen offensiv deutlich zu machen. Natürlich betont man immer lieber die eigenen Verdienste, allerdings sollten die SPD-Politikerinnen sich auch als AnwältInnen der sozialdemokratischen Europa-Politik verstehen.

Die europapolitische Sprechfähigkeit unserer Mitglieder muss zudem stetig ausgebaut werden. Wir müssen rechtspopulistischen Parolen inhaltliche Werte und politische Ideen entgegensetzen. Hierzu ist es notwendig europäische Themen langfristig zu besetzen und ebenso breit zu diskutieren. Ad hoc Positionierung führen dabei zu Verunsicherung der Mitglieder und lassen das europäische Profil der Sozialdemokratie in Deutschland als belanglos und beliebig erscheinen. Die Menschen, die nachwievor in einer globalisierten Welt nach Halt suchen, kann nur durch klare und langfristige werteorientierte Politik das Bedürfnis nach Sicherheit zurückgegeben werden.

DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE PARTEIENLANDSCHAFT IN EUROPA IST GEFRAGT

Für die NRWJusos ist der Integrationsprozess der EU ein unumkehrbares Projekt, welches durch sozialdemokratische Werte geprägt werden muss. Ein stetiges In-Frage-Stellen der EU, ihrer Sinnhaftigkeit oder ihrer politischen Notwendigkeit führt zurück zu einem nationalistischem Denken in Europa und der Verfolgung von Einzelinteressen. Stattdessen muss es gelingen den Prozess der Integration stetig voranzutreiben, um das friedliche und tolerante Zusammenleben der Menschen in Europa zu fördern. Unser gesellschaftlicher Wohlstand wird davon abhängen.

² Beispielsweise nachzulesen bei [welt-online.de http://www.welt.de/fernsehen/article7387505/Die-griechische-Mentalitaet-und-der-Fakelaki.html](http://www.welt.de/fernsehen/article7387505/Die-griechische-Mentalitaet-und-der-Fakelaki.html)

Für NRWJusos ist eine Zusammenarbeit mit Parteien, die eine rechtspopulistische Auffassung besitzen undenkbar. Die europäische sozialdemokratische Parteienfamilie muss sich auf gemeinsame Werte berufen. Eine Aufnahme von rechtspopulistischen Parteien ist dabei unvorstellbar. Ein vorgehen wie die EVP im Europäischen Parlament, leistet den populistischen Tendenzen Vorschub und ermöglicht ihnen dadurch die Weste von ‚lupenreinen Demokraten‘. Wir verurteilen Legitimation von rechtem Gedankengut durch Aufnahme in parlamentarische Fraktionen.

DIE EUROPÄISCHE UNION – EIN BILDUNGSaufTRAG IN DER GESELLSCHAFT

Um in der Gesellschaft eine breitere Akzeptanz für ein zusammenwachsendes Europa zu schaffen ist es notwendig, regelmäßige Zusammenkünfte zu organisieren. Ob Schulaustausche, Partnerstädte oder grenzübergreifende Feste – Europa muss für die Menschen erlebbarer werden. Nur so lassen sich abstrakte Beschlüsse in erlebbare Politik ummünzen. Durch regelmäßige Begegnungen mit anderen Menschen aus Europa wird ein Otherring durch Rechtspopulisten verhindert und das Bewusstsein für den gesellschaftlichen Gewinn durch Europa geschärft. Daher fordern die NRWJusos auch eine stärkere Verankerung Europas in den Curricula des Landes NRW. Europa darf nicht mehr ein Randthema im sozialwissenschaftlichen Unterricht sein. Es gilt nicht nur den strikten Aufbau der EU, sondern auch ihre Chancen aber auch Handlungsgrenzen aufzuzeigen. Europa muss verständlicher werden.

Wichtig sind auch Fördermittel für SchülerInnenaustausche. Durch das Kennenlernen anderer Länder und Menschen, durch den Austausch mit ihnen, können präventive Maßnahmen gegen gegenseitige Ressentiments gestiftet werden. In der Europäischen Union bestehen bereits diverse Förderprogramme, wie COMENIUS, das von der Vorschule bis zum Sekundarbereich II reicht. Diese Anstrengungen sind zu begrüßen, jedoch müssen insbesondere in dem schulischen Bereich die Hürden für die Teilnahme an einem solchen Programm gesenkt werden. Es kann nicht Ziel sein, dass nur Schulen und Einzelpersonen mit überzeugenden Anträgen eine Förderung erhalten. Insbesondere bei Kindern steht und fällt oftmals ein SchülerInnenaustausch mit dem Engagement der Schule, den LehrerInnen und der Eltern. Wir fordern, dass die Möglichkeiten eines Austauschs allen SchülerInnen umfassend zur Verfügung stehen und dass diese in allen Schulformen umfassend beworben werden. Finanzielle Mittel sind aus dem europäischen Haushalt zur Verfügung zu stellen.

EINE HANDLUNGSFÄHIGE EU GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Dort wo RechtspopulistInnen in der Regierung sind, zeigt sich leider schnell, dass es nicht bei einfachen Worten bleibt. In Polen wurde unter der Kaczynski-Regierung die Rechte der Homosexuellen massiv beschnitten, in Ungarn können wir ganz aktuell beobachten, wie Orbán den Staat mit einer neuen Verfassung und einem hoch umstrittenen Mediengesetz, das die Pressefreiheit in weiten Teilen aushebelt, umzugestalten versucht. Auch das reine Zusehen bei Überfällen auf Sinti und Roma und ein Herunterspielen dieser zeigt, dass RechtspopulistInnen die WegbereiterInnen sind für solche Taten.

Die EU darf in solchen Situationen nicht einfach zu schauen und schweigen. Im Vertrag von Lissabon sind die Werte, auf die die Europäische Union aufgebaut ist, wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit, festgeschrieben. In einem Fall der Verletzung dieser Grundwerte muss die Europäische Kommission handeln und von ihren Sanktionsmöglichkeiten nach Artikel 7 EU-Vertrag Gebrauch machen. Während in der Debatte über Sanktionsmöglichkeiten für Schuldensünder gesprochen wird, werden die Sanktionsmöglichkeiten im Bereich der Grundwerte klein geschrieben. Zu oft – und auch im Falle Ungarns – wurde erlebt, dass vor dem Schritt der Sanktionsmöglichkeiten zurück geschreckt wurde aufgrund von ‚anderen Problemen‘ im ökonomischen Bereich. Dies ist ein falsches Zeichen und bagatellisiert rechtsextremes Handeln.

Wir fordern die Europäische Kommission sowie das Parlament auf, im Fall einer Verletzung auch von den Sanktionsmöglichkeiten Gebrauch zu machen. Die EU ist nicht eine reine Wirtschaftsunion, sondern teilt auch Werte, die es genauso zu verteidigen gilt.

Desweiteren muss die Kommission, das Parlament sowie der Rat der Europäischen Union sich zeitnah mit der Problematik gezielt und zentral auseinander setzen, und eine Strategie und ein Programm ausarbeiten – wie es bei wirtschaftlichen Programmen bereits getan wird – wie in Zukunft der Problematik des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus inmitten der europäischen Gesellschaft begegnet werden kann.

Die Problematik muss endlich auf einen prominenten Platz gesetzt werden, um aktiv und präventiv vorzugehen und um den europäischen Gedanken, um den es letztlich geht, zu verteidigen.

DIE ROLLE DER JUSOS - AUCH WIR JUSOS SIND GEFORDERT!

Aktionen gegen Rechts, welche ausschließlich reaktiven Charakter haben wie die ‚Nazis-blokieren Demos‘ – auch wenn symbolisch enorm wichtig – ändern leider nur wenig an dem Anstieg des Rechtspopulismus in Europa oder den Wahlerfolgen der Rechtsextremen auch hier in Deutschland. Vielmehr sollten wir progressiv und aktiv den Zulauf mit starken Inhalten vorbeugen. Wir JungsozialistInnen sollten starke Antworten auf die Zukunftsängste und die Perspektivlosigkeit, welche den Rechtspopulismus speisen, geben und Entscheidungen transparenter und demokratischer gestalten.

E 3

KRIEGSWAFFENEXPORTE NUR MIT ZUSTIMMUNG DES BUNDESTAGES!

Am 2. Juli berichtete der Spiegel, dass die Bundesregierung den Verkauf von bis zu 200 Leopard Kampfpanzer des Typs 2A7+ an Saudi-Arabien genehmigen zu wolle.¹ An jenes extrem autoritäre Land also, das Bahrain im Frühjahr 2011 bei der Niederschlagung friedlicher Demonstrationen in Mitten des „Arabischen Frühlings“ unterstützte.

Am 13. Juli 2011 machte Kanzlerin Merkel der angolischen Regierung das Angebot, ihr Patrouillenschiffe zu verkaufen². Auch Angola ist keine lupenreine Demokratie, in der Menschenrechte verletzt werden³.

Aber auch unter sozialdemokratischer Mitregierung wurden Waffen an zweifelhafte Regime verkauft (z.B. 2009: 24 Panzerhaubitzen an das Emirat Katar⁴).

Zumindest im Falle Saudi-Arabiens schweigt die Bundesregierung über ihre Beweggründe.

Entscheidungen über Rüstungsexporte werden im Bundessicherheitsrat, einem Kabinettsausschuss (Zusammensetzung: Bundeskanzlerin, Chef des Bundeskanzleramts, Bundesminister des Auswärtigen, der Verteidigung, der Finanzen, des Inneren, der Justiz, Wirtschaft und Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), getroffen. Dieses Gremium tagt geheim und seine Mitglieder sind zur Verschwiegenheit angehalten.

Artikel 26 II GG besagt: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Dieses Bundesgesetz stellt das Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG) dar. § 11 KrWaffKontrG besagt, dass die Bundesregierung ermächtigt wird, durch eine Rechtsverordnung Genehmigungen der Herstellung, des Inverkehrbringens und der Beförderung von Kriegswaffen zu erteilen und zu widerrufen.

Dies geschieht im Bundessicherheitsrat.

So werden Entscheidungen über Kriegswaffenexporte erst bekannt, wenn diese bereits im Kreise des Bundessicherheitsrates beschlossen wurden. Die Öffentlichkeit wird in einer solch wichtigen Frage, wie es die Entscheidungen über den Verkauf von Kriegswaffen ist, vor vollendete Tatsachen gestellt.

FORDERUNG:

Die NRWJusos fordern den Deutschen Bundestag dazu auf, dass Art. 26 II GG in Verbindung mit § 11 KrWaffKontrG dahingehend geändert werden, dass die Herstellung, die Beförderung und das Inverkehrbringen von Kriegswaffen nicht mehr nur der Genehmigung der Bundesregierung bedürfen.

Diese Aktivitäten sollen künftig nur noch mit Zustimmung des Bundestages genehmigt werden können. Waffenexporte dürfen nur durch eine restriktive und menschenrechtsorientierte Genehmigungspolitik von statten gehen!

1 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,771989,00.html>

2 <http://www.sueddeutsche.de/politik/kanzlerin-in-angola-merkel-deutet-ruestungsgeschaef-an-1.1119753>

3 <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/angola?destination=node%2F2874>

4 <http://www.sueddeutsche.de/politik/ruestungsgeschaefte-mit-saudi-arabien-export-von-handfeuerwaffen-gruene-raeumen-fehler-ein-1.1121419>

FREIHEITSRECHTE / DIGITALES LEBEN

F 1	Die soziale Frage im Netz stellen - digitale Ungleichheit überwinden.....	35
F 2	Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft	38
F 3	Kein neuer Straftatbestand „Angriff auf BeamtInnen“	41
F 4	Keinerlei Form von Vorratsdatenspeicherung in Deutschland!.....	42

F 1

DIE SOZIALE FRAGE IM NETZ STELLEN - DIGITALE UNGLEICHHEIT ÜBERWINDEN

Seit Beginn der 1990er Jahre sind das Internet, die Digitalisierung und die so genannten ‚neuen‘ Medien zum Motor einer neuen Aufklärung verklärt worden. Mit der Möglichkeit ohne großen Ressourcen-Aufwand zu MeinungsmacherInnen zu werden und über barrierefreie Kommunikationsmöglichkeiten sollte die Gesellschaft weiter demokratisiert und eine „fünfte“ Gewalt etabliert werden. Viele in die digitale Revolution gesteckte Erwartungen sind seitdem enttäuscht und das Ziel einer gerechteren Gesellschaft ist auch durch das Internet nicht erreicht worden. Demokratie kann erst durch digitale Prozesse und moderne Kommunikationsmittel erweitert werden, wenn auch ein hinreichender Teil der Gesellschaft einen Netzzugang und die notwendigen Kompetenzen zur Nutzung der Möglichkeiten hat.

Bei der Gestaltung der digitalen Gesellschaft dürfen wir ihre sozialen Aspekte nicht aus den Augen verlieren. Im Internet spiegeln sich viele soziale Differenzen, die insgesamt in der Gesellschaft herrschen. Betrachtet man einschlägige Statistiken fällt auf, dass der typische Internetnutzer männlich, weiß, hochgebildet und unter 35 Jahren ist und somit sämtliche Stereotype und Ungleichheiten in der Online-Welt genauso wirken, wie offline. Mit der Breitbandkluft kommt noch eine weitere Ungleichheit hinzu, die große Metropolen und Ballungsgebiete von kleineren und ländlicheren Gebieten trennt. In der digitalen Gesellschaft herrschen Ungleichheiten, die nachhaltige negative Konsequenzen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens haben werden, wenn wir ihnen nicht politisch begegnen und auch im Internet die soziale Frage stellen. Bildungs- und einkommensschwache Schichten und der ländliche Raum werden in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt und erfahren gegenüber den Metropolregionen und sozioökonomisch gut ausgestatteten Schichten massive Nachteile in der gesellschaftlichen Teilhabe.

DIE DIGITALE KLUFT HAT KONSEQUENZEN

Wenn in der modernen Demokratie immer öfter Projekte angestoßen werden, um über das Internet Bürgerbeteiligung zu sichern (Bürgerhaushalte, Diskussionsforen oder Abstimmungen), dann ist nicht länger sicher gestellt, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Chancen haben an diesen Projekten zu partizipieren. Internetnutzung ist fast ein Luxusgut, denn sie kostet ökonomische Ressourcen, die nicht für die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts aufgebracht werden kann. Bürgerinnen und Bürger ohne entsprechende Ressourcen können an diesen Formen der politischen Beteiligung nicht teilhaben und werden immer weiter aus dem Fokus von Politik gerückt.

Für die Suche nach Stellenangeboten wie für mögliche Bewerbungen sind Internetzugänge und entsprechend Fähigkeiten in der Nutzung von digitaler Technik von immer größerer Bedeutung. Viele Stellen werden bereits heute nur noch online veröffentlicht und/oder Bewerbungen werden nur noch in digitaler Form akzeptiert. Der nächste Schritt ist erreicht, wenn weitere Stufen des Bewerbungsprozesses online durchgeführt werden, um die Ressourcen der Unternehmen zu schonen und gleichzeitig die technischen Kompetenzen der BewerberInnen zu testen. Ohne entsprechende technische Ausstattung und Sicherheit in der Nutzung dieser Technik werden damit bestimmte Gruppen systematisch von diesen Angeboten ausgeschlossen. Im Zuge der immer weiter fortschreitenden Digitalisierung von Informationen droht diese Kluft sich immer weiter zu vergrößern.

In Schulen und Hochschulen wird von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Mindestmaß an technischer Kompetenz und Infrastruktur voraus gesetzt. Hausaufgaben beinhalten

die eigenständige Recherche im Internet, medial unterstützte Präsentationen gehören bei Referaten zu den Selbstverständlichkeiten und Seminarinhalte werden nur noch digital zur Verfügung gestellt. Wir begrüßen den Einsatz von digitalen Medien in der Bildung, aber ohne entsprechende Kompetenzen und/oder Infrastruktur werden SchülerInnen bereits früh von ihren besser ausgestatteten KlassenkameradInnen abgehängt und Studierende mit Referaten ohne mediale Unterstützung erhalten möglicherweise Punktabzüge. Schulen und Hochschulen fordern dabei Dinge ein, die sie selbst aufgrund schlechter Infrastruktur nur in begrenztem Rahmen leisten und bieten. Bildungserfolg wird damit auch auf technischer Seite von der individuellen ökonomischen Ausstattung von Schülern und Studierenden abhängig.

Auch innerparteilich wird die digitale Kluft zum Problem in Zeiten, in denen zunehmend Informationen und Ankündigungen über Mailinglisten und Webseiten angeboten werden und traditionelle Angebote wie Briefe und Telefonanrufe als zusätzlicher Aufwand wahrgenommen werden. Für ehrenamtliche Arbeit in Politik und Gesellschaft können die Chancen, die in dieser verbesserten technischen Infrastruktur stecken aber nur von denen genutzt werden, die über diese Ressourcen verfügen. Menschen ohne PC und Internetzugang müssen ihr Engagement weiterhin mit Stift und Papier organisieren und geraten so ins Hintertreffen gegenüber WettbewerberInnen, die digitale Angebote schaffen.

Informationen sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts – und um diesen Rohstoff ist ein Wettbewerb entbrannt, der die zentralen gesellschaftlichen Debatten prägt. Wenn wir weiterhin am Ziel einer solidarischen digitalen Gesellschaft arbeiten wollen, müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen, die die digitale Kluft zu schließen. Wir JUSOs fordern daher eine umfassende politische Strategie, die allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeiten und Chancen der Teilhabe an der modernen Gesellschaft bietet.

DIE DIGITALE SPALTUNG VERHINDERN

Die Netzinfrastruktur in Deutschland muss flächendeckend so ausgebaut sein, dass allen Haushalten die Möglichkeit gegeben wird, einen leistungsfähigen Anschluss zu nutzen, der die Wiedergabe und Nutzung zeitgemäßer Netzinhalte ermöglicht und einen gleichen Zugang ermöglicht. Die in den vergangenen Jahren im Rahmen von LTE-Versteigerungen gesetzten Bedingungen für Provider sind zu überprüfen, so dass auch jenseits von Ballungsgebieten eine entsprechende Abdeckung und Versorgung erreicht wird. Der grundgesetzlich festgeschriebene Auftrag der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse muss auch für Breitbandzugänge, Mobilfunkabdeckung und dazugehörige Infrastruktur gelten und darf nicht nur ökonomischen Kriterien und den Interessen der Provider folgen. Breitbandversorgung muss in die Universaldienst-Regulierung aufgenommen und gesetzlich verankert werden. Die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes liefert im Bereich Breitband geringe Gebühren in Ballungsgebieten auf Kosten der Infrastruktur im ländlichen Raum und lässt die Kluft weiter wachsen – hier ist ein politisches Eingreifen dringend notwendig.

Haushalte mit Kindern, die von staatlichen Unterstützungsleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts abhängig sind, muss die Möglichkeit gegeben werden, eine technisch angemessene Infrastruktur zur Nutzung des Internet anzuschaffen, auf einem aktuellen Stand zu halten und im Bedarfsfall zu ersetzen. Die entsprechenden Pauschalen für die Nutzung von Telekommunikations- und Informationsdiensten bedürfen einer Erhöhung, um zeitgemäße Anschlusskosten zu decken. Die Kosten für Ausstattung und ggf. notwendige technische Schulung müssen unabhängig von der Höhe der variablen Bezüge sichergestellt sein und als erstattungsfähige Kosten der Wohnungsausstattung gewährt werden, so dass keine zusätzliche Belastung für die Betroffenen entsteht. Nur so kann die gesellschaftliche Exklusion von EmpfängerInnen von staatlichen Unterstützungsleistungen gestoppt werden, die massiv vom Zugang zu Informationen abhängt.

In öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen (z.B. Bibliotheken, Rathäuser und Volkshochschulen) müssen frei zugängliche Internetterminals zur Verfügung stehen, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der barrierefreien Informationsbeschaffung zu geben. Wenn Bund, Länder und Kommunen Prozesse organisieren, die auf Online-Partizipation fußen, muss parallel eine Möglichkeit eingerichtet werden, diese Angebote auch für Menschen zugänglich zu machen, die zu Hause über keine entsprechende technische Ausstattung oder die notwendigen Kompetenzen verfügen, um eine echte BürgerInnenbeteiligung zu ermöglichen. Über Schulungsangebote an Volkshochschulen muss ein Angebot bereit gestellt werden, dass eine eigenständige und kompetente Nutzung des Internet für alle Generationen und Schichten erlernbar macht. Um die Attraktivität kommunaler Angebote bei Kinder- und Jugendarbeit zu erhöhen, muss auch hier eine entsprechende technische Ausstattung bereit gestellt werden.

In Schulen müssen Computer-Räume auf den aktuellen technischen Stand gebracht und gehalten werden, um dort mehr tun zu können als Tabellenkalkulation und Schreibmaschinen-Kurse. SchülerInnen muss die Nutzung dieser Räumlichkeiten auch außerhalb des regulären Schulunterrichts (z.B. in AGs und in Freistunden) möglich sein, um ihnen auch Möglichkeiten zu bieten, das Internet und die digitale Welt eigenständig zu entdecken. In allen Schultypen und Altersstufen müssen der Umgang und die Nutzung von digitalen Medien zum Standard werden und dürfen nicht von den Möglichkeiten des Elternhauses abhängig sein.

Maßnahmen in Infrastruktur und Netzzugang können ihre Wirkung nur entfalten, wenn gleichzeitig die Inhalte und Services diskriminierungsfrei angeboten und abgerufen werden können. Netzneutralität ohne Dienstklassen muss daher in Deutschland dringend gesetzlich verankert werden. Die Aufgabe der Netzneutralität würde ein Zwei-Klassen-Internet zur Folge haben, in dem der Zugang zu Informationen und Wissen von ökonomischen Faktoren bestimmt und die gesellschaftliche Spaltung noch vertiefen würde. Neben der Umsetzung in der Bundesrepublik müssen hier auch endlich europäische Initiativen folgen, um ein nationalstaatliches Kleinklein zu verhindern.

Die digitale Gesellschaft ist weiterhin eine stark monopolistisch geprägte Gesellschaft, insbesondere was die Standardisierung von Software betrifft. Eine politische Stärkung und ein deutliches Bekenntnis zu Open-Source-Software in der Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen und in öffentlichen Einrichtungen würde diesen Monopolen Einhalt gebieten und gleichzeitig Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit erhöhen. Durch die standardmäßige Nutzung von Open-Source-Software in öffentlichen Einrichtungen würde zudem eine weitere technische Barriere abgesenkt. Nur frei verfügbare Software kann gleiche Voraussetzungen im Privaten wie in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen schaffen, die das Wissen um die Bedingungen von Software weniger abhängig von ökonomischen Voraussetzungen und Ressourcen machen würde.

Das Ziel einer solidarischen digitalen Gesellschaft scheidet aktuell noch an einer massiven Ungleichverteilung von Ressourcen und einer digitalen Spaltung der Gesellschaft. Diese Ungleichheit zu überwinden und auch im Internet soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen muss das Ziel jungsozialistischer und sozialdemokratischer Netzpolitik werden.

F 2

MEDIENKOMPETENZ IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT

Wir erleben gegenwärtig einen Wandel der Medien und des Umgangs mit Medien, der uns gesellschaftlich vor neue Herausforderungen stellt. Mit der Digitalisierung dringen die neuen Medien in immer neue Bereiche des Lebens ein und werden allgegenwärtig. Gleichzeitig verändern sich die klassischen Medien, um auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren zu können. Insbesondere die so genannten ‚neuen‘ Medien entwickeln im Zuge dieser Veränderungen Formen und Inhalte, die in ihrem Umfang und in ihrer Qualität völlig neu sind und einen veränderten Umgang mit ihnen erfordern. In den vergangenen Jahren und Monaten ist uns an vielen Stellen vor Augen geführt worden, dass der kompetente Umgang mit Medien keine Selbstverständlichkeit ist und eine Verbesserung dieser Situation in vielen Bereichen der digitalen Gesellschaft die Selbstbestimmung der Menschen stärken kann. Nur kompetente MediennutzerInnen können sinnvoll vor Gefahren geschützt werden und gleichzeitig die Chancen dieses Medienwandels ergreifen.

Datenschutzskandale weisen nicht nur auf Mängel auf Seiten der Unternehmen und Anbieter hin, sondern zeugen auch von einem sehr sorglosen Umgang mit persönlichen Daten in digitalen Medien.

Die Debatte rund um die gescheiterte Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) hat gezeigt, dass verschiedene Generationen die Risiko- und Gefährdungspotentiale digitaler Medien unterschiedlich bewerten.

Abmahnungen und Abzocke im Internet vergegenwärtigen uns, dass etablierte Muster der Einschätzung von vertrauenswürdigen Partnern in neuen Kommunikationstechnologien nicht funktionieren.

Phänomene wie Cyber-Mobbing und die naive Präsentation persönlicher Daten und Informationen zeigen, dass das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit unter Druck gerät und die Reichweite individueller Handlungen nicht immer korrekt eingeschätzt wird.

Der lässige Umgang mit Quellen und der Bezug von Informationen und ein decken mangelndes Verständnis für die Qualität und Relevanz von (vermeintlichen) Fakten auf.

Demokratische Beteiligung über digitale Verfahren wie Online-Votings, Diskussionsforen oder OpenData-Initiativen können nur genutzt werden, wenn Unsicherheiten und Ängste durch Wissen abgebaut werden können.

Die NRW Jusos streben daher eine umfassende Auseinandersetzung in der Gesellschaft mit Fragen der Medienkompetenz an. In allen Generationen und gesellschaftlichen Schichten kann durch eine verbesserte Medienkompetenz ein sicherer, souveräner und selbstbestimmter Umgang mit Medien erreicht werden, der die Menschen zu kompetenten NutzerInnen der gesellschaftlich verbreiteten Technologien macht.

Unser Verständnis von Medienkompetenz greift dabei auf einen breiten Medienbegriff zurück und unterscheidet nicht zwischen vermeintlich klassischen und neuen Medien. Medien durchdringen unser Leben on- und offline und stellen uns vor große Herausforderungen. Medienkompetenz ist in unserem Verständnis eine vielschichtige Kompetenz, die auf verschiedenen Ebenen ansetzt. Medienkompetenz zielt dabei gleichermaßen auf Inhalt und Technik der Medien ab. Wir unterscheiden dabei vier Ebenen:

1. Was sind Medien, was tun sie und welche Zugangsmöglichkeiten gibt es?
2. Wie erhält man durch Medien Informationen, worin unterscheiden sich verschiedene Medien(typen), wer macht Medien und warum?
3. Medienkritik und Medienreflexion, Medien hinterfragen und bewerten
4. Medien gestalten

VERMITTLUNG VON MEDIENKOMPETENZ ALS GESELLSCHAFTLICHE AUFGABE

Zentral für die Vermittlung von Medienkompetenz ist das Ziel, Kindern und Jugendlichen Sicherheit in der Nutzung und im Umgang mit Medien zu vermitteln und sie so zu souveränen AnwenderInnen nach ihren eigenen Bedarfen zu machen. Zentrale Voraussetzung für den kompetenten Umgang mit Medien ist ihre unmittelbare Erfahrbarkeit. Broschüren und andere Werbematerialien können nicht das Vermitteln, was ein Austesten und Ausprobieren der eigenen Fähigkeiten in geschützten Umgebungen und unter fachkundiger Begleitung ermöglicht.

ErzieherInnen in Kindergärten und Kindertagesstätten müssen für Fragen der Kinder und Eltern zu Medien und Mediennutzung ansprechbar sein. Bereits kleine Kinder müssen die Möglichkeit haben, mit erfahrenen ErzieherInnen über ihre Medienerfahrung zu sprechen und Eltern müssen kompetente AnsprechpartnerInnen bei Unklarheiten zur Mediennutzung ihrer Kinder haben. Um dies auch nachhaltig zu gewährleisten müssen entsprechende Elemente in die bereits jetzt sehr gute Ausbildung der ErzieherInnen aufgenommen werden. Kindergärten und Kindertagesstätten sind ein Ort in dem Medienkontakt spielerisch vermittelt werden muss, um Kindern diese Bereiche erfahrbar zu machen – ohne bereits Medienkompetenz im engeren Sinne zu vermitteln zu müssen.

LehrerInnen müssen den jeweiligen Alters- und Lernniveaus angemessene Lern- und Erfahrungsangebote mit verschiedenen Medien machen. Medienkompetenz muss ein wichtiger Baustein schulischer Bildung werden, um Kindern das Hineinwachsen in eine von Medien geprägte Gesellschaft zu erleichtern. Wir streben eine Weiterentwicklung des klassischerweise vor allem technisch geprägten Informatik-Unterrichts zu einem Medien-Unterricht, der technische und inhaltliche Fragen und Diskussionen verbindet. In Berufsschulen und in der betrieblichen Ausbildung müssen die geschaffenen Grundlagen dann berufs- und anforderungsspezifisch weiterentwickelt werden. Die technische Ausstattung von Schulen muss so aufgestellt werden, dass Medien- und Informatikunterricht für alle SchülerInnen zur Regel wird und nicht kleinen Gruppen mit Vorkenntnissen und/oder Spezialinteressen vorbehalten bleibt. Medien müssen durch alle Alters- und Schulstufen hindurch ein kontinuierlicher Bestandteil des Unterrichts sein. Dazu müssen auch Computer und entsprechende Software zu Lehrmitteln erklärt und in Lehrpläne eingebaut werden, um eine Finanzierung über das Land NRW sicherzustellen und die Ausstattung von Schulen nicht von der Haushaltslage der Kommunen abhängig zu machen.

Schulische Maßnahmen sind ein zentraler Bestandteil der Förderung von Medienkompetenz, sind aber strukturell an bildungspolitische Anforderungen gebunden. Daher müssen in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit ebenfalls entsprechende Angebote geschaffen werden. Kinder- und Jugendliche müssen Gelegenheit haben, sich unter kompetenter Begleitung im Netz auszuprobieren und bei Unsicherheiten AnsprechpartnerInnen haben und Hilfestellung bekommen. Hierzu notwendige Qualifikations- und Qualitätsrichtlinien müssen vom Land NRW in Zusammenarbeit mit den Trägern der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden. Über die Landesjugendämter könnten solche Fortbildungen organisiert werden, entsprechende Möglichkeiten sind zu prüfen.

In der LehrerInnen-Ausbildung an Universitäten muss die Vermittlung von Medienkompetenz im pädagogischen Begleitstudium institutionalisiert werden. Die Verankerung von Medienkompetenzausbildung im LehrerInnen-ausbildungsgesetz (LAbG) ist dafür unerlässlich. Medien sind für angehende LehrerInnen nicht nur Werkzeug sondern auch Unterrichtsinhalt und sie müssen beide Seiten der Nutzung an ihre zukünftigen SchülerInnen weitergeben können. Je nach Status und Form der Medienkompetenzbildung in Schulen ist die Einrichtung eines Ergänzungsfaches Medienkompetenz zu prüfen und Weiterbildungsangebote oder Aufbaustudiengänge für bereits tätige LehrerInnen einzurichten. In Studienfächern jenseits der LehrerInnenausbildung müssen insbesondere Fragen der Informationsbeschaffung und Medienreflexion intensiv diskutiert werden, um einen eigenverantwortlichen Umgang mit Wissen und Informationen zu erreichen. Bücher und gedruckte Materialien sind nicht mehr die alleinige Quelle für Informationen und Hintergründe. Digitale Medien nehmen hier in allen Disziplinen eine zentrale Rolle ein. Die Einschätzung der Qualität von Informationen und die Weiterverarbeitung von technisch flüchtigen Quellen müssen in allen Studienfächern erlernt werden.

Auch jenseits von Schule, Ausbildung und Hochschule müssen bessere Angebote zur Medienkompetenz entstehen. In Volkshochschulen und öffentlichen Bibliotheken ist eine hervorragende Infrastruktur vorhanden, um allen Generationen und gesellschaftlichen Schichten entsprechende Angebote zu machen. Das betrifft vor allem Angebote an Eltern und Großeltern, um diese selbst zu kompetenten NutzerInnen zu machen, damit sie ihren Kindern und Enkeln auf Augenhöhe begegnen können. Nicht zuletzt müssen auch EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Verwal-

tung Anlaufstellen haben, um sich mit neuen Entwicklungen in der Mediennutzung und im Medienangebot auseinander zu setzen, so dass sie jederzeit Gelegenheit haben, die digitale und digitalisierte Alltagswelt von Kindern und Jugendlichen aus deren Perspektive zu erfahren. Nur kompetente NutzerInnen können auch kompetente EntscheiderInnen sein.

Medienkompetenz kann aber nur durch aktive Nutzung auch in demokratische und kulturelle Teilhabe münden. Das Land NRW muss daher Bürgerinitiativen in diesem Bereich und insbesondere Bürgermedien aktiv fördern und ihnen in der Medienlandschaft NRW genügend Raum geben. Über entsprechend unterstützte und niedrigschwellige Angebote kann hier Teilhabe gesichert werden. Die notwendige Infrastruktur und Rahmenbedingungen müssen federführend vom Land NRW gestaltet werden, um auch außerschulische Medienkompetenzförderung nicht von den kommunalen Haushalten abhängig zu machen.

Die vermittelten Inhalte in allen Bereichen Medienkompetenz sind regelmäßig zu überprüfen und weiterzuentwickeln, da der technische Wandel regelmäßig neue Fragen und Debatten zu Tage bringt. Medienkompetenz und Medienbildung kann nie auf gesichertes Wissen zurückgreifen, sondern ist mit einem sich ständigen wandelnden Phänomen befasst.

Medienkompetenz ist kulturelle Kompetenz. Damit Kinder und Jugendliche sich in der digitalen Gesellschaft als mündige BürgerInnen bewegen und an Arbeit, Bildung, Politik, Kultur und Gesellschaft teilhaben zu können, müssen entsprechende Grundlagen vor Ort geschaffen werden. Medienkompetenz kann Eigenverantwortung stärken und die staatliche Aufgabe vom utopischen Ziel des absoluten Schutzes hin zu einem angemessenen Risikomanagement verändern.

F 3

KEIN NEUER STRAFTATBESTAND „ANGRIFF AUF BEAMTINNEN“

Seit längerem wird von konservativer Seite die Einführung eines neuen Straftatbestandes „Angriff auf BeamtInnen“ gefordert. Vorgeblich sollen durch diesen neuen Strafgesetzesparagrafen PolizeibeamtInnen sowie Rettungskräfte besser vor Gewalt, die in Ausübung ihres Dienstes gegen sie angewandt wird, geschützt werden. Tatsächlich öffnet der Straftatbestand jedoch durch eine weit auslegbare, schwammige Formulierung des zugrunde liegenden Straftatbestandes einer missbräuchlichen, repressiven Anwendung Tür und Tor.

Wir widersprechen daher der Forderung und werden uns gegen eine Veränderung der bestehenden Rechtslage einsetzen. Die bestehenden Rechtsnormen sind bei konsequenter Anwendung ausreichend, um BeamtInnen in Ausübung ihres Dienstes zu schützen.

F 4

KEINERLEI FORM VON VORRATSDATEN- SPEICHERUNG IN DEUTSCHLAND!

Wir lehnen die Wiedereinführung einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ab.

Eine großflächig eingesetzte technische Infrastruktur zur Überwachung und Speicherung von Telekommunikationsdaten passt nicht in unser Bild einer modernen und solidarischen Gesellschaft.

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen zudem ein unverhältnismäßiges Risiko, dass nicht mit vermeintlichen – aber nicht zu belegenden – Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Wir sprechen uns ebenso klar gegen die vermeintlichen Kompromisslösungen aus, wie beispielsweise die Speicherzeit für Vorratsdaten zu verkürzen, da diese die Kernprobleme der Vorratsdatenspeicherung nicht ansatzweise lösen.

Wir fordern die SPD Landtagsfraktion NRW, die SPD Bundestagsfraktion, den SPD Landesverband NRW, den SPD Bundesverband und die sozialdemokratischen Mitglieder der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament daher auf,

- » sich gegen eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung jeglicher Art in Deutschland auszusprechen und entsprechende Gesetzesinitiativen abzulehnen
- » auf europäischer Ebene für eine Überarbeitung der Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratspeicherung einzutreten, um die Mitgliedsstaaten von der Überwachungspflicht zu befreien aber gleichzeitig Überwachungsexzesse, wie sie in anderen EU-Staaten stattfinden, zu beschränken
- » sich dafür einzusetzen, Strafverfolgungsbehörden mit ausreichendem Budget, Personal und Know-How so auszustatten, dass eine effektive Strafverfolgung möglich ist.

GENERATIONEN- GERECHTIGKEIT

G 1	Generation(en) gerecht: Mehr Umverteilung im Heute wagen!.....	45
G 2	Öffentliche Investitionen: Wir wissen, was wir tun.	50

GENERATION(EN) GERECHT: MEHR UMVERTEILUNG IM HEUTE WAGEN!

DIE ENTLARVUNG DES KONSERVATIVEN BEGRIFFES VON DER GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Kein politisches Vorhaben wird heute bewertet, ohne den Blick auf das Morgen, auf die künftigen Generationen zu werfen. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind zwei Begriffe, deren aktuelle Hochkonjunktur dafür gesorgt hat, dass sie zwar in aller Munde sind, und jedeR irgendwie dafür ist; doch was genau sich hinter diesen Begriffen verbirgt, wird durch deren Abnutzung mehr und mehr verwischt – und das nicht ohne Folgen für das politische Gestalten.

Wer „immer im Sinne unserer Kinder und KindeskindeR“ zu handeln vorgibt, wird schnell von jeglicher Kritik am eigenen Tun befreit, scheint doch sein Anspruch moralisch unangreifbar. So wird die von konservativer Seite angestrebte sozialstaatliche Askese im Jetzt zum Heilsversprechen für die künftigen Generationen. Diejenigen, die diese Strategie unter dem Label der Generationengerechtigkeit politisch vorantreiben, fühlen sich sittlich unangreifbar, weil die Kritik an ihrer Strategie nicht selten unter den Verdacht des Ungerechten und damit Unmoralischen gerät. Aber auch wenn das kritische Hinterfragen der aktuellen, konservativen Auslegung des Begriffes „Generationengerechtigkeit“ mit der Gefahr verbunden ist, unter diesen unschicklichen Egoismusverdacht zu geraten, werden wir genau dies immer wieder tun, denn für uns Jusos ist klar: **Wenn über Generationengerechtigkeit gesprochen wird, ist im Kern die Rede von Verteilungsgerechtigkeit - und damit von einem unserer zentralen Anliegen.**

Für uns gilt also es zunächst, den häufig allzu moralinsauer vorgebrachten Verweis auf die künftigen Generationen als Rechtfertigung für sozialstaatliche Einschnitte als das zu entlarven was es ist: die Instrumentalisierung des Begriffes der Generationengerechtigkeit zu Gunsten konservativer und neoliberaler Verteilungsinteressen in der Gegenwart.

Versteht man Generationengerechtigkeit als die Herstellung mindestens gleicher Lebenschancen für die nachrückenden Generationen, dann wird schnell deutlich: Eine Politik, die unter dem Postulat der Gerechtigkeit für künftige Generationen, heute ihre Kürzungspolitik durchsetzt, wird tatsächlich genau dieses Ziel erreichen. Nämlich das Fortschreiben eben dieser auch heute bestehenden Lebenschancen für die nachfolgenden Generationen: Mindestens gleich gute Chancen für die Bessergestellten - höchstens gleich schlechte für die schwächeren Teile der Gesellschaft.

Der die öffentliche Debatte dominierende Begriff der Generationengerechtigkeit übergeht, dass die den Menschen heute abverlangten Kürzungen die Ungleichheiten verstärken und damit mitnichten eine Ausgangssituation geschaffen wird, die mehr Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit in der Zukunft verheißt. Dass sich eine Begrenzung der Chancen und Teilhabe im Hier und Jetzt in den folgenden Generationen fortsetzt und verstärkt, zeigt ein Blick in Sozial- und Wirtschaftsstatistiken:

Die Einkommen aus Erwerbsarbeit und Kapitalanlagen sind längst völlig voneinander entkoppelt und bewegen sich in zunehmendem Maße auseinander. Daran hat auch die Finanz- und Wirtschaftskrise wenig geändert.

Ein „Aufstieg durch Bildung“ ist nach wie vor nur in sehr begrenztem Umfang möglich und stellt sogar zunehmend eher die Ausnahme dar als die Regel. Insbesondere die Menschen ohne guten Zugang zu Bildung können immer seltener von Bildungschancen profitieren.

Die Leistungen aus den Sozialkassen werden immer weiter beschnitten. Keine Generation zuvor hat ein derart geringes Leistungsniveau für derart hohe Beiträge verkraften müssen.

Diese Beispiele machen deutlich, wie absurd die aktuelle Auslegung des Begriffes der Gerechtigkeit eigentlich ist. Gleichzeitig zeigt sich, dass ein radikaler strategischer Wechsel in den Politikfeldern notwendig ist, die von dieser Gerechtigkeits(un)logik infiziert sind. Dazu gehört für uns in erster Linie die Finanzpolitik, die unter dem unbedingten Zwang zur Haushaltskonsolidierung die Spielräume anderer Politikbereiche beschneidet. Dazu gehören aber auch Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik, deren Bedeutung für die Teilhabechancen der nachfolgenden Generationen unbestritten ist. Zuerst gehört dazu aber eben die entscheidende Erkenntnis, dass die Ungerechtigkeit nicht zwischen der heutigen und der morgigen Generation, zwischen jung und alt besteht, sondern dass sie zwischen arm und reich zu finden ist. **Wirkliche Gerechtigkeit – auch für nachfolgende Generationen – wird sich nur dadurch herzustellen lassen, dass Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit heute hergestellt werden!**

GENERATIONENGERECHTE FINANZPOLITIK

Wer heute nicht spart, schadet unseren Kindern. Diesen Satz würde wohl nahezu jedeR PolitikerIn unterschreiben. Die Schuldenbremse, die mit einer breiten, überparteilichen Mehrheit ins Grundgesetz geschrieben wurde, ist ein Ausdruck dieser Auffassung. Dass die Schuldenbremse falsch ist und bleibt, weil sie die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit des Staates beschränkt und die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit erschwert, war für uns Jusos immer klar. Auch wenn in dem politischen Kampf gegen dieses finanzpolitische Instrument momentan nichts auf einen baldigen Erfolg hindeutet, werden wir weiter dafür kämpfen, dass auf die Schuldenbremse hoffentlich eines Tages als eine Episode einer Phase wirtschaftspolitischer Verwirrung der SPD zurückgeblickt werden wird.

Jedoch konzentriert sich unser Einsatz für eine gerechte Finanzpolitik bei weitem nicht auf die kritische Bewertung und Rückabwicklung der Schuldenbremse. Mit der Aufdeckung der Unlogik der Gerechtigkeitspostulates aus dem neoliberal-konservativen Lager wäre bereits viel gewonnen, doch gilt für uns Jusos als progressive politische Kraft immer auch der Anspruch, auf Basis der Kritik an bestehenden Verhältnissen, Alternativen zu formulieren.

Wenn in regelmäßigen Abständen die Forderung nach Steuersenkungen laut wird, zeigt sich deutlich, von welchen Interessen die Finanzpolitik von vor allem gelber, gelegentlich auch schwarzer, Natur wirklich getrieben sind. Hinter dem mahnenden Ruf nach Haushaltskonsolidierung, der sich mit dem gönnerischen nach Steuersenkungen zuverlässig konjunkturell abwechselt, zeigt sich immer ein und dasselbe Interesse, welches mit Generationengerechtigkeit wenig zu tun hat. Beide Maßnahmen haben den Effekt, zugunsten derjenigen, die aktuell mehr besitzen, die Umverteilungswirkung des Staates zu beschränken, diesen zu einem „schlanken Staat“ zusammenschrumpfen zu lassen. Verliert aber der Staat seine Lenkungs- und Verteilungsinstrumente, dann wird in Kauf genommen, dass sich bestehende Ungerechtigkeiten verstetigen – heute und morgen. Dem gilt es sich entschieden entgegenzustellen: Einnahme- und Ausgabenpolitik des Staates ist immer auch Umverteilungspolitik und damit der zentrale Dreh- und Angelpunkt für die Herstellung wirklicher Gerechtigkeit zwischen, vor allem aber innerhalb der Generationen.

Nimmt der Staat Schulden auf, dann fällt deren Tilgung nachfolgenden Generationen zu. Damit verringern sich unter Umständen die Chancen dieser nachfolgenden Generationen, ihrerseits Investitionen zu tätigen, weil ihre finanziellen Mittel in Zinsen und Tilgungsraten gebunden sind. Dass dies mit dem Prinzip der Generationengerechtigkeit nicht zu vereinbaren ist, ist die gängige Darstellung zur Schuldenpolitik in der Generationenfrage. Doch sie ist verkürzt: Was häufig außen vor bleibt, ist die Feststellung, dass den Schulden Werte gegenüberstehen, vorausgesetzt das per Kredit aufgenommene Geld wird sinnvoll und eingesetzt. Wird es zusätzlich noch - in unserem Sinne - nachhaltig eingesetzt - dann überdauert die Investition möglicherweise mehrere Generationen und erzeugt einen Wert – ebenfalls über Generationen hinaus. Die Aufnahme von Schulden heute bedeutet also nicht immer, dass die künftigen Generationen für eine Leistung aufkommen müssen, von der sie nie profitieren konnten. Zudem erhalten Investitionen auch den Wert ihrer Anlagen. In unserem Sinne generationengerecht zu handeln bedeutet somit auch die öffentliche Infrastruktur durch falsche Kürzungen nicht zu entwerten und verkommen zu lassen, sondern ihren Wert und ihre Funktionalität für die nachfolgenden Generationen zu erhalten und zu verbessern. Schulden sind also nicht per se ungerecht für nachfolgende Generationen. Im Gegenteil: Gewisse gesellschaftliche

Investitionen sind ohne die Aufnahme von Schulden nicht zu tätigen. In der Sozial-, Umwelt- und Bildungspolitik wird die Bedeutung dieser sich fortschreibenden Wirkung von schuldenfinanzierten Investitionen deutlich.

Für uns heißt eine wirkliche generationengerechte Finanzpolitik, dass die staatlichen Einnahmen stabilisiert werden müssen, damit der Staat seinen Aufgaben nachkommen kann. Dabei können Investitionsimpulse grundsätzlich auch über Schulden finanziert werden.

DIE SOZIALE SICHERUNG VON MORGEN...

... wird nur für alle bestehen bleiben können, wenn wir heute den Verteilungskampf erfolgreich führen. Der Niedergang des Sozialstaates ist nicht das zwangsläufige Schicksal einer alternierenden Gesellschaft, genau so wenig, wie der demografische Wandel Einschnitte in die Sozialsysteme begründet. Auch hier gilt es ihn als das zu enttarnen, was er ist: ein Scheinargument für Sozialabbau. Es ist richtig, dass die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter abnimmt, und die Zahl der Menschen über 65 Jahre steigt. Diese Entwicklung darf jedoch nicht unabhängig von anderen Faktoren gesehen werden. Der Aspekt des Produktivitätsfortschritts wird häufig verschwiegen, wenn es darum geht, soziale Härten mit dem demografischen Wandel zu begründen. Immer weniger ArbeitnehmerInnen können durch höhere Produktivität mehr Wohlstand erzeugen. Mit weniger Arbeit kann also die gleiche Wirtschaftsleistung erbracht werden. Selbst unter Annahme eines pessimistischen Szenarios mit weiterhin hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Produktivitätsfortschritt, gibt es in Zukunft nicht weniger, sondern mehr zu verteilen. Mit der Wirtschaftskraft und der Produktivität können auch die Einkommen steigen. Das entscheidende Problem ist also nicht, dass unsere Gesellschaft altert, sondern die ungerechte Verteilung des erwirtschafteten Sozialprodukts.

Neben dem Produktivitätsfortschritt kann auch eine höhere Beschäftigungsquote der Bevölkerung zur Entlastung der Sozialsysteme beitragen. Es sind momentan nur ca. zwei Drittel der erwerbsfähigen Menschen in Deutschland auch wirklich erwerbstätig. Dies resultiert aus der immer noch sehr niedrigen Frauenerwerbsquote und der Arbeitslosigkeit gerade älterer Menschen sowie derjenigen, die als „schwer vermittelbar“ gelten. Diese Beschäftigungsreserve gilt es zu mobilisieren. Der demografische Wandel ist also keine Katastrophe, die zwangsläufig über uns hereinbricht! Die Demografie birgt sogar Chancen. Wenn Frauen und ZuwanderInnen stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden und die wirtschaftliche Produktivität angetrieben wird, wird die demografische Lücke der sozialen Sicherungssysteme gefüllt.

Der Ruf nach Konsolidierung durch Kürzungen im sozialen Bereich vermindert nicht nur die Teilhabechancen derjenigen, die in unsichere soziale Verhältnisse hineingeboren werden. Zusätzlich bringen Kürzungen aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit große Probleme mit sich. Wenn Förderungen oder Unterstützungen von Ländern oder Kommunen gestrichen werden, sind es immer benachteiligte Gruppen der Gesellschaft, die besonders betroffen sind.

Wenn beispielsweise eine Kommune keine KiTa-Plätze fördert, oder Frauenhäuser schließt, betrifft dies Frauen natürlich in ganz besonderem Maße. Auch weitere Sparmaßnahmen wie beispielsweise Nachmittagsbetreuung gehen schnell zu Lasten von Frauen, denn wer wird wohl die Betreuung der Kleinen übernehmen müssen, wenn keine staatliche oder kommunale Unterstützung mehr zur Verfügung steht?

Wir müssen uns klarmachen, dass der schnöde Mammon erhebliche Auswirkungen auf Gleichstellungspolitik und die Verwirklichung einer geschlechtergerechten Gesellschaft hat. Die Frage nach investieren oder konsolidieren ist damit nicht nur eine Frage von (vorgeblicher) Generationengerechtigkeit, sondern immer auch von Geschlechtergerechtigkeit.

DIE INVESTITION MIT TRAUMRENDITEN: BILDUNG!

Die Bedeutung der Teilhabechancen, die durch Bildungspolitik hergestellt werden können, scheint von der Politik erkannt. Zumindest wagt sie sich, trotz allen Konsolidierungsbemühungen nicht an die Mittel der Bildungsressorts heran. Das ist im Prinzip der richtige Weg, aber es darf nicht übersehen werden, dass auch soziale Sicherung für Teilhabe zentral ist. Prinzipiell besteht in der sozialen Sicherung – insbesondere für die sogenannten „Abgehängten“ – die notwendige Voraussetzung, die die Basis für die Befähigung und Bereitschaft zur Bildung darstellt. Deshalb dürfen in der Finanzierungsfrage die Ressorts Bildung und Soziales nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie bedingen sich einander und bedürfen einer viel engeren Verzahnung.

Die Rendite von Bildungsinvestitionen durch den Staat ist enorm, das sollte kein Geheimnis mehr sein. Eine Investition in Bildung führt zu minderausgaben bei Prävention, Sozialausgaben und auch bei „gesellschaftlichen Reparaturkosten“. Trotz dieser Erkenntnis ist das geringe Investitionsniveau Deutschlands in Bildung auf eine traurige Art legendär. Seit Jahren geht der ohnehin unterdurchschnittliche Anteil am Deutschen BIP, der in Bildung investiert wird, zurück. Hier wird besonders deutlich, wie die einseitige Fixierung auf Konsolidierung zu Fehlsteuerungen führt, die sich noch über viele Generationen auswirken werden. Wir brauchen eine Investitionsbremsen-Bremse bei den Bildungsausgaben, die die notwendigen Investitionen in Bildung garantiert und Deutschland im OECD-Vergleich der Bildungsausgaben in die Spitzengruppe bringt. Diese Investitionsgarantie für Bildung ins Grundgesetz zu schreiben, wäre nur konsequent.

NACHHALTIGKEIT GERECHT! DIE SOZIALE DIMENSION VON UMWELT- UND RESSOURCENPOLITIK

Nicht anders als die Bildungspolitik steht auch die Infrastrukturpolitik da, wenn es um die notwendige Finanzierung in diesem Bereich geht. Auch hier türmt sich ein gewaltiger Investitionsstau vor den klammen öffentlichen Kassen auf. Gleichzeitig ist die Bedeutung einer neuen, nachhaltigen Umweltpolitik für die kommenden Generationen völlig unumstritten.

Unser Anspruch an eine generationengerechte Umweltpolitik geht aber über die finanziellen Fragen einer Umgestaltung von Ressourcen- und Infrastrukturpolitik hinaus. Für uns liegt die Aufgabe des Staates nicht nur darin, neue Technologien mit Investitionsprogrammen anzustoßen und umweltschädliches Handeln unrentabel zu machen. Im Unterschied zu anderen Nachhaltigkeits-Begriffen fußt der unsere nicht auf Betonung der Bedeutung der individuellen Verantwortung für ressourcensparendes Handeln. Unser Nachhaltigkeitsbegriff baut auf dem Paradigma der kollektiv hergestellten Verbindlichkeit für ein Umdenken in Sachen Umwelt- und Ressourcenpolitik auf. Nicht Lifestyle-Trends oder Barmherzigkeit sind nach unserem Begriff von Nachhaltigkeit Triebfeder für eine Politik, die auch die Bedürfnisse kommender Generationen berücksichtigt, sondern die durch den Staat hergestellte, verbindliche Umstellung von politischen und gesellschaftlichen Weichen. Dies ist eine Mammutaufgabe, die nur ein starker Staat ausfüllen kann. Deshalb ist dessen solide Finanzierung unumgänglich.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT INTERNATIONAL

Wer die Ungleichheiten in den jetzt lebenden Generationen bekämpfen will, muss den Blick über die Grenzen von Staat und Staatenbund hinaus erweitern. Ein großer Teil des Wohlstandes, den wir in Europa und Deutschland genießen, ist auch auf Kosten von Menschen erreicht worden, die mit einem vielfachen weniger auskommen müssen und deren Perspektiven ohne Hilfe düster sind. Als Industrienation und damit Hauptverursacher ist es in unserer Verantwortung, die Folgen des Klimawandels abzumildern. Gerade dort, wo die Menschen sehr arm sind, werden diese in Zukunft besonders unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben.

Unser Begriff von Generationengerechtigkeit darf sich nicht auf Deutschland beschränken, sondern ist internationalistisch. Nachhaltigkeit bedeutet für uns auch, dass wir mit unserer Politik die Lebensbedingungen aller Menschen auf der Welt verbessern wollen. Bessere Lebensbedingungen und Chancen zur Teilhabe kann für die aktuellen und künftigen Generationen nur dann möglich sein, wenn wir als Industrienation uns der Verpflichtung stellen, denjenigen Hilfe zu leisten, die unter Armut, Umweltkatastrophen und Gewalt leiden.

Für uns ist Entwicklungshilfe kein disponibler Bonus-Posten in einem gelungenen Bundeshaushalt. Für uns ist sie Bestandteil einer umfassenden Verpflichtung zur Herstellung von gleichen Lebenschancen für aktuelle und zukünftige Generationen – über Grenzen hinaus.

ZEHN FORDERUNGEN FÜR EINE GENERATIONENGERECHTE POLITIK

1. Steuererleichterungen stehen Konsolidierungs- und Investitionsvorhaben des Staates entgegen und sind abzulehnen. Das Gegenteil ist notwendig: Die Einführung einer Vermögensteuer und die Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, die Besteuerung von Finanztransaktionen, die Abschaffung von Steuerprivilegien und auch Neuverschuldung in begrenztem Rahmen ist notwendig, um die öffentlichen Haushalte wieder handlungsfähig zu machen.
2. Die sozialen Sicherungssysteme brauchen eine breitere Finanzierungsbasis. Deshalb muss schnellstmöglich die Bürgerversicherung eingeführt werden, die alle Menschen in das System einbezieht.
3. Auch die individuellen Einzahlungen in die Sozialkassen müssen steigen. Das muss nicht zwangsläufig eine Erhöhung der Beitragssätze bedeuten. Viel wäre bereits gewonnen, wenn die Löhne in angemessenem Umfang wachsen. Dafür muss Deutschland seine fehlgeleitete „Exportweltmeister-Strategie“ aufgeben, die seit Jahrzehnten durch Lohnzurückhaltung auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen ausgetragen wird. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung muss maximiert werden.
4. Das Versorgungsniveau durch die Sozialkassen ist als Bestandteil der Generationengerechtigkeit zu betrachten. Dieses muss angehoben und ein gesetzliches Mindestniveau fixiert werden, anstatt Beitragssätze zu vermindern.
5. Die Ausgaben in Bildung müssen steigen – und zwar kontinuierlich, verbindlich und damit unabhängig von haushaltspolitischen Moden. Die Mindestausgaben für Bildungspolitik gehören ins Grundgesetz.
6. Jegliche Investitionen und Konsolidierungsvorhaben sind in allen öffentlichen Haushalten immer hinsichtlich ihrer Auswirkungen für die Geschlechtergerechtigkeit zu prüfen und entsprechend anzupassen.
7. Die Schuldenbremse nimmt dem Staat die Möglichkeit, eine zukunftsweisende Investitionspolitik zu gestalten und angemessen auf Krisen zu reagieren. Sie gehört abgeschafft.
8. Wir als SozialistInnen müssen einen neuen Begriff der Nachhaltigkeit prägen, der die Gerechtigkeitsfrage loslöst von individuellem Wohlwollen. Nachhaltiges Leben und Wirtschaften ist für uns mehr als der „korrekte Konsum“ und kann nur dann offensiv hergestellt werden, wenn es in der Verantwortung des Staates liegt, dieses für alle verbindlich, aber auch möglich zu machen.
9. Massive Investitionen in Technologien für nachhaltige Energiegewinnung und zukunftsorientierten Ressourceneinsatz sind überfällig. Der Staat muss in diesen Bereichen als Pionier auftreten.
10. Die Bekämpfung der weltweiten Armut muss als Teil unseres Gerechtigkeitsprinzips fest in der bundesdeutschen Politik verankert sein. Absenkungen des Entwicklungshilfeeinsatzes auf Grund von konjunkturellen Schwankungen zeugen von mangelndem Verantwortungsbewusstsein der Politik für ihre internationalen Verpflichtungen und sind abzulehnen.

ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN: WIR WISSEN, WAS WIR TUN.

Staatliche Investitionspolitik hat in der Diskussion meist ein hohes Potenzial für einen rein ideologischen Schlagabtausch. Obwohl wir NRW Jusos natürlich auch eine klare ideologische Grundhaltung gegenüber staatlichen Investitionen haben, ist Ziel dieses Antrags zu diskutieren, welche staatlichen Investitionen aus unserer Sicht zwingend notwendig sind, um positive Wohlfahrtseffekte zu erzielen und auch um die Akzeptanz von Steuern zu heben.

Wir meinen: Nur, wenn immer wieder deutlich gemacht wird, was mit öffentlichen Geldern passiert und warum es notwendig ist, wichtige Investitionen zu tätigen, wird sich die Einstellung zur Erhebung von Steuern verbessern und auch nachhaltiger mit öffentlichen Geldern gewirtschaftet werden.

DER VORBEUGENDE SOZIALSTAAT

Unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat inmitten einer krisenhaften Zeit von insolventen Staaten und hyperventilierenden Märkten eine klare Haltung zu den finanziellen Pflichten und Aufgaben des Staats eingenommen. Sie vertritt die Position von NRWSPD und auch NRW Jusos. Oft als „Schuldenkönigin“ verhöhnt dürfte allerdings spätestens bei den sich vielfach widersprechenden Ratschlägen der WirtschaftsexpertInnen deutlich sein, dass sich selbst ganze Staaten tot zu sparen drohen, wenn soziale Leistungen und öffentliche Investitionen gnadenlos zusammengestrichen werden. An dieser Stelle darf auch nicht vergessen werden, was eine solch rigide Politik für den jüngeren Teil der Gesellschaft bedeutet. Es wird massiv mit der Bildung und Zukunft der jungen Generation gespielt, weshalb wir NRW Jusos uns auch klar mit den friedlichen Protestierenden in Spanien und Griechenland solidarisieren!

Hannelore Kraft hat die Idee des vorsorgenden Sozialstaats mutig und entschlossen in die breite öffentliche Diskussion gebracht. Sie hat das Thema jedoch weder erfunden, noch aus der Not heraus als Begründung für ihre Politik heran gezogen. Dem vorsorgenden Sozialstaat liegt der Gedanke zugrunde, dass Sozialpolitik sich nicht darauf beschränken darf, die Auswirkungen sozialer Notlagen Einzelner auszugleichen, sondern vor allem dafür sorgen muss, die Entstehung solcher Notlagen vorsorgend und im Sinne der gesamten Gesellschaft zu vermeiden. Hierbei werden selbstverständlich die Bereiche Bildung, Erziehung, Gesundheitsvorsorge, Wirtschaft und andere Lebensbereiche eingeschlossen.

Während des letzten Jahres wurden in NRW innerhalb der hitzigen Diskussion zwischen rot-grüner Koalition und schwarz-gelber Opposition viele Positionen ausgetauscht und Studien angefertigt. Hannelore Kraft hat eine vielbeachtete Studie bei der Prognos AG¹ in Auftrag gegeben, welche die sozialen Folgekosten eindrucksvoll bilanziert und klar macht, wie viel Geld durch durchdachte Investitionen kurz-, mittel- und langfristig eingespart werden kann. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass mittel- bis langfristig ein Einsparpotenzial von 7,89 Mrd. Euro pro Jahr in NRW ausgeschöpft werden kann. Zudem würden jährlich 15,38 Mrd. Euro (bestehend aus 7,7 Mrd. Euro Nettoerwerbseinkommen der Betroffenen, 3,3 Mrd. Euro Einkommenssteuer und 4,45 Mrd. Euro Sozialversicherungsbeiträgen) aufgrund fehlender Berufsabschlüsse verloren gehen. Die Studie rät dringend zur Vermeidung sozialer Folgekosten und rät zu präventiven Strategien, also auch wichtigen Investitionen. Auch Prof. Dr. Stefan Sell, Professor für Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und

¹ Prognos AG: Soziale Prävention – Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. Basel 2011.

Sozialwissenschaften, kommt in einem Vortrag „Präventive Bildungs- und Sozialpolitik und ihre finanzpolitischen Implikationen“² zu ähnlichen Schlüssen. Er rät dazu früher zu investieren, damit spätere Reparaturen überflüssig werden: „Sukzessive Umschichtung der Ausgaben von den end-of-pipe-Maßnahmen hin zu den frühen Interventionen“. Dabei weist er auch daraufhin, dass während der Übergangszeiträume eine Doppelfinanzierung der Investitionen und Reparaturen nötig ist. Sogar eine von der CDU in Auftrag gegebene Studie, die eigentlich eine Gegenposition beziehen sollte und dies auch teilweise tut, kommt zu dem Schluss: „Grundsätzlich ist der Ansatz, präventiver Sozialpolitik einen Vorrang gegenüber reaktiven Maßnahmen einzuräumen, sinnvoll. Sowohl aus menschlichen als auch aus rein ökonomischen Gesichtspunkten ist die ex-ante-Verhinderung einer Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen einem meist sehr teuren, langwierigen und häufig äußerst persistenten ex-post-Eingriff grundsätzlich vorzuziehen.“³

Bereits Herbert Wehner hat in einer Rede von 1978 gesagt, „dass die präventive Funktion der Sozialpolitik ausgebaut werden muss“. Der Sozialstaat solle nicht bloß als „Sanitätskolonne ,mit dem Pflasterkasten der Entwicklung hinterherlaufen“. Sowohl im Berliner Programm als auch im Hamburger Programm legt die SPD wert darauf, dass Sozialpolitik vor allem auch einen vorbeugenden Charakter haben soll. Somit trifft Hannelore Kraft mit ihrem klaren Bekenntnis zur vorbeugenden Sozialpolitik aus investitionspolitischer Sicht nicht nur den Nerv der Zeit, sondern bekennt sich auch deutlich zu ihrer politischen Herkunft. Wir NRW Jusos bekennen uns ausdrücklich zur Idee des vorsorgenden Sozialstaats, solange die Präventionspolitik nicht gegen die reaktive Sozialpolitik ausgespielt wird. Für uns ist selbstverständlich, dass Sozialleistungen nicht mit der Begründung gekürzt werden dürfen, dass sich mittelfristig mit Präventionspolitik mehr sparen lässt.

DER INVESTITIONSBEGRIFF

Der Begriff „Investition“ ist ein häufig missverstandener und auch missbrauchter Begriff. Nicht nur in politischen, sondern vor allem auch in wirtschaftlichen Zusammenhängen werden Ausgaben gerne als Investition deklariert, da mit diesem Begriff automatisch suggeriert wird, dass es sich um eine zukunftsweisende Ausgabe handelt, mit der sich auch Gewinne realisieren lassen. Doch längst nicht jede sogenannte Investition verfolgt dieses Ziel.

Finanzierung und Investition sind wie zwei Seiten einer Medaille. Während Finanzierungen mit einer Einzahlung beginnen, muss bei einer Investition eine Auszahlung getätigt werden. Es ist somit völlig logisch, dass Investitionen, da sie eine mittel- bis langfristige Bindung von Kapital darstellen, gut begründet und durchdacht sein müssen. Für uns NRW Jusos ist für ein Investitionsvorhaben in erster Linie entscheidend, dass es gut begründet ist. Vehement wehren wir uns gegen den Eindruck, den die Opposition gerne erweckt, dass Investitionen, so sie denn aus Krediten finanziert werden, automatisch schlecht sind.

ZUKUNFTSFELDER ZUR ERHÖHUNG EINES LANGFRISTIGEN WACHSTUMSPOTENZIALS

Wichtige Zukunftsfelder für den Einsatz von staatlichen Investitionen liegen praktisch auf der Hand und werden auch gerne in Sonntagsreden beschwört. So zahlen sich Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) zwar erst in einem langfristigen Wirkungshorizont aus, sind jedoch für die Informationsgesellschaft Vorbedingung. Von 1995 bis 2000 konnten in den USA 70 Prozent des zusätzlichen Wirtschaftswachstums auf Investitionen in IKT zurückgeführt werden.⁴ Und natürlich zahlen sich auch Investitionen im Bereich Nachhaltigkeit doppelt aus: Auch wenn es für uns NRW Jusos in erster Linie ein Gebot der Vernunft und Menschlichkeit ist, unseren Klima und Umwelt zu schützen, so zahlt es sich dennoch auch wirtschaftlich aus. Schließlich belaufen sich unter der Prämisse des Nichthandelns die zu erwartenden weltweiten Kosten des Klimawandels auf bis zu 20 Prozent des globalen Bruttonationalprodukts (BNP); wohingegen Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen mit 1 Prozent des weltweiten BNP zu Buche schlagen. Zudem werden durch diese Investitionen weitere Wachstumspotenziale im Bereich der Forschung und Innovation freigesetzt.⁵

² Sell, Prof. Dr. Stefan: Präventive Bildungs- und Sozialpolitik und ihre finanzpolitischen Implikationen. Vortrag bei den „Gelsenkirchener Gesprächen“ der NRWSPD. Gelsenkirchen 2011.

³ Raffelhüschen, Bernd/ Benz, Tobias: Der Ausbau präventiver Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen. Freiburg 2011.

⁴ Prognos AG: Soziale Prävention – Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. Basel 2011.

⁵ Wochenbericht des DIW unter <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/97609/09-19-1.pdf>

INVESTITIONEN IM BILDUNGSSEKTOR GRÖSSTE AUFGABE SOZIALER PRÄVENTION

Besonders Investitionen im Bildungsbereich wurden von unserer Ministerpräsidentin ins Visier genommen, um die Kosten im Bereich der sozialen Folgekosten zu reduzieren. Zu Recht, wie wir NRW Jusos finden. So zeigte die von der Staatskanzlei in NRW in Auftrag gegebene Studie der Prognos AG zur Bilanzierung von sozialen Folgekosten deutlich, dass eine Erhöhung der AbiturientInnen-Quote auch das spätere Einkommen und somit natürlich auch die Einnahmen des Staats aus Steuern deutlich ansteigen. Auch der viel zitierte Fachkräftemangel, der von Prognos bis zum Jahr 2030 mit 730.000 Personen angesetzt wurde, würde zu dramatischen Steuereinbußen von 6 Milliarden Euro führen. Zunächst wäre vor allem die Erhöhung der AkademikerInnen-Quote notwendig, um dies zu verhindern, darüber hinaus aber auch die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Neben diesen für uns wenig überraschenden Erkenntnissen der Prognos-Studie, die uns aber natürlich dennoch auch in unseren bisherigen Beschlussfassungen zu diesem Thema bestärken, möchten wir neben den direkten Effekten, die staatliche Investitionen im Bildungsbereich erzielen, auch die indirekten Effekte, die weit über den Bildungssektor hinaus gehen, betonen.

Die Universitäten Köln und Münster haben ihre WirtschaftswissenschaftlerInnen beauftragt, die Wirtschaftskraft ihres wissenschaftlichen Betriebs zu analysieren. Wissenschaft und Forschung sind neben der Innovations- und Ausbildungsfunktion auch für direkte wirtschaftliche Effekte für die Stadt und die Region Köln verantwortlich. Die Wirtschaftskraft der Kölner Wissenschaft beträgt rund 1,25 Mrd. Euro pro Jahr. Die Nachfragewirkung der wissenschaftlichen Einrichtungen beläuft sich dabei auf zirka 600 Mio. Euro Nachfrage, die der Studierenden auf rund 620 Mio. Euro sowie die durch wissenschaftliche Kongresse hervorgerufene Nachfragewirkung auf rund 30 Mio. Euro. Die Verteilung der Wirtschaftskraft bzw. Nachfragewirkung auf einzelne Branchen in der Region ergibt folgendes Bild: Rund 400 Mio. Euro Nachfragewirkung wird im Wohnungswesen hervorgerufen, weitere rund 300 Mio. Euro im Einzelhandel und rund 150 Mio. Euro im verarbeitenden Gewerbe. Die übrigen rund 400 Mio. Euro Nachfrage verteilen sich auf weitere Branchen. Das durch die wissenschaftlichen Einrichtungen hervorgerufene Gewerbesteueraufkommen beträgt allein für die Stadt Köln über 11 Mio. Euro pro Jahr.⁶

Ein ähnliches Bild ergibt sich aus der Analyse der Universität Münster. Die Studie berücksichtigt allerdings weniger die Nachfragewirkung, als die wirtschaftliche Bedeutung der Studierenden in der Stadt Münster. Die von den Studierenden und ihren Besuchern getätigten Ausgaben fließen den jeweiligen ZahlungsempfängerInnen (so z. B. Gastronomie oder Einzelhandel) als Umsatzerlöse zu. Diese setzen die Erlöse für den Kauf von Vorprodukten bzw. Vorleistungen ein, bezahlen ihre Angestellten und konsumieren einen Teil, was wiederum zu Beschäftigung und erneutem Konsum führt. Somit vervielfachen sich die ursprünglichen autonomen Ausgaben durch die innerhalb der städtischen Wirtschaft bestehenden Kreislaufbeziehungen. Es ergibt sich ein Gesamteffekt in Höhe von 3.332 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Münster. Diese Arbeitsplätze werden allein durch die Ausgaben der Studierenden und ihrer Besucher geschaffen.⁷

Somit sind Investitionen im Bildungsbereich nicht nur von einem langfristigen Wirkungshorizont geprägt, sondern haben auch kurzfristig einen messbar positiven Wohlfahrtseffekt für die Gesamtgesellschaft. Insgesamt ist für uns NRW Jusos hiermit eine solide und gute Begründung für eine deutliche Erhöhung öffentlicher Investitionen im Bildungsbereich gegeben, wenn auch diese Investitionen zwischenzeitlich durch Kredite finanziert werden müssten.

BEISPIEL KOMMUNEN: POLITISCHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT SICHERN

Neben den inhaltlichen guten Gründen für Investitionen sehen wir auch politisch gute Gründe für Investitionen innerhalb des vorsorgenden Sozialstaats. Zuletzt fehlte den Kommunen in NRW politische Handlungsfähigkeit. Diskussionen um die Kürzungen im kulturellen und sozialen Bereich konnten schließlich nicht mehr sachorientiert geführt werden. Der reine Mangel musste verwaltet werden, der Bewegungsspielraum, um derartige Kürzungen zu verhindern war praktisch gleich Null. Und dennoch können Bürgerinnen und Bürger von der Politik zu Recht erwarten, dass sich die Parteien in ihrem politischen Handeln unterscheiden und ihre Handlungsfähigkeit erhalten. Auch aus diesem Grund ist es den NRW Jusos wichtig, dass die rot-grüne Landesregierung den Kommunen in einem ersten Schritt zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt hat. Der Stärkungspakt

⁶ Stern, N.: The Stern Review: The Economics of Climate Change. Cambridge MA 2006, www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm.
⁷ Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, unter <http://www.portal.uni-koeln.de/2870.html>

Stadtfinanzen greift Kommunen, bei denen die Überschuldung bis 2013 zu erwarten ist, in 2011 mit insgesamt 350 Mio. Euro unter die Arme und führt diese Unterstützung jährlich fort. Auch wenn dies erst der Anfang für eine bessere Finanzierung der Kommunen ist, begrüßen wir diesen Schritt. Sukzessive muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen so wieder herzustellen werden, damit die Politik wieder in die Lage versetzt wird nachhaltige Investitionen zu tätigen.

Handlungsfähige Kommunen sind aber vor allem auch deshalb von hervorragender Bedeutung, weil in den Kommunen ein beachtlicher Prozentsatz der präventiven Maßnahmen geleistet werden muss oder müsste. Vor Ort gewinnt der vorsorgende Sozialstaat weitestgehend sein Gesicht und seine Akzeptanz und hier können Fehlentwicklungen und Folgekosten reduziert werden. Gerade in den Kommunen bedarf es umfassenden Konzepten, beispielsweise muss eine schlüssige Präventionskette von der Betreuung der Eltern vor der Geburt ihres Kindes, bis zum Berufseintritt des Nachwuchses vorhanden sein. So werden die sozialen Folgekosten minimiert und die Chancen der Menschen verbessert vollumfänglich an der Gesellschaft zu partizipieren. Deshalb müssen Kommunen ausfinanziert werden, damit sie nachhaltig investieren können.

INFRASTRUKTUR AUSFINANZIEREN, STATT VON SUBSTANZ LEBEN

Die Infrastruktur ist ein absolut wichtiger Bestandteil unseres Landes. Sie trägt dazu bei, dass das Gemeinwesen funktionieren kann, sorgt für Mobilität, Kommunikation und Wohlstand. Wir sagen, dass man Investitionen in Bildung als mindestens genauso wichtig bewerten muss, wie Investitionen in Infrastruktur. Nichts desto trotz sind infrastrukturelle Maßnahmen wichtig. Verrottende öffentliche Gebäude, kaputte Straßen und Wege – wer die Infrastruktur eines Landes verkommen lässt spart kurzfristig möglicherweise Ausgaben. Doch langfristig ist dieses kurzsichtige Verhalten eine Versündigung an den nächsten Generationen und der Gesamtgesellschaft. Wichtige und vor allem in der Entstehung teure, aber wertvolle Infrastruktur, muss dringend erhalten und ausgebaut werden. Jeder Tag, den Investitionen und Sanierungen von Infrastrukturmaßnahmen verschleppt werden, bedeutet das Leben auf Kosten der Substanz unserer Gesellschaft. Und bedeutet vor allem einen Sanierungsstau, der immer größer wird. So werden die Kosten für einzelne Projekte immer größer, je länger man mit Instandsetzungsmaßnahmen wartet. Irgendwann kommt möglicherweise nur noch ein Abriss und Neubau eines Gebäudes oder einer Brücke in Frage. Das treibt die Kosten dann zusätzlich in die Höhe und hat mit präventiver Finanzpolitik gar nichts zu tun. Es herrscht jetzt schon dringender Handlungsbedarf. Alleine in Nordrhein-Westfalen müssen beispielsweise in den nächsten 10 Jahren auf den Autobahnen und Bundesstraßen rund 300 Brücken saniert oder teilweise neu gebaut werden, wie das Verkehrsministerium am 4. Juli⁸ veröffentlichte. Solche Projekte sind für die Mobilität und Verkehrssicherheit und übrigens auch für die Versorgung mit Gütern, unabdingbar.

ZUR AKZEPTANZ VON STEUERN

In Nordeuropa ist die Akzeptanz von Steuern unter den Bürgerinnen und Bürger eine merklich andere als in Deutschland. Die skandinavischen Länder erreichen ihre eindrucksvolle Wirtschaftsleistung mit relativ hohen Steuerlasten. Die Steuern als Anteil am Bruttoinlandsprodukt sind 56 % höher als in Deutschland, mit Sozialabgaben immer noch 12 % höher. Die Lohnsteuer einer Einzelperson ohne Kinder als Anteil am Bruttoeinkommen ist durchschnittlich 8 % höher.⁹ In Schweden, Dänemark oder Finnland zahlen Spitzenmanager, Investmentbanker und andere Hochbezahlte mehr als 50 Prozent Einkommensteuer. Trotzdem wächst die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig. Die Unternehmen schreiben gute Gewinne. Und nirgendwo sonst in der westlichen Welt ist der Abstand zwischen oben und unten so gering. Zusätzlich ist auch die Existenz von Steuern unter Bürgerinnen und Bürgern unumstritten – auch, weil staatliche Ausgaben sichtbar in anerkannte gesellschaftliche Aufgaben fließen, wie flächendeckender Kinderbetreuung und guter Bildung.

WEITERE FORDERUNGEN VOR DIESEM HINTERGRUND

Wir fordern die NRWSPD und unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dazu auf, überall – auch auf der SPD-Bundesebene und dem kommenden Bundesparteitag – offensiv dafür zu werben, dass die dringend benötigten Steuermehreinnahmen durch entsprechende Steuererhöhungen für

⁸ van Suntum, Lurweg, Spieker: Student Relations – Die ökonomische Bedeutung der Studierenden für die Stadt Münster

⁹ Pressemitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes NRW vom 4.07.2011

Investitionen in dem hier beschriebenen Sinne eingesetzt werden. Wir benötigen erheblich mehr Geld für Bildung, Soziales, Kommunen und Infrastruktur. Wir fordern von der NRWSPD und Hannelore Kraft das Eintreten für die Idee des vorsorgenden Sozialstaats auf allen Ebenen. Nicht nur in NRW haben sich die Jusos immer für einen starken und handlungsfähigen Staat und für eine Umverteilung von oben nach unten eingesetzt. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten sehen wir uns mehr denn je in unserem Ansatz bestätigt, staatliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung unabhängig von staatlichen Einnahmen vorzunehmen, um die Zukunft der jungen Generation zu sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

INITIATIVANTRÄGE

I 1	Kein Ausruhen auf dem „Konsens“ – Das Erreichen bester Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler bleibt Kernpunkt der Landespolitik!.....	57
I 3	Trauer der NRW Jusos und Solidarität mit der AUF	64
I 4	RRX jetzt!.....	65

KEIN AUSRUHEN AUF DEM „KONSENS“ – DAS ERREICHEN BESTER BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER BLEIBT KERNPUNKT DER LANDESPOLITIK!

Der Aufstieg durch Bildung und die besten Bildungschancen für alle Mitglieder der Gesellschaft, dafür stehen die NRW Jusos und dafür sollte die SPD stehen! Das ist und bleibt unsere Kernkompetenz, von der wir uns unter keinen Umständen abbringen lassen dürfen, denn darin spiegeln sich unsere Werte und unser politischer Antrieb wieder.

Das bedeutet, dass wir aktiv und vehement für das Einreißen aller Bildungshürden kämpfen. Wir wollen, dass alle Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit haben den Bildungsweg zu beschreiten, den sie anstreben. Deshalb setzen wir uns beispielsweise für die Gebührenfreiheit in allen Bildungsbereichen ein und fordern gute Betreuungsrelationen, individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen. Wir treten also intensiv für ein Bildungssystem ein, welches allen ermöglicht ihr größtmögliches Potential sowohl zu erkennen, als auch auszuschöpfen und niemanden zurück lässt.

Wir setzen uns deshalb für die Ideale der inklusiven Gemeinschaftsschule bis zum ersten Schulabschluss ein, bei der alle befähigten Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben müssen die Oberstufe zu besuchen. Das war und bleibt unser Ziel.

Der von SPD, Grünen und der CDU am 19. Juli 2011 geschlossene Kompromiss, der „Schulpolitischer Konsens für Nordrhein-Westfalen“ genannt wird (fortan Schulkompromiss), erfüllt das nötige Streben nach besten Bildungschancen nicht. Doch er ist nun politische Realität, die wir nach Kräften im Sinne der NRW Jusos gestalten werden. Um es klar zu sagen: Der Schulkompromiss wurde weder unter Einbeziehung der NRWSPD, noch der NRW Jusos geschlossen. Er ändert nichts an unseren bildungspolitischen Zielen. Wir werden ihn aber notgedrungen zur Grundlage nehmen, um auf dieser Basis unsere Bildungspolitik auszugestalten. Das bedeutet vor allem, dass wir nicht bereit sind nun bis 2023 – wie im Kompromisspapier vom 19. Juli angedeutet – von der positiven Weiterentwicklung des Schulsystems abzulassen. Vielmehr muss die beste Schulpolitik jetzt erst Recht zentraler Punkt unseres landespolitischen Handelns bleiben. Darum geht es in diesem Antrag.

DERZEITIGE SITUATION DES SCHULSYSTEMS

Das dreigliedrige Schulsystem ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an sozialer Ungerechtigkeit und bietet somit ein Fundament für soziale Ungleichheit in der Gesamtgesellschaft.

Die Aufteilung der SchülerInnen auf die verschiedenen Schulformen sorgt mit dafür, dass der Lebensweg der Menschen in NRW schon in frühem Alter vorbestimmt wird. Die sozioökonomischen Unterschiede im Elternhaus sind hauptverantwortlich für den schulischen Erfolg der Schü-

lerInnen. So besuchen Kinder aus akademischem Elternhaus nachweislich öfter ein Gymnasium, als Kinder aus ArbeiterInnenfamilien. Die Selektion des Schulsystems verhindert, dass Kinder aus diesen Familien die gleichen Bildungschancen haben wie Kinder aus AkademikerInnenfamilien.

Gymnasien und Gesamtschulen erhalten erhöhten Zulauf. Dies resultiert mit aus der Angst der Eltern ihre Kinder auf Hauptschulen zu schicken und ihnen somit die Perspektive zu nehmen. Daraus folgt, dass die SchülerInnenzahlen der Hauptschulen massiv sinken. Auf dem Land bedroht diese Entwicklung wohnortnahe Schulstandorte. Der demografische Wandel spielt hier natürlich auch eine Rolle, sorgt er doch für eine sinkende SchülerInnenzahl.

Als Lösung dieser Probleme, hat die rot-grüne Landesregierung den Schulversuch Gemeinschaftsschule ins Leben gerufen.

Viele Kommunen haben diskutiert, ob sie einen Antrag zur Teilnahme an diesem Schulversuch stellen wollen. Zum Schuljahr 2011/2012 wurden zwölf Gemeinschaftsschulen genehmigt. Dennoch gab es auch Kritik an dem Modellversuch Gemeinschaftsschule, so wurde berechtigt festgestellt, dass durch die große Entscheidungsfreiheit bei der Gründung von Gemeinschaftsschulen ein Bildungsflickenteppich in NRW entstehen kann. Deshalb haben wir uns für die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule eingesetzt.

Der Ansturm auf den Schulversuch war bereits sehr groß, auch von CDU-Gemeinden ausgehend wurden die oben genannten Probleme erkannt, so dass auch unter Beteiligung oder Federführung der CDU Gemeinschaftsschulen eingerichtet wurden. Dies zeigte die Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaftsschule.

Am 19. Juli 2011 wurde dann urplötzlich ein angeblicher Schulfrieden zwischen Landesregierung und CDU ausgerufen. Dieser Schulkompromiss impliziert jedoch viele Probleme.

KOMMUNIKATION IST GLÜCKSSACHE

Vorweg ist es uns jedoch wichtig deutlich das Zustandekommen des Kompromisses zu kritisieren. Der Kompromiss ist als Geheimvereinbarung entstanden. Die Partei und deren Gliederungen wurden nicht beteiligt, sondern kurzfristig vor vollendete Tatsachen gestellt. Ein Mitspracherecht gab es nicht, von den bisherigen Beschlüssen auf Parteitag wurde abgewichen, ohne der Partei ihr Mitspracherecht einzuräumen. Diese fehlende Kommunikation ist Gift für den innerparteilichen Zusammenhalt und das demokratische Verständnis in der NRWSPD.

Wir NRW Jusos sind nicht naiv. Wir wissen, dass Politik in Regierungsverantwortung und in direkter und realpolitischer Umsetzung weder zu hundert Prozent die Parteilinie widerspiegeln kann, noch zu allen Details die Partei befragt werden kann. Wir erkennen auch an, dass die Verhandlung des Schulkompromisses eine fragile und diffizile Angelegenheit gewesen sein muss und es ein Bedürfnis nach einem „Schulfrieden“ bei vielen Menschen gab. Dennoch ist dieser Umgang mit der Partei nicht akzeptabel. Allen Verantwortlichen muss klar sein, dass bei jedem Alleingang ein Stück Vertrauen der Parteimitglieder in „ihre“ Regierung sterben kann. Das kann nicht das Ziel sein. Die NRWSPD mit all ihren Mitgliedern hatte eigentlich gut aus vergangenen Fehlern und Basta-Politik gelernt. Sie hat analysiert, dass das Ausbluten der Partei und ihrer Mitbestimmungsrechte unter anderem zur Wahlniederlage 2005 beigetragen hat.

Sie hat sich daraufhin erneuert und zwar bevor die Bundesebene erkannt hat, dass sie am gleichen, möglicherweise sogar stärker ausgeprägten Problem, krankt. Diese Erneuerung war auch ein Verdienst derjenigen, die jetzt Regierungsverantwortung tragen. Das haben wir nicht vergessen und honorieren das auch. So konnten wir in den letzten Jahren beobachten, dass innerhalb der NRWSPD eine zunehmende Beteiligung der Mitglieder erreicht wurde. Während im Bund teilweise verstärkt weiterhin der Eindruck blieb, normale Mitglieder und die Gremien der Partei würden bisweilen nicht ernst genommen, oder sogar bewusst vor den Kopf gestoßen, wurde in NRW die Mitgliedschaft in der SPD an sich wieder aufgewertet. Es wurde Wert auf die Meinung vieler gelegt. Sicher war auch diese Form der Beteiligung noch deutlich ausbaufähig, das muss auch betont werden, doch sie ging in eine richtige Richtung. Durch die Regierungsübernahme in NRW und die verständliche hohe Arbeits- und Mehrfachbelastung des Spitzenpersonals droht der richtigerweise eingeschlagene Weg der Beteiligung nun aus dem Blick zu geraten. Und das ausgerechnet jetzt, wo die Bundesebene sich im Zuge der Parteireform auf breitere Beteiligungspfade zu begeben scheint.

Wir NRW Jusos möchten deutlich an die EntscheiderInnen auf Landesebene, aber auch an die Gesamtpartei appellieren: Gemeinsam müssen wir permanent dafür arbeiten, dass wir eine NRWSPD werden, die alle Mitglieder ernst nimmt und beteiligt. Wir brauchen den parteiinternen Zusammenhalt, indem wir uns alle auf Augenhöhe begegnen. Kommunikationsprobleme dürfen

nicht länger als Entschuldigung herhalten. Nach über einem Jahr an der Regierung müssen anfängliche Abstimmungsprobleme oder „Sand im Getriebe“, was natürlich anfänglich aufgrund der neuen Situation zu entschuldigen war, nun ausgeräumt sein.

Also: Die Partei muss beteiligt werden, es darf nicht an den Beschlüssen der Partei vorbei agiert werden und wir müssen uns gemeinsam unseren Zusammenhalt bewahren, um so die Stärke zu haben unsere Politik umzusetzen.

UND DIE EIGENE NASE?

Wir wären nicht die Jusos, wenn wir uns nicht auch richtigerweise fragen würden, wie unser Verhalten zum Schulkompromiss zu bewerten ist. Wir haben von einer breiten öffentlichen Äußerung zum Thema abgesehen, obwohl wir fraglos in den vergangenen Monaten der Teil der Partei waren, der sich am intensivsten – positiv, wie negativ – zur Regierungspolitik geäußert hat. Lob für die Abschaffung der Studiengebühren, Kritik an den Plänen zur Vorratsdatenspeicherung und der Abkehr der Grünen von der Gebührenfreiheit für die KiTas, oder im Bezug auf die Schulpolitik am Abitur nach acht Jahren (G8) und am Schulversuch – wir haben nie mit unserer Meinung hinterm Berg gehalten, was die Arbeit der Amts- und MandatsträgerInnen durchaus bereichern konnte. Diese Öffentlichkeitsarbeit brachte uns sowohl Lob, als auch Kritik ein.

Die Partei sollte unsere scheinbare Zurückhaltung beim Schulkompromiss aber nicht fehldeuten. Wir sind nicht untätig, sondern vielmehr aktiver denn je! Wir werden weder aufhören die beste Schulpolitik als zentrales landespolitisches Ziel zu betrachten, noch schließen wir uns dem Kompromiss umfänglich an. Der Hauptgrund für unsere sehr bewusste Entscheidung nun schnellstmöglich innerhalb des Verbandes intensiv weiter zu arbeiten und nicht direkt zu eskalieren war, dass wir nicht den gleichen Fehler machen wollten, den wir an der Mutterpartei so sehr kritisieren. Wir wollten erst einmal eine dezidierte Meinung des gesamten Verbandes zum Schulkompromiss erarbeiten und niemanden umgehen. Der Kompromiss wurde geschlossen ohne uns zu fragen und wir müssen jetzt damit umgehen und das werden wir. Auf zwölf Jahre ist der Kompromiss angelegt. Da kommt es fraglos nicht auf einige Wochen an, aber umso wichtiger ist es nun dezidierte Konzepte zu entwickeln. Damit haben wir begonnen und werden dies weiter verfolgen. Deshalb haben wir uns kurz nachdem SPD, Grüne und CDU auf den Schulkompromiss geeinigt haben bereits im Landesvorstand und mit den Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden verständigt, dass wir das Thema intensiv und kritisch begleiten. Die vier Mitgliederforen waren zudem der Ort, wo wir alle gemeinsam weitergearbeitet haben, um schließlich auf der Landeskonferenz eine Beschlusslage zu finden, mit der wir weiterarbeiten werden.

Wir erwarten nun von der Partei, dass wir intensiv in die Debatte um die Schulpolitik eingebunden werden, die geführt werden muss. Unser Signal, das wir klar verstanden wissen wollen lautet: Wir haben nun einen Schulkompromiss, doch damit endet unsere Arbeit nicht, sie beginnt erst. Wir wollen die bestmögliche Ausgestaltung des Kompromisses, wollen Leitlinien für die Partei vor Ort und wollen, dass die gesamte Partei begreift, wie wichtig die Schulpolitik auf Landesebene ist und bleibt. Wir erwarten, dass die NRWSPD uns und unsere Vorschläge ernst nimmt und umsetzt. Außerdem muss sie selbst auf allen Ebenen das möglichste tun den Kompromiss nach unseren Idealen zu gestalten und bereits jetzt für die Zeit nach dem Kompromiss planen. Wir dürfen in der Schulpolitik im Interesse der jungen Menschen und ganz NRW keinen Millimeter an Boden verlieren und keinen Moment ruhen.

Darüber hinaus müssen wir auch reflektieren, welche Sinnhaftigkeit hinter diesem Schulkompromiss steckt und wem er nutzt. Den Wahlkampf im vergangenen Jahr mit dem Thema Gemeinschaftsschulen zu führen, war mutig und richtig. Der parteilichen Führung auf Landesebene gebührt deshalb Respekt. Dieser völlig unnötige Schulkompromiss allerdings, macht diese Anstrengungen allesamt zu Nichte. So wird in Zukunft die Landeskompetenz der Schulpolitik kein wählbares Gut mehr sein. Gerade jungen Wählern fehlen somit die Alternativen, die wir als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten aufwerfen sollten, um unsere Schullandschaft visionär gerechter zu machen und das mehrgliedrige, selektive System zu überwinden.

ERSTE KRITISCHE BESTANDSAUFNAHME DES SCHULKONSENSES

Der Schulkompromiss sieht zwölf Punkte vor, welche auch manche positive Aspekte bieten, aber zum Teil weit von unserem bildungspolitischen Ideal einer Schule für alle – der inklusiven Gemeinschaftsschule- als Gesamtkonzept abweichen.

Die SchülerInnen sollen durch den Schulkompromiss in den Mittelpunkt schulpolitischer Maßnahmen gestellt werden. Aus Sicht der NRW Jusos ist das richtig. Denn sie sind es schließlich, die tagtäglich alle positiven und negativen Aspekte dieses Systems mitbekommen. Gerade weil wir die individuelle Förderung als wichtiges Grundprinzip der Schulen sehen, erwarten wir von der Landesregierung eine klare Definition davon, wie diese individuelle Förderung auszusehen hat. Wir Jusos sprechen uns für eine pädagogisch und didaktisch hochwertige innere Differenzierung aus. Es ist uns wichtig, dass ein Großteil der bestehenden Fächer wie z.B. Deutsch oder Mathematik im Klassenverbund differenziert unterrichtet werden. Äußere Differenzierung führt, wenn sie einziges oder schwerwiegendes Mittel ist, zu der von uns kritisch betrachteten Selektion. Es ist zu berücksichtigen, dass das Lehrpersonal sowohl in der Ausbildung als auch im Schulalltag regelmäßig weitergebildet werden sollten, mit Hilfe innerer Differenzierung zu unterrichten und zwar so, dass diese für Schülerinnen und Schüler sinnstiftend und hochwertig gestaltet ist. Dass weiterführende Angebote wie z.B. Technikkurse, naturwissenschaftliche Forschungsprojekte o.ä. nach individuellem Interesse gewählt werden dürfen, betrachten wir als sinnvoll.

Im Schulkonsens ist festgehalten, dass die Gliederung des Schulsystems weiterhin in der Landesverfassung festgeschrieben sein soll. Entgegen aller anderen Überlegungen im Kompromisspapier ist die Änderung der Verfassung nach Beschlussfassung nur noch extrem schwer zu ändern. Hierdurch wird die Entwicklung eines fortschrittlichen Schulsystems behindert, anstatt sie zu fördern. Wir lehnen die Manifestierung der Mehrgliedrigkeit ab. Durch ein gegliedertes Bildungswesen wird die sozioökonomische Selektion, sowie die Elitenbildung gestärkt und gefördert. Der Schulkompromiss möchte selbst, dass die soziale Herkunft keine Rolle beim Schulerfolg haben darf. Hier muss konsequent weitergedacht werden. Wir sind für einen Ausbau integrativer Schulformen und fordern von der Landesregierung dahingehend eine schnelle Umsetzung und starke Unterstützung der innerhalb des Kompromisses vorgesehenen Möglichkeiten integrativer Beschulung.

Auch die Erreichbarkeit der Schule für alle SchülerInnen muss laut Kompromisspapier gewährleistet sein. Wohnortnahe Schulstandorte begrüßen wir, denn ein kurzer Schulweg entlastet SchülerInnen und bietet mehr Freizeit. Die Ermöglichung von Teilstandorten sind ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung, soweit sie Qualitätsstandards nicht einschränken. Die interkommunale Zusammenarbeit bei der Gründung von Sekundarschulen sehen wir ebenfalls positiv.

Wir fordern die Landesregierung und den Landtag auf zu gewährleisten, dass Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule problemlos in einem anderen Bundesland zur Schule gehen können, sollten sie umziehen. Die anderen Bundesländer müssen trotz aller bereits vorhandenen Übereinkünfte der KultusministerInnenkonferenz deutlich erklären, dass sie die Sekundarschule anerkennen und SchülerInnen dieser Schulform in ihrem Bundesland problemlos aufnehmen und beschulen.

Inklusive Schulen

Wir begrüßen den Beschluss von SPD, CDU und Grünen, alle Schulen zu inklusiven Schulen weiter zu entwickeln. Ein Inklusionskonzept, in welchem Fortbildung und Ausbildung der LehrerInnen für ihre neuen pädagogischen Herausforderungen enthalten sind, sowie dargelegt wird, wie der Mix von Professionen sinnvoll umgesetzt werden kann, ist jedoch maßgeblich für den Erfolg dieses Beschlusses. Die LehrerInnenstunden, und der Klassenfrequenzwert sollten in inklusiven Schulen geringer sein.

Die Förderschulen in NRW müssen überflüssig werden. Dieser Prozess muss intensiv vorangetrieben werden. Förderschulen können in der Regel die/den einzelne(n) Schüler/in nicht besser fördern als es eine sonderpädagogische Unterstützung an der Regelschule vermag. Zudem führt die schulische Abschottung zu gesellschaftlicher Ausgrenzung. Die räumliche und personelle Ausstattung (bspw. auch Pflegekräfte) ist an allen Schulen in NRW an die Bedürfnisse behinderter SchülerInnen anzupassen. Dieser Prozess muss intensiv vorangetrieben werden und sollte bis 2015 für den Grundschulbereich abgeschlossen sein.

Primarschule

Der Möglichkeit im Rahmen eines Schulversuches eine Kooperation zwischen Grundschule und SEK I herbeizuführen stehen wir positiv gegenüber. Durch diese Maßnahme wird ein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und die SchülerInnen werden nicht bereits nach der vierten Klasse getrennt.

Ganztagschulen

Im Schulkompromisspapier wird der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen festgeschrieben und die Sekundarschulen sollen in der Regel Ganztagschulen sein. Dies befürworten wir.

Schulzeit ist auch Lebenszeit. Die traurige Realität an vielen Schulen ist heute, dass die SchülerInnen von morgens bis spät in den Nachmittag/Abend hinein Unterricht haben und kaum noch Zeit für ein soziales Miteinander vorhanden ist. Freiräume und Hobbies sind für die Entwicklung von Kindern wichtig und fördern soziale Kompetenzen. Das bestehende Ganztagsangebot reicht nicht aus, um diesen Bedürfnissen der SchülerInnen gerecht zu werden.

Die derzeitige finanzielle Ausstattung der Schulen reicht häufig nicht aus, um ein angemessenes Freizeitangebot für Schülerinnen und Schüler vorzuhalten. Um die Zusammenarbeit mit Sportvereinen und anderen außerschulischen Kooperationspartnern zu verstärken, müssen Schulen finanziell und personell besser ausgestattet werden. Darüber hinaus sollten Kommunen, Schulen und außerschulische KooperationspartnerInnen im Rahmen von Bildungslandschaften vernetzen, damit eine gemeinsame Arbeit erleichtert wird und bürokratische Hürden abgebaut werden. SchülerInnen aus einem AkademikerInnenhaushalt bekommen bei der Fertigstellung der Hausaufgaben deutlich mehr Hilfe, als Kinder aus ArbeiterInnenfamilien. Desweiteren führen Hausaufgaben zusätzlich zum Ganztag dazu, dass SchülerInnen schon sehr früh nahezu ganztägig lernen und arbeiten.

Hausaufgaben sind laut dem Grundlagenerlass für Ganztagschulen an den langen Schultagen nicht zulässig. Allerdings setzen sich Schulen immer noch über diesen Grundsatz hinweg. Neben der Forderung Hausaufgaben in Ganztagschulen generell abzuschaffen, fordern wir die Landesregierung auch auf, das schulische Personal ausreichend weiterzubilden, damit Schülerinnen und Schüler statt der Hausaufgaben angemessene Lernzeiten und Freiheitszeiten bekommen, um eigenständig lernen zu können. Darüber hinaus müssen Schulen ausreichend Ressourcen haben, um allen Schülerinnen und Schülern gezielte Förderung zukommen zu lassen. Schule muss in der Schule bleiben.

Die Sekundarschule

Als neue Schulform soll die Sekundarschule eingeführt werden, sie kann aus der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen entstehen, oder neugegründet werden. Dabei ersetzt sie zum Teil den bisherigen Gemeinschaftsschulversuch. Das Gymnasium wird bei der Gründung von Sekundarschulen außen vor gelassen. Obwohl eine heterogene SchülerInnenschaft nachweislich fördernd für den Lernerfolg einer Lerngruppe ist.

Hier zeigt sich also klar der große CDU-Anteil am Schulkompromiss.

Auf den neuen Sekundarschulen wird die zweite Fremdsprache in der sechsten Jahrgangsstufe nur fakultativ angeboten, in der Jahrgangsstufe 8 soll es eine weitere Möglichkeit zur Belegung einer zweiten Fremdsprache geben. Das begrüßen wir, denn so haben auch SchülerInnen mit geringem sprachlichem Talent die Möglichkeit gute Schulabschlüsse zu machen. Die Lehrpläne der Sekundarschule sollen sich an den Real- und Gesamtschulen orientieren. Wir betrachten dies als kritisch. Die Zusammensetzung einer integrativen und in Zukunft auch inklusiven Schule zeichnet sich durch ein hohes Maß an Vielfalt aus. Eine heterogene SchülerInnenschaft bringt aber auch eine große Spannbreite kognitiver wie praktischer Kompetenzen mit sich. Wir Jusos sind der Ansicht, dass eine einfache Orientierung an den Lehrplänen der Real- und Gesamtschule den Schülerinnen und Schülern der zukünftigen integrativen und inklusiven Schule nicht gerecht werden kann. Wir fordern die Landesregierung auf, dauerhaft auf ein individuelles Bewertungssystem hinzuwirken. Ein/e kognitiv schwächere/r SchülerIn wird mit Orientierung an den Kompetenzerwartungen der Real- und Gesamtschullehrpläne in der Regel nur Minimalanforderungen erreichen. Ein auf sie/ihn individuell erstellter Förderplan könnte im Vergleich dazu aber z.B. dazu führen, dass auch für ihn/sie im Rahmen ihrer/seiner Möglichkeit deutliche Lernerfolge sichtbar werden. Die Orientierung an den Real- und Gesamtschullehrplänen sehen wir daher lediglich als eine akzeptable Eingangslösung an.

Die Gesamtschule

Die Gründung von Gesamtschulen wird mit dem Schulkompromiss vereinfacht. Für die NRW Jusos stellt sie nach wie vor eine sehr wichtige Schulform dar, die jetzt wieder zunehmen gefördert und gefordert werden muss. Wir fordern, dass die Gründung von neuen Gesamtschulen intensiv unterstützt wird und auch die Ausgestaltung der Gesamtschulen positiv weiterentwickelt wird. Wir brauchen die Evaluierung der bisherigen Formen der Gesamtschulen um daraus zu lernen, wie wir zukünftig noch bessere Lernerfolge durch langes gemeinsames Lernen und gute Konzepte erzielen können.

Die Gemeinschaftsschulen

Die Gemeinschaftsschule ist kein Lückenfüller, sie ist das Konzept, mit dem wir angetreten sind und wofür gewählt wurden! Wir fordern daher, dass die bereits eingerichteten Gemeinschaftsschulen bestmöglich begleitet und unterstützt werden. Weiterentwicklungen der gestarteten Schulen zu mehr gemeinsamen Lernen müssen gefördert werden. Außerdem sollen die Gemeinschaftsschulen frühzeitig evaluiert werden, um daraus Handlungsempfehlungen für weitere schulpolitische Überlegungen abzuleiten.

Die Oberstufe

Der Unterricht der Oberstufe soll laut Schulkompromisspapier nicht an Sekundarschulen, sondern an einem Gymnasium, einer Gesamtschule oder einem Berufskolleg stattfinden. Es sollen aber vorher feste Kooperationsverträge geschlossen werden. Positiv ist dabei, dass mehr SchülerInnen ein G9-Abitur ermöglicht wird. Eigenständige Oberstufen oder noch besser Oberstufenzentren wären aber erheblich begrüßenswerter gewesen. Die massiven Probleme, die sich nämlich aus der im Kompromiss vorgesehenen Lösung ergeben liegen vor allem im Übergang zwischen SEK I und SEK II, denn auf Gymnasien ist durch G8 ein anderer Lernstand gegeben. So müssten SchülerInnen, die von der Sekundarschule auf ein Gymnasium wechseln vermutlich am Gymnasium die 10. Klasse wiederholen. Das ist völlig inakzeptabel und ein Unding gegenüber diesen jungen Menschen! Daher fordern wir die generelle Abkehr von G8. Außerdem ist darauf aufbauend auch auf die Überarbeitung der Prüfungsordnung für die Oberstufe zu achten. Denn die bestehende Prüfungsordnung (G8) lässt kaum noch die Möglichkeit individuelle Schwerpunkte zu setzen. Es muss die Chance gegeben sein, dass die SchülerInnen auch einen gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt setzen können. Wir fordern daher eine Gleichberechtigung von Gesellschaftswissenschaften, mit Naturwissenschaften und Sprachen.

Außerdem muss dringend gewährleistet werden, dass die SchülerInnen der Sekundarschulen tatsächlich eine Oberstufe besuchen können, wenn sie dies wollen. Dafür braucht es entsprechende Kapazitäten. Wir warnen vor der Problematik, dass möglicherweise eine Schule mit Oberstufe in ihrem Einzugsbereich nicht mit allen geplanten Sekundarschulen kooperieren kann und dies dazu führt, dass entweder Sekundarschulen nicht gegründet, oder der Besuch einer Oberstufe nicht gewährleistet wird.

Oberstufenzentren bieten durch eine hohe SchülerInnenzahl eine größere Möglichkeit an Fächerkombinationen, als es momentan an Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs möglich ist. Daher sollte die Einführung solcher Zentren mittelfristig diskutiert werden.

Integrative Schulform

Das Konzept der Sekundarschule lässt offen, ob die integrative Unterrichtsform nach der 6. Klasse bestehen bleibt. Es besteht demnach die Möglichkeit ab der siebten Klasse schulintern in zwei bis drei Klassen zu selektieren. Grundsätzlich fordern wir, dass die Bestimmungen für die Sekundarschulen so verabschiedet werden, dass grundsätzlich bis zum Schulabschluss gemeinsam gelernt wird und jegliche Form der Unterteilung extra vor Ort beschlossen werden müssen. Für uns steht zudem fest, dass ein gemeinsames und solidarisches Miteinander konsequent gefördert werden muss, denn nur so lassen sich Vorurteile abbauen. Gemeinsames Lernen sorgt für ein gestärktes miteinander und voneinander Lernen und gibt den Schwächeren die Möglichkeit von den Stärkeren zu lernen und den Stärkeren dabei ihr Wissen zu festigen. Durch die individuellen Schwächen und Stärken gibt gemeinsames Lernen die Möglichkeit sich in allen Fächern gegenseitig zu helfen. Wir fordern daher, dass bis zum ersten Schulabschluss gemeinsam gelernt wird. Damit dies in der

Praxis auch passieren kann, muss die Sozialdemokratie sich vor Ort in der Ausgestaltung der Sekundarschulen dafür einsetzen, dass auch nach der sechsten Klasse das weitere gemeinsame Lernen ermöglicht wird.

Klassenfrequenzwerte

Die Klassenfrequenzwert einer Sekundarschule soll, dem Schulkompromiss nach, 25 SchülerInnen betragen. Außerdem sollen die Klassenfrequenzwerte von Realschulen und Gymnasien schrittweise auf 26 gesenkt werden und für die Grundschulen auf 22,5. Eine Senkung der Klassenfrequenzwerte ist für uns eine richtige Tendenz. Dennoch betonen wir, dass der angegebene Klassenfrequenzwert von 25 SchülerInnen deutlich zu hoch liegt. Eine pädagogisch wie didaktisch hochwertige individuelle Förderung ist mit einem solchen Schlüssel in der Regel nicht zu leisten. Wir Jusos fordern daher, die Betreuungsrelationen zügig und deutlicher zu verbessern. Außerdem dürfen die Klassenfrequenzwerte zukünftig auch nicht durch Ausnahmeregelungen überschritten werden.

Investitionen

Der Schulkompromiss sieht vor die bereits vorhandenen Ressourcen zu nutzen und durch die rückläufigen SchülerInnenzahlen „frei“ werdende Mittel im System zu belassen. Das ist zwar eine begrüßenswerte Überlegung, reicht aber bei weitem nicht aus. Wir stellen, auch begründet durch wissenschaftliche Forschungsergebnisse, an dieser Stelle deutlich in Frage, dass die angestrebte Finanzierung tatsächlich ausreichend ist. Es muss jetzt umgehend das Schulsystem ausfinanziert werden. Es müssen weitere Investitionen für mehr LehrerInnen, als auch SozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und weiteres Schulpersonal getätigt werden. Auch die IntegrationshelferInnenstellen müssen ausgebaut werden. Außerdem müssen die Möglichkeiten der Weiterbildung ausgebaut und neue Räumlichkeiten, wie Ruhe- und Nebenräume geschaffen werden. Nicht zuletzt wird ansprechendes Unterrichtsmaterial benötigt. Denn nur durch Investitionen in diesen Bereichen lässt sich das Ziel einer guten und gerechten Schule umsetzen.

WIE GEHT ES WEITER?

Die erste Bestandsaufnahme zeigt: Es gibt nun keinen Grund für Tatenlosigkeit! Die Ausgestaltung des Eckpunktepapiers vom 19. Juli muss offensiv von der Sozialdemokratie gestaltet werden. Dafür müssen die Forderungen der NRW Jusos vom Schulministerium und der Landesregierung, von der Landtagsfraktion und der NRWSPD beachtet, in der Schulgesetznovelle umgesetzt und auch danach intensiv ausgestaltet werden. Außerdem brauchen wir umgehend konkrete Handlungshilfen und -empfehlungen für die SPD, aber auch die Kommunen vor Ort. Denn hier entscheidet sich, welcher Ausprägung die Sekundarschulen zukünftig sein werden und ob wir uns einem besseren Schulsystem annähern oder nicht. Des weiteren brauchen wir eine breite und intensive Diskussion darüber, wie wir den Schulkompromiss in den nächsten Jahren und darüber hinaus weiter ausgestalten wollen und welche Ziele wir in der Schulpolitik mittel- und langfristig anstreben und wie wir diese erreichen wollen. So steht die NRWSPD mit Unterstützung der NRW Jusos in der Verantwortung nicht von der konkreten Weiterentwicklung der Schulpolitik abzulassen. Letztlich müssen die Ziele hinter der inklusiven Gemeinschaftsschule so schnell wie möglich umgesetzt werden.

TRAUER DER NRW JUSOS UND SOLIDARITÄT MIT DER AUF

Wir sind tief bestürzt und fassungslos über die schrecklichen Ereignisse in Oslo und auf der norwegischen Insel Utøya. Viele Unschuldige haben ihr Leben verloren. Die meisten von ihnen waren junge Menschen, Mitglieder unserer Partnerorganisation AUF, die gemeinsam in einem Jugendcamp einen unbeschwerten Sommer genießen wollten.

Eine furchtbare Tat, ein hinterhältiges Verbrechen hat sie aus dem Leben gerissen. Auch fast zwei Monate nach der Tragödie sind wir erschüttert und schockiert angesichts dieses unbegreiflichen Anschlages und trauern um die vielen Toten. Unsere Gedanken sind bei den Familien und den Angehörigen der Opfer. Unsere Solidarität gilt der AUF.

Auch Jusos aus Nordrhein-Westfalen hatten persönliche Beziehungen zu jungen Menschen, die ihr Leben auf Utøya ließen, waren freundschaftlich oder sogar familiär mit Opfern verbunden. Das macht die Tragödie für uns sogar noch greifbarer und raubt uns zusätzlich den Atem. Wir alle kennen die friedliche und fröhliche Stimmung von Juso-Veranstaltungen, bei denen konstruktiv diskutiert und an einer besseren Zukunft für die Gesellschaft gearbeitet wird.

In so eine friedliche Zusammenkunft von Jusos auf Utøya drang der Täter ein, um junge Leben zu beenden und das eben weil die AUF genauso wie die NRW Jusos für unverrückbare Werte steht. Freiheit, Weltoffenheit, Toleranz, Solidarität, das kämpfen für gleiche Chancen und beste Bildung für alle – all das wollte der Attentäter bewusst angreifen.

Der Hass des Täters wurde geschürt durch u.a. Rechtspopulismus und Islamophobie, die in der letzten Zeit in Europa unheimliche Ausmaße angenommen haben. Die von ihm angegebenen Motive sind voll von klassischen rechtspopulistischen Thesen, wie der angeblichen "Islamisierung" Europas. In aller Trauer ist das für uns jetzt und in Zukunft eine mahnende Verpflichtung: Wir setzen mit unserem konsequenten Handeln für eine bessere Welt ein deutliches Zeichen für Toleranz und Demokratie und gegen jede Form von Faschismus, Rassismus und Rechtspopulismus. Unsere Ziele werden bleiben! Keine Rassist/innen, keine Faschist/innen, keine Rechtspopulist/innen und auch niemand anders wird es schaffen uns einzuschüchtern und von unseren Zielen abzubringen.

RRX JETZT!

Am 09.09.2011 wurde klar was die Bundesregierung und speziell der Verkehrsminister von einem guten öffentlichen Personalverkehr hält: Nämlich nichts.

Besonderes in der Metropolregion Rhein – Ruhr, zwischen Bonn und Hamm wissen die Menschen wie wichtig eine hohe Qualität aber auch Quantität im Bereich der öffentlichen Mobilität ist. Insbesondere zu Stoßzeiten im Berufsverkehr am Morgen und am späten Nachmittag sind die Züge massiv ausgelastet. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Autobahnen. Einer Steigerung der Verkehrsauslastung würde zu einem Verkehrskollaps in einer der größten Volkswirtschaften Europas führen.

Herr Ramsauer scheint die Situation mit der in den bayrischen Wäldern zu vergleichen, sonst würde er jedenfalls auf die Einsparung des Rhein-Ruhr-Expresses (RRX) verzichten.

Zur Lage:

Am 09.09.2011 wurde bekannt, dass das Bundesverkehrsministerium plant, eine Vielzahl von neu geplanten Straßen und Bahnstrecken zu streichen. Begründung, es fehle plötzlich das Geld. Unter anderem gehöre auch der RRX in NRW dazu. Wir wollen jetzt keine Neiddebatte eröffnen, aber wer genug Geld für ein Prestigeprojekt wie Stuttgart 21 hat oder aber mit Steuersenkungen hausiert, muss den ÖPNV im dichtest besiedelten Raum in Deutschland bedarfsgerecht ausrichten und zugleich die ökologische Notwendigkeit der Förderung gegenüber dem Individualverkehr hervorheben.

Das Projekt des RRX hatte dabei schon Geschichte. Angefangen hatte als mit dem Metrorapid (Transrapid zwischen Dortmund und Düsseldorf), auf dem richtiger Weise verzichtet wurde. Anschließend wurde 2006 durch die Landesregierung, Bundesregierung und der Bahn eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet durch der, der Ausbau der bestehende Trasse zwischen Köln, Düsseldorf, Duisburg, Essen und Dortmund festgeschrieben wurde.

Für uns Jusos ist es nicht hinnehmbar, dass diese Pläne jetzt gefährdet sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Kürzungen zurück zunehmen und für einen hochwertigen ÖPNV im Rhein-Ruhr Gebiet zu sorgen. Wir fordern von der rot/grünen Landesregierung, in Berlin die Umsetzung der bestehenden Rahmenvereinbarung durchzusetzen und eine Realisierung des Projektes bis 2015 zu erwirken.

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK

N 1	Marktkonzentration im Energiebereich abbauen – dezentrale Energiewende einleiten	69
N 6	Deutscher Corporate Governance - Kodex – Schluss mit Best Practice	72

MARKTKONZENTRATION IM ENERGIEBEREICH ABBAUEN – DEZENTRALE ENERGIEWENDE EINLEITEN

AKTUELLE SITUATION DER ELEKTRIZITÄTSVERSORGUNG

Nach dem in diesen Juni-Wochen nun scheinbar endgültig erfolgten Atomausstieg mit den verbundenen Gesetzesnovellen scheint das Thema Energiepolitik vordergründig weitestgehend bearbeitet zu sein. Betrachtet man die vorliegenden Novellen aber, so stellt man fest, dass die Schwarz-Gelbe-Bundesregierung ihre Klientelpolitik weiterführt und insbesondere den großen vier Energieversorgungsunternehmen (EVUs) weiterhin Geschenke macht. Dies zeigt sich nirgendwo so deutlich wie bei der Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) und dabei z.B. bei der verstärkten Förderung von Offshore-Wind und gleichzeitiger Kürzung der Vergütung für Windenergie an Land, wovon aufgrund des Fördercharakters insbesondere die großen Konzerne profitieren. Eine zukünftige Energieversorgung, die weiterhin auf eine starke Konzentration im Energiemarkt setzt, somit die Gewinne der großen EVUs weiter hochhält und damit auch die Preise für die Letztverbraucher weiter auf einem ähnlich hohen Preisniveau belässt, ist für uns Jusos nicht akzeptabel.

Die derzeitige Situation ist dabei insbesondere der Historie geschuldet, seit dem 19. Jahrhundert existierten regionale Versorgungsmonopole, die erst mit der Liberalisierung in Teilen aufgebrochen wurden. Dies hat jedoch nicht zu einem realen Wettbewerb auf der Erzeugungsseite geführt, da den EVUs immer noch das Groß der Erzeugungskapazitäten (2009: 68%, Quelle Greenpeace) gehört und sie somit preisbestimmend tätig sein können. Der Löwenanteil bei der Erzeugung aus EE wird hier von den Regionalversorgern und Stadtwerken geliefert, während der Anteil der großen EVUs hier sehr gering ist. Dies zeigt sich auch an den in Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Ländern hohen Strompreisen.

Die Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima haben in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass sich die öffentliche Meinung bezüglich der Energieversorgung stark gewandelt hat. Dies führt aus Sicht der EVUs zu der für sie hochgefährlichen Situation, neben der erzwungenen Umstellung auf erneuerbare Energien in Zukunft einem Wettbewerb mit kleineren Spielern ausgesetzt zu sein, die Energie günstiger als heute bereit stellen können. Um dies zu vermeiden, gibt es aktuell für RWE & Co. zwei zentrale Möglichkeiten: Die Nutzung von Offshore Windanlagen weit draußen vor der Nord- und Ostseeküste und die Nutzung von Solarthermie in Afrika mithilfe der desertec-Gruppe. Beide können in Form von größeren Verbundblöcken realisiert werden und sind somit auch von der Finanzierungsseite her interessant. Daneben treten aber auch gravierende Nachteile auf: Neben den in beiden Fällen massiv erforderlichen und somit stark preistreibenden Netzausbau sind dies vor allem auch technologische Unwägbarkeiten. Während die Errichtung und Anbindung von zumindest einigen weiteren Offshore-Windparks in näherer Zukunft zu mindestens realistisch erscheint, steckt die Projektplanung der Solarthermie in der Sahara zudem immer noch in den Kinderschuhen.

DIE VERSORGUNG VON MORGEN: DEZENTRAL, ERNEUERBAR UND BILLIG

Als mögliche Vision einer künftigen Energie- und Wärmeversorgung der Zukunft erscheint dagegen eine dezentrale Versorgung, bereitgestellt und gesteuert von Stadtwerken und unter starker Einbindung der BürgerInnen. So kann gewährleistet werden, dass auch kleine Photovoltaik-, Wind-

und Biomasse-Einheiten optimal eingebunden werden, wozu jeder Teil seinen Beitrag leisten kann: Ein- und Mehrfamilienhäuser mit einer PV-Anlage auf dem Dach, einer wesentlich verbesserten Energieeffizienz sowie Kraft-Wärme-Kopplung und Wärmepumpe im Keller, Gewerbetriebe mit Blockheizkraftwerken oder auch die Gemeinde mit einem Bürgerwindrad auf der naheliegenden Wiese. Über eine intelligente Steuerung des Netzes können so im Regelfall ganze Siedlungen, Dörfer und Städte autark versorgt werden. Dies darf nicht darüber hinweg täuschen, dass auch zukünftig ein überregionales Höchstspannungsnetz benötigt wird, um so etwa Windflauten oder Störungen auszugleichen, allerdings ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die von der Deutschen Energieagentur (dena) veranschlagten 4500km im Falle einer sehr starken Konzentration auf Offshore-Wind an neu zu bauenden Höchstspannungsleitungen sehr deutlich unterschritten werden.

Eine dezentrale Energieversorgung bietet zudem den wesentlichen Vorteil, dass bereits heute Möglichkeiten vorhanden sind, Strom langfristig speichern zu können: Mithilfe der Wasserelektrolyse kann z.B. mithilfe überflüssigen Stromes normales Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten werden und der Wasserstoff anschließend direkt ins Erdgasnetz eingespeist werden. In Zukunft wird es weiterhin auch möglich sein, diesen Wasserstoff mit CO₂, welches aus der Luft abgespalten wird, anzureichern, und so ein Erdgassubstitut zu gewinnen, welches ähnlich behandelt werden kann. Zur Rückverstromung gibt es dann zwei Möglichkeiten: Zum Einen können kleinere Brennstoffzellen dezentral die Energieversorgung der Kommunen in wind- und sonnenarmen Zeiten sicherstellen, und zum Anderen werden dann auch klimaneutrale Gaskraftwerke im Fehlerfall flexibel zur Verfügung stehen. Zumindest als Tages- und Wochenspeicher verspricht diese Technologie im Erdgasnetz etwa ein Speicherpotential im Bereich von über 100TWh pro Jahr und kann dauerhaft genutzt werden, wenn es gelingt, die Technologie klimaneutral zu gestalten. Im Kurzfristbereich müssen weiterhin die Möglichkeiten der Druckluft und der Batteriespeichersysteme weiter untersucht werden.

Dass die Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien auch eine Erfolgsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt ist, zeigt sich daran, dass im Jahr 2010 im Bereich der EE alleine schon über das EEG über 250.000 Menschen (Erfahrungsbericht EEG) beschäftigt sind. Dabei wurden bei den verwendeten Technologien erhebliche Kostensenkungen erzielt, die weiter fortgeführt werden dürften. Daraus folgt, dass die Erneuerbaren Energien in Zukunft auch nach Kostengesichtspunkten mit den konventionellen Energieträgern mithalten können, und dies nach nur einem kleinsten Bruchteil der Subventionen, die zum Teil für Kernenergie und Kohle gezahlt wurden. Hinzu kommt, dass die konventionellen Primärenergieträger mit der Zeit immer knapper und deswegen auch teurer werden. Wenn der Anteil der EE hier zügig weiter gesteigert wird, wird dies auch weiterhin zu sehr positiven Signalen auf dem Arbeitsmarkt führen und auch die Position der vielen mittelständigen Firmen im Export ihrer hochinnovativen Technologien stärken. Dies wird sich auch im BIP entsprechend positiv niederschlagen, wie es etwa Frank-Walter Steinmeier in seinem Deutschlandplan 2009 dargelegt hat.

DIE ÜBERGANGSZEIT FLEXIBEL GESTALTEN: UNSERE FORDERUNGEN AN DIE LANDESREGIERUNG

Damit die oben beschriebene Vision einer Energieversorgung keine bloße Zukunftsmusik bleibt, sind verschiedene längerfristige Maßnahmen nötig. Politisch gilt es vor dem Hintergrund des bis zum Anfang des nächsten Jahrzehnts erfolgenden Atomausstiegs und dem Wegfall der Erzeugungskapazitäten schon jetzt die Weichen entsprechend zu stellen. Deswegen fordern wir:

1. Stadtwerke oder regionale Versorger, denen z.B. wegen eines geltenden Haushaltssicherungskonzeptes die finanziellen Mittel fehlen, welche aber über den Bau von EE-Anlagen einen Teil ihrer Versorgung dezentral und erneuerbar gestalten wollen, sollen vom Land NRW gezielt gefördert werden, etwa in Form einer KfW-Anschubförderung.
2. Ebenso sollen Vorhaben gefördert werden, die den Ausbau der kommunalen Netze zum Ziel haben, um so Energie besser verteilen zu können. Beispielsweise im Bereich der zur Stromerzeugung genutzten landwirtschaftlichen Biomasse ist dies interessant, da die dabei erzeugte Wärme oft nur zu einem Bruchteil genutzt werden kann und somit der Aufbau von Nahwärmenetzen Sinn macht.
3. In den Regionen, wo aktuell noch ein großes Potential für den Ausbau erneuerbarer Energieträger besteht, die dortigen Netze dies aber nicht mehr aufnehmen können, möchten wir, dass von einer unabhängigen Stelle beurteilt wird, inwiefern dort eine Förderung des Baus von kleinen dezentralen Anlagen zur Ein- und Ausspeicherung der Energie im Erdgasnetz wirtschaftlich Sinn macht und sich diese entsprechend anschließt.

4. Ebenso benötigen wir eine weitere Förderung der Forschung nach sowohl kurzfristig als auch langfristig nutzbaren Speichertechnologien. Beispielhaft hier kann im Kurzfristbereich eine Förderung des Einsatzes von Elektroautos in häufig genutzten Fahrzeugflotten sein.
5. In der Diskussion um den notwendigen Ausbau des deutschen Höchstspannungsnetzes wird viel zu oft mit verschiedenen Studien argumentiert, die allesamt unter den Prämissen divergierender Zielszenarien stehen und deren Ergebnisse oftmals zur fälschlichen Erzeugung von Panik verwendet werden. Deswegen fordern wir vor der Erstellung eines zu befürwortenden Bundesnetzplanes die unabhängige Erstellung einer Studie unter Einbeziehung des geschilderten dezentralen Szenarios. [Hierbei sollen ausdrücklich auch Ideen und Technologien betrachtet werden, die aktuell noch nicht zur Marktreife gelangt sind, aber entsprechendes Potential besitzen, wie etwa die Mitbenutzung von Bahntrassen, Autobahnen oder die zumindest teilweise Nutzung von Erdkabeln].
6. Die aktuellen Diskussionen und Bürgerproteste rund um Großprojekte haben deutlich aufgezeigt, dass die BürgerInnen auch wirksam in der Entscheidungsfindung beteiligt werden wollen. Aus diesem Grund ist es zwingend erforderlich, diese stärker in die Planung von Projekten im Energiesektor einzubeziehen, was später zu einer deutlichen Beschleunigung führen wird. Deswegen fordern wir die Sicherstellung von Transparenz ebenso wie die Einrichtung von bei den Stadtwerken angesiedelten BürgerInnenräten, wo dies rechtlich möglich ist.
7. Für die Übergangsphase in ein Zeitalter der Erneuerbaren ohne Kernenergie brauchen wir auch hochflexible konventionelle Kraftwerke, deren deutschlandweiter Bedarf über die aktuell geplanten und im Bau befindlichen 10GW hinausgeht. Bis das Ziel einer Energieversorgung zu 100% aus regenerativen Quellen erreicht ist, brauchen wir weiterhin moderne Kraftwerke die fossile Energieträger verfeuern. Bei Neubauten sollte hierbei die effizientere Gas- und Dampftechnologie im Vordergrund stehen. Wir befürworten jedoch auch, das beschlossene und bereits in der Bauphase stehende Neubauten von Kohlekraftwerken zu Ende geführt werden können. Diese reduzieren die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu alten Anlagen, die jedoch im selben Umfang vom Netz gehen müssen. Bei Kohlekraftwerken - genau wie bei allen großen Bauvorhaben - müssen jedoch zwingend die umweltrechtlichen Bestimmungen eingehalten, die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines ernsthaften Dialogs eingebunden werden und gleichzeitig sichergestellt werden, dass sich die zur Reservevorhaltung benötigten Kraftwerke – unter dem unabdingbaren Vorrang der erneuerbaren Energien – wirtschaftlich betreiben lassen.
8. Die oben angeführten Nachteile des desertec-Projekts für die deutsche Energieversorgung bedeuten nicht, dass diese Technologie generell zu verwerfen ist; gerade für die afrikanischen Länder oder auch Anrainerstaaten im Nahen Osten ist dies in Zukunft eine Möglichkeit, den Menschen dort Zugang zur Elektrizität zu verschaffen. Aus diesem Grund setzen wir uns im Rahmen einer aktiven Entwicklungshilfepolitik für eine Fortführung ein.
9. Wir unterstützen die aktuellen Forschungsbestrebungen zur Etablierung einer Bioökonomie, bei der die erdölbasierte Energie- und Stoffgewinnung durch die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen unter Verwendung der Biotechnologie vorangetrieben werden soll. Durch die Nutzung von neuen Verfahren könnten so aus nachwachsenden Rohstoffen wichtige chemische Grundkomponenten und "Biofuels" hergestellt werden, die CO₂-neutral eingesetzt werden können. In Verbindung damit sollten Vorhaben unterstützt werden, die unter der Begriff "Clean-Tech" industrielle Abfallstoffe in die chemische Wertschöpfungskette zurück führen könnten, statt als klimaschädliche Gase in die Atmosphäre zu entweichen oder irrsinnigerweise z.B. wie bei der CO₂ Sequestrierung "endgelagert" zu werden. Wir JUSOS wollen die Realisierung einer nachhaltigen Industrie in Nordrhein-Westfalen unterstützen. Auf diesem Weg der technischen Entwicklungen müssen aber auch gesellschaftliche Probleme und Fragestellungen berücksichtigt werden. Deshalb ist bei diesen schwierigen Themen die öffentliche Diskussion und die Einbeziehung einer gesellschaftswissenschaftlichen und ethischen Sichtweise unabdingbar.

N 6

DEUTSCHER CORPORATE GOVERNANCE - KODEX – SCHLUSS MIT BEST PRACTICE

HINTERGRUND:

Nach der Philipp-Holzmann-Pleite 2002 trat die damalige rot-grüne Bundesregierung an, die Unternehmensführung börsennotierter Aktiengesellschaften durch die Einsetzung spezieller Leitlinien zu verbessern. Hierzu wurde eine Regierungskommission im Justizministerium gegründet, die den Deutschen Corporate Governance - Kodex (DCGK) erarbeitete und seit dem in jährlichen Abständen überarbeitet und neu veröffentlicht. Der DCGK gibt Vorschläge zur angemessenen Vergütung von Aufsichtsräten und Vorständen, zur Transparenz der Unternehmensführung und zur Rechnungslegung sowie Abschlussprüfung. Besonders wichtig ist auch die dort angeregte „Cooling-off-Periode“, nach der Vorstandsvorsitzende erst zwei Jahre nach ihrem Ausscheiden im Aufsichtsrat derselben AG tätig werden dürfen sowie die Auflage zur Diversität von Firmengremien.

Jedoch ist dieses Regelwerk nicht Gesetz oder Verordnung, es wird meist als „soft law“ bezeichnet. Diese Bezeichnung führt zu falschen Schlüssen, da es sich lediglich um eine Handreichung zur „Best Practice“ handelt. Um diesen, an sich guten und notwendigen Kodex mehr Beachtung zu schenken, verankerte der Bundestag eine Pflicht zur Erklärung der betroffenen Unternehmen im Aktiengesetz. In ihrer Entsprechenserklärung müssen Aufsichtsräte und Vorstände einmal jährlich erklären, welchen Empfehlungen des Kodex sie folgen und welchen nicht. Abweichungen müssen meist nur unzulänglich erklärt werden und sind ohne jede Folgen.

Falls es zu Fehlerklärungen oder zur Widrigkeit der eigentlichen Erklärung kommt, können höchstens Beschlüsse der Aktionärshaupversammlung aufgehoben werden. Dies beschränkt sich meistens auf Entlastungsbeschlüsse von Vorständen und Aufsichtsräten, was zwar mit einem Prestigeschaden verbunden ist, aber keine weiteren Folgen hat.

Der DCGK muss zum Gesetz werden, es muss Schluss sein mit unverbindlichen Regelwerken zur „Best Practice“ innerhalb solch finanzstarker Unternehmen. Die enorme Wichtigkeit der dort behandelten Themen sollte für AnlegerInnen und Führungsebenen von Unternehmen für ein Jahr überschaubar und planbar sein. Eine Entzerrung der bisher unklaren gesetzlichen Lage und der wirren Entstehung von Empfehlungen muss herbei geführt werden.

PARTEIREFORM UND ORGANISATIONSPOLITIK

P 1	Parteireform: Wir wissen, was wir tun.....	75
P 7	Keine Verklärung der deutschen Geschichte – Unvereinbarkeit mit dem BdV.....	83
P 8	Durchsetzung des Unvereinbarkeitsbeschlusses.....	83

PARTEIREFORM: WIR WISSEN, WAS WIR TUN.

Der SPD-Bundesparteitag 2009 läutete den Beginn der Parteireform ein, die nun 2011 abgeschlossen werden soll. Gründe dafür gab und gibt es genug. Neben der augenscheinlichen Niederlage bei der Bundestagswahl 2009 wurden auch so mehr und mehr Umstände und Gegebenheiten deutlich, die viele Mitglieder nicht mehr zufrieden stellen konnten. Dies wiederum hatte verschiedene Gründe, stellvertretend sei die mangelnde Beteiligung bei verschiedenen wichtigen Entscheidungen in der Vergangenheit genannt, wodurch das Gefühl entstand, man könne die Politik der eigenen Partei nicht mehr mitgestalten. Das führte dann durchaus zu Austritten und zu Frustration bei den Aktiven. Auch das war letztlich ein Grund für die Wahlniederlage bei der letzten Bundestagswahl, weil manche Mitglieder die Entscheidungen der Partei nicht als ihre eigenen betrachteten.

Insofern ist eine Weiterentwicklung der demokratischen Mittel der SPD eine wichtige Aufgabe, um die Identifikation der Mitglieder mit „ihrer“ SPD zu erhöhen. Doch auch weitere Gründe spielen hier eine gewichtige Rolle, beispielsweise die Beobachtung, dass demokratische Beteiligung oder Ehrenamt in der Bundesrepublik zunehmend punktuell und themenorientiert stattfinden. Es ist für viele, vor allem junge Menschen, eher reizvoll sich zu einem bestimmten Thema zu engagieren oder in einem bestimmten eingegrenzten und überschaubaren Zusammenhang. Auch Senioren gehören zunehmend zu der Gruppe, die sich nach dem Beruf einen Platz suchen, wo sie sich gesellschaftlich, aber klar definiert einbringen können. Zudem ist zu beobachten, dass für punktuelles Engagement, wie beispielsweise in Nichtregierungsorganisationen (engl. NGOs), Frauen sehr affin sind. Aus diesen Gründen ist die Öffnung der Partei für Nicht-Mitglieder und die themenbasierte Mitarbeit wichtig für das Selbstverständnis und das Fortbestehen der SPD. Richtig also, dass wir die Initiative ergreifen und hier in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik voran gehen.

Neben anderen Gründen die eine Parteireform als sinnvoll erscheinen lassen ist es aber vor allem wichtig zu betonen, dass jede strukturelle Reform mittel- und langfristig erfolglos bleibt, wenn die politischen Inhalte nicht stimmen, das Selbstbewusstsein der Partei und das „Lebensgefühl“ im Keller ist. Was bedeutet das für die Diskussion und die Reform?

Leider sind in der Vergangenheit Inhalte teilweise in den Hintergrund gerückt oder wurden in kleinen Zirkeln entschieden. Das ist für uns nicht akzeptabel. Doch es ist leider nach wie vor so. Die Menschen müssen wieder wissen wofür die SPD steht und wir benötigen deutliche Positionen für unsere linke Politik. Solange dies nicht so ist und solange darüber nicht die Partei breit entscheidet und somit die Entscheidungen auch breit vertreten kann, kann keine Parteireform die SPD wieder zur alten Stärke zurückbringen. Wir betonen also, dass wir uns hinter der Strukturdiskussion zur Parteireform nicht verstecken dürfen und werden. Vielmehr liegt unser Hauptaugenmerk auf den politischen Inhalten.

Und diese Inhalte, aber auch die Mitgliedschaft in der SPD, müssen wir zukünftig wieder viel selbstbewusster vertreten. Auch das gehört in gewisser Weise zur Parteireform, weshalb wir mit der Reform auch die Reform der internen und externen Kommunikation und das Selbstverständnis der SPD mitdenken müssen. Die SPD ist für viele Menschen nicht mehr attraktiv und daran tragen die SPD-Mitglieder eine Mitschuld. Oft wird über die eigene Partei genörgelt, was durchaus auch nötig ist, doch es täte uns auch gut einmal Abstand zu nehmen und in Ruhe zu betrachten, was wir denn an der SPD haben. Es ist parteiinterne Mode einerseits über den Zustand der Partei heruziehen und sich gleichzeitig fast dafür zu entschuldigen, dass man in ihr Mitglied ist und andererseits insgesamt so zu tun, als müsste man das Gewicht dieser Welt alleine stemmen. Wenn verbittert und angestrengt wirkende Funktionäre unsere Partei in der Öffentlichkeit vertreten und der Eindruck entsteht die Mitglieder seien ihrer Partei selbst überdrüssig, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die Attraktivität jeder zweitklassigen Organisation, in der man dazu erheblich weniger gestalten kann, höher ist, als die der SPD.

Als SPD-Mitglieder müssen wir uns selbstkritisch mit uns, mit den Parteistrukturen, mit der Parteiöffnung, mit unserem Selbstbild und mit unserem Zusammenhalt beschäftigen. Im Rahmen des Erneuerungsprozesses der SPD müssen auch wir Jusos unsere eigenen Strukturen hinterfragen. Oft herrscht eine organisatorische Ähnlichkeit zu den Strukturen unserer Mutterpartei. Wenn wir Anspruch auf eine grundlegende Veränderung in der Kultur der KandidatInnen-/ und Entscheidungsfindung der SPD erheben, so müssen wir diese Vorschläge auch für uns gelten lassen. Darum geht es in diesem Antrag. Wir brauchen gute Beteiligungsformen, müssen allen in der Partei die Möglichkeit auf Beteiligung geben und auch externe Interessierte, wie Fachleute mit- und ernstnehmen. Wir müssen unsere Diskussionskultur als eine Chance begreifen, müssen uns selbst und anderen klar machen, was die SPD für Vorteile bietet, was man hier im Gegensatz zu vielen anderen Organisationen verändern und gestalten kann. Trotz aller Missstände, die es in der Sozialdemokratie gibt und die wir hiermit angehen, müssen wir uns selbstbewusst zu unserer Partei bekennen. Außerdem muss es uns gelingen gute Beteiligungsformen zu erreichen, beziehungsweise auszubauen und Basta-Politik zu vermeiden.

ATTRAKTIVE STRUKTUREN UND BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR DIE ZUKÜNFTIGE IDEE

Der Hauptpunkt der Parteireform ist sicher die Weiterentwicklung der Strukturen. Diese steht unter der Maßgabe, dass mehr externe Beteiligung ermöglicht werden muss, eine höhere Transparenz und Beteiligung für Mitglieder und Nicht-Mitglieder erreicht wird, eine breite Diskussion um die Inhalte geführt werden muss und Anreize geschaffen werden in der SPD Mitglied zu werden. Denn die Struktur der Mitgliederpartei hat sich bewährt und sollte grundsätzlich, bei gleichzeitiger Öffnung, fortgesetzt werden.

Beteiligung, Mitspracherechte, Themenarbeit

- » Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Diskussions- und Redekultur in unserer Partei. Zwar haben wir inhaltliche Auseinandersetzungen auch bisher schon in der Partei geführt, aber es muss dafür klar definierte Räume geben. Dort muss es möglich sein offen und kontrovers zu diskutieren, wobei darauf Wert gelegt werden muss, dass Gegenpositionen auch mit dem nötigen Ernst begegnet wird. Solche Diskussionen können anfänglich durchaus auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, um zu garantieren, dass Meinungen offen besprochen werden können. Allerdings bestehen wir auch darauf, dass Diskussionen zur Positionsbildung zuerst stattfinden, dann Beschlüsse gefasst werden und diese dann letztlich durch das Spitzenpersonal öffentlich vertreten werden. Eine Aufoktroierung von Positionen durch vorschnelle Äußerungen der Parteispitze lehnen wir ab.
- » Wir fordern die Einrichtung von Themenkreisen oder Themenforen, die speziell und kontinuierlich zu bestimmten Themen arbeiten. Die Themenforen müssen die nötige finanzielle Ausstattung erhalten und einen Fahrtkostenzuschuss für diejenigen Menschen anbieten, die sich eine Mitarbeit sonst nicht leisten können. Die Foren sollen auf Landes- und Bundesebene auch Online organisiert werden und arbeiten. Sie können ebenfalls regional und kommunal eingerichtet werden. Außerdem fordern wir „Tage der Arbeitskreise“ oder Themenforen, bei denen auf entsprechender Ebene die Themenforen parallel tagen, um den Austausch zu fördern und für gute Anschlussfähigkeit für neue Interessierte zu sorgen. Diese thematische Arbeit entspricht einerseits den Anforderungen, die heutzutage viele Menschen an eine Mitarbeit stellen. Mit speziellen Interessen und begrenztem zeitlichen Budget fällt es so leichter sich zu engagieren und damit letztlich auch an die Partei anzudocken. Diese Themenforen sollten allerdings auch als Möglichkeit begriffen werden mehr externe Expertise abzurufen und so auch Expertinnen und Experten langfristig für die SPD zu gewinnen, oder aber zumindest dafür zu sorgen, dass Fachleute gehört und ernst genommen werden. Das kann gewährleisten, dass sie die Positionen der SPD auch extern vertreten, weil sie an der Entstehung mitgewirkt haben.
- » Wir brauchen niedrigere Quoren für Mitgliederentscheide, um diese attraktiver und tatsächlich umsetzbar zu machen. Auch die Einbindung von Nicht-Mitgliedern bei inhaltlichen Fragen muss forciert werden. Dazu kann es Online-Beteiligungsverfahren und Befragungen insgesamt geben. Auch die Einrichtung von BürgerInnenforen halten wir für sinnvoll, um Interessierten die Möglichkeit zu geben sich einzubringen.

- » Unterbezirke und Kreisverbände sollen die Möglichkeit erhalten, unter bestimmten Voraussetzungen Nichtmitglieder in den Personalfindungsprozess bei Wahlen zu kommunalen Spitzenämtern (OberbürgermeisterIn, hauptamtliche(r) BürgermeisterIn, Landrätin/Landrat, etc.) einzubeziehen.
- » Endgültige Personalentscheidungen und die abschließende Beschlussfassung über Partei- und Wahlprogramme hingegen sollen Mitgliedern vorbehalten bleiben, um einerseits die Mitgliederrechte zu erhalten und außerdem dafür zu sorgen, dass diejenigen Kandidaturen für öffentliche Ämter bestimmen, die auch über das Programm entschieden haben. Schließlich soll die jeweilige Kandidatur vor allem an die zugrundeliegenden Inhalte gebunden sein, deshalb muss die Legitimation von denen kommen, die auch das Programm beschließen.
- » Die Zusammenarbeit mit BündispartnerInnen muss erhalten und ausgebaut werden. Das hat uns stark gemacht und damit haben viele Gliederungen gute Erfahrungen gemacht. Viele Organisationen teilen unsere Ziele, gerade hier muss die Zusammenarbeit gestärkt werden, um einerseits schlagkräftiger die Gesellschaft verbessern zu können und andererseits für die Sozialdemokratie zu werben. Allerdings müssen wir uns auch deutlich von solchen Organisationen abgrenzen und gegen diese eintreten, welche die Werte der Demokratie und der Sozialdemokratie mit Füßen treten. In diesem Zusammenhang müssen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse überprüft werden, damit die SPD sich gegen rechtsextreme Tendenzen deutlich abgrenzt.
- » Im Bezug auf die Kandidatur für öffentliche Ämter fordern wir außerdem die angemessene Beachtung von jungen KandidatInnen. Genug qualifizierte Personen dafür gäbe es, es muss ihnen aber auch faktisch ermöglicht werden zu kandidieren. Außerdem unterstützen wir die Forderung, dass bei der nächsten Bundestagswahl 40 Prozent der Wahlkreiskandidaturen an Frauen gehen. Hier ist zusätzlich darauf zu achten, dass dies auch aussichtsreiche Wahlkreise betrifft und eine gute Absicherung über die Liste gewährleistet wird. Unabhängig vom Proporz muss zudem darauf geachtet werden, dass strukturschwache Gebiete berücksichtigt werden.
- » MandatsträgerInnen stehen aber auch in besonderer Weise in der Verantwortung. Sie müssen regelmäßig mit der Partei im Austausch stehen, beispielsweise viele Termine in Unterbezirken, bei Arbeitsgemeinschaften und in Ortsvereinen machen. Ein Großteil der Abgeordneten tut dies. Wo es aber nicht geschieht, müssen die übergeordneten Parteiebenen Sanktionsmöglichkeiten haben.
- » Um die Partei auch in Regierungszeiten gegenüber der Regierung handlungsfähig zu halten fordern wir, dass MandatsträgerInnen nach Möglichkeit auf Funktionen in der Partei verzichten, um Doppelbelastungen aus dem Weg zu gehen, unter denen dann die Parteiarbeit leidet.
- » Die Ortsvereine sind wichtige Orte des Parteilebens. Die Ortsvereinsbefragung hat weitestgehend ihre Vitalität gezeigt, aber auch, dass dies von Ort zu Ort sehr unterschiedlich ist. Da wo Ortsvereine nicht mehr arbeitsfähig sind muss darüber nachgedacht werden Ortsvereine zusammenzulegen. Dies scheint uns beispielsweise zweckmäßig, wenn ein ordentliches Vereinsleben mit regelmäßigen Mitgliederversammlungen und Vorstandswahlen nicht mehr möglich ist und so Parteimitglieder ihre Mitgliedsrechte nicht ausüben können. Grundsätzlich ist es wichtig, dass Personalentscheidungen maßgeblich von der Gesamtpartei getroffen werden.
- » Zudem muss die kontinuierliche Mitarbeit in der SPD auch für diejenigen Menschen möglich sein, die sehr mobil sind und häufig ihren Wohnsitz wechseln müssen. Sie können sich nicht auf Dauer an einen Ortsverein binden. Zwar bieten Themenforen und Arbeitsgemeinschaften eine Beteiligungsmöglichkeit, doch wir streben zudem den virtuellen Ortsverein, als anerkannte Struktur an. Es muss möglich sein sich im Internet über eine feste Struktur vernetzen zu können und Anträge zu verfassen.
- » Außerdem fordern wir die Stärkung der Hauptamtlichkeit in dem Sinne, dass die MitarbeiterInnen und ReferentInnen der Partei als wichtiger Rückhalt der Partei betrachtet werden und die Hauptamtlichkeit aus-, statt abgebaut wird, um so beispielsweise auch dort arbeitsfähige Strukturen zu garantieren, wo die SPD das Problem hat, dass sie keine breite Mitgliederstruktur hat. Wir brauchen politische (!) ReferentInnen, auch und gerade in der Fläche.
- » Hauptamtlichkeit bedeutet auch Hilfe zur Selbsthilfe für Ehrenamtliche. Wichtig ist uns, dass es die Möglichkeit gibt zentral Beschwerden und Wünsche an die Partei zu richten. Auch organisatorische Dinge, wie die Aktualisierung von Wohnorten in den Mitgliedsunterlagen können zentral geregelt werden. Außerdem soll es ein Servicetelefon auf Bundesebene geben, wo alle Menschen und speziell Mitglieder auch ein breites Informationsangebot zu Veranstaltungen, Beteiligungsformen uvm. Zugreifen können. Umgekehrt müssen MitarbeiterInnen in den Unterbezirken und Kreisverbänden die Zeit haben sich intensiv um die jeweilige Gliederung zu

kümmern. Auch Bildungsarbeit muss so verstärkt dezentral ermöglicht werden. Um die Transparenz in der Partei zu erhöhen fordern wir zudem, dass alle Stellenausschreibungen für alle Parteimitglieder offen und einfach zugänglich sind.

- » Des Weiteren fordern wir einen Innovationsbeirat für die Partei. Er soll auf keinen Fall inhaltliche Entscheidungen treffen oder beeinflussen. Vielmehr soll er kontinuierlich die Parteiweiterentwicklung im Blick haben und dazu Vorschläge machen. Vor allem die Umsetzung und den Erfolg der Parteireform muss vom Innovationsbeirat betrachtet werden und dazu müssen auch Mahnungen und Empfehlungen an die Partei ausgesprochen werden. Aber auch bezüglich möglichen Zukunftsthemen soll der Beirat Vorschläge machen. Er muss aktiv versuchen neue Themen auszuloten und zu empfehlen.
- » Außerdem brauchen wir einen Innovationsfond, damit innerhalb der Partei vorbildliche Projekte zur Weiterentwicklung und Beteiligung in der Partei ausprobiert und finanziert werden können. Die finanziellen Mittel für diesen Fonds dürfen aber nicht an anderer Stelle fehlen, oder beispielsweise Gliederungen gegeneinander ausgespielt werden.

Parteitage und Versammlungen

- » Vorweg fordern wir etwas eigentlich Selbstverständliches: Parteitagsbeschlüsse müssen tatsächlich bindend sein. Werden eindeutige Beschlüsse des Parteitages missachtet, befinden wir uns auf dem schnellsten Weg von der Mitglieder- und Programmpartei zur Honoratioren- und Fraktionspartei.
- » Wir sind uns bewusst, dass Parteitage als Vollversammlungen auf Unterbezirks- und Kreisverbandsebene nicht zwangsläufig ein besseres demokratisches Mittel darstellen. Es kann zu verzerrenden Mobilisierungswettläufen kommen, Vorteile durch Netzwerke und Geld sind vorstellbar. Außerdem greifen jegliche Quotenregelungen und viele andere partizipationssichernde Maßnahmen bei einer Vollversammlung nicht. Außerdem kann es vorkommen, dass zu einer Vollversammlung weniger Mitglieder kommen, als zu einem Delegiertenparteitag. Dennoch gibt es Gliederungen, bei denen Vollversammlungen funktionieren. Deshalb muss es möglich sein Parteitage in Unterbezirken und Kreisverbänden als Mitglieder- beziehungsweise Vollversammlungen stattfinden zu lassen.
- » Auf der Bezirks-, Landes-, und Bundesebene muss allerdings aus mehreren Gründen am Delegiertenprinzip festgehalten werden. Neben den nicht lösbaren organisatorischen Problemen (Raumgrößen, Kosten, Anreise, Verköstigung, Übernachtung, etc.), muss gewährleistet werden, dass alle Gliederungen angemessen und nicht überproportional vertreten sind. Bei Mitgliederversammlungen könnte man alleine mit dem Tagungsort Politik machen, so passiert es bereits bei einigen kleinen Parteien. Auch kann so die angemessene Beteiligung von Frauen nicht gewährleistet werden. Nur bei Delegiertenversammlungen können sinnvolle Quoten- und Proporzregelungen angemessen und demokratisch beachtet werden.
- » Allerdings fordern wir die deutliche Vergrößerung von überregionalen Parteitag, um mehr Mitgliedern die Teilnahme an Parteitag zu ermöglichen und zu verhindern, dass nur BerufspolitikerInnen an Parteitag teilnehmen. Eine Größenordnung von 1.000 Delegierten beim Bundesparteitag scheint uns angemessen. Außerdem fordern wir die angemessene und bewusste Beteiligung von solchen Mitgliedern unserer Partei, die ihr Geld nicht mit Mandaten verdienen. Bei der Terminierung der Parteitage ist zudem darauf zu achten, dass auch SchülerInnen, Auszubildende, Studierende und ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit der Teilnahme haben.
- » Zudem fordern wir, dass die Antragskommissionen abgeschafft werden und zukünftig immer über den tatsächlichen Antrag abgestimmt wird und nicht die Empfehlung der Antragskommission. Das verhindert in der Schnellebigkeit der Parteitage Verwirrung und falsch verstandene Abstimmungsprozesse. Die sinnvollen Aufgaben der Antragskommission, wie beispielsweise die Vermittlung zwischen zwei Antragsstellerinnen, um den Ablauf des Parteitages zu verbessern, können beispielsweise von einem verbreiterten Präsidium übernommen werden, Beschlussempfehlungen wollen wir indes nicht mehr sehen.
- » Wir fordern für die breitere Beteiligung an Parteitag außerdem, dass gewährleistet wird, dass Arbeitsgemeinschaften wie bisher und zudem Arbeitskreise und Themenforen Antragsrecht beim Parteitag erhalten. Auch die Möglichkeit externen BündnispartnerInnen inhaltliches Antragsrecht einzuräumen sollte diskutiert werden.
- » Außerdem fordern wir, dass bei Parteitag eine Beschlusskontrolle als kurzer Tagesordnungspunkt etabliert wird. Oft werden Anträge nicht beim Parteitag behandelt, sondern laufen automatisch aufgrund fehlender Zeit in die Parteiräte. Oder aber sie werden überwiesen an Vorstand, Parteirat, oder Fraktionen. Oder es werden Beschlüsse gefasst, die konkret Gremien zu Hand-

lungen auffordern. Die Realität sieht aber in allen Fällen oft so aus, dass Beschlüsse oder Anträge versanden. In den Fraktionen beispielsweise kommt oft nichts an. Deshalb muss das Präsidium und der Vorstand der jeweiligen Ebene, wo ein Parteitag stattfindet, dafür Sorge tragen, dass alle Beschlüsse und Überweisungen auch entsprechend weitergetragen und behandelt werden. Beim nächsten Parteitag ist den Delegierten eine Ergebnisliste schriftlich auszuhändigen und kurz zu erläutern, wie mit welchen Anträgen oder Beschlüssen umgegangen wurde. Der Parteitag erhält zudem die Möglichkeit durch erneute Beschlüsse Versäumnisse bei der Umsetzung von Beschlüssen oder Behandlung von Anträgen anzumahnen.

- » Des Weiteren ist auf Parteitagen durch Ticker und Live-Streams zu garantieren, dass möglichst viele Parteimitglieder und wo zugelassen, auch die Öffentlichkeit an den Delegiertenversammlungen partizipieren kann.

Weitere Gremien der Partei

- » Es gibt gute Gründe für und gegen das Konzept einer Doppelspitze. Unabhängig davon möchten wir erreichen, dass Doppelspitzen in Gliederungen generell erlaubt werden, damit diese selbst entscheiden können, ob dieses Konzept bei ihnen funktioniert, oder Abläufe behindert.
- » Außerdem fordern wir das Präsidium in Vorständen abzuschaffen, um so die Entscheidungen im Gesamtvorstand zu ermöglichen. Dafür können Vorstandssitzungen dann regelmäßiger stattfinden.
- » Zu inhaltlichen Punkten sollten Vorstände zudem parteiöffentlich tagen.
- » Protokolle der inhaltlichen Tagesordnungspunkte der Vorstandssitzungen sollen parteiöffentlich zugänglich sein und wir fordern regelmäßige, zumindest jährliche Rechenschaftsberichte.
- » Außerdem wollen wir den Parteirat aufwerten, indem wir ihn zu einem kleineren Parteitag mit Beschlussrecht machen.

Arbeitsgemeinschaften

- » Viele Arbeitsgemeinschaften der SPD, darunter die Jusos, leisten wichtige Arbeit, die bestehen bleiben muss und sogar eine Ausweitung rechtfertigt. Deshalb wollen wir stimmberechtigte Delegierte auf Parteitagen erhalten, um dort unsere Positionen vertreten und dafür votieren zu können.
- » Des Weiteren wünschen wir uns beratende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften, die Anwesenheits- und Rederecht bei Fraktionssitzungen auf allen Ebenen erhalten.
- » Die Gastmitgliedschaft bei den Jusos hat sich bewährt und kann als Vorbild für andere Gliederungen gelten, wie man die Hürden für eine Beteiligung merklich senken kann. Derzeit endet die Gastmitgliedschaft aber nach maximal vier Jahren, entweder mit einem Eintritt in die SPD oder mit einem Rauswurf bei den Jusos. Dies hat sich als unpraktisch erwiesen. Selbstverständlich ist unser Ziel, möglichst viele Jusos auch für die SPD zu begeistern und wir verfolgen dieses Ziel recht erfolgreich. Aber dennoch muss in die Zukunft die Möglichkeit bestehen die Gastmitgliedschaft beliebig oft für zwei weitere Jahre zu verlängern.
- » Außerdem fordern wir die Einberechnung der Gastmitglieder in die Delegiertenschlüssel unserer Landeskonferenzen und Bundeskongresse und das Stimmrecht für Delegierte Gastmitglieder bei diesen Veranstaltungen.
- » Wir wollen starke und lebendige Unterbezirke und Kreisverbände. Eine systematische Stärkung der Regioarbeit hilft vor allem mitgliederschwachen Kreisverbänden und Unterbezirken, für die der Aufwand eines Engagements auf Landesebene wegen der räumlichen Distanz zu groß ist. Wir fordern, dass der Bundesvorstand Konzepte entwickelt, um Regios, bzw. Unterbezirksverbände zu stärken, um schlagkräftige Netzwerke auf lokaler Ebene zu ermöglichen.

BILDUNGSARBEIT ALS QUALIFIKATIONSMÖGLICHKEIT UND NUTZENFAKTOR MITDENKEN

Zur Parteireform gehört es auch, dass wir unsere Angebote der Bildungsarbeit kritisch hinterfragen. Sicherlich haben wir bereits heute vielfach gute Bildungsangebote, von denen FunktionsträgerInnen profitieren und die sich teilweise offen an Mitglieder richten. Doch diese Angebote sind regional sehr unterschiedlich und werden auch unterschiedlich häufig offeriert. Außerdem gibt es auch Mängel, die beseitigt werden müssen. Das betrifft die Bewerbung der vorhandenen Angebote, aber auch die Palette der Angebote in manchen Bereichen an sich. Die Partei hat die Aufgabe selbst die Weiterbildung ihrer Mitglieder zu gewährleisten und muss intensiv dafür sorgen, dass die

Nachfrage nach Bildungsangeboten in der Partei steigt und die Mitglieder sich gerne und intensiv weiterbilden, auch um fortan ihre Meinungen besser in die Partei einbringen und dort vertreten zu können.

In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die Partei regelmäßig die vorhandenen Bildungsangebote zusammenstellt und breit bei den Mitgliedern bewirbt (das sollte in Kooperation der verschiedenen Ebenen passieren und gebündelt an die jeweils im Einzugsgebiet wohnenden Mitglieder verschickt werden). Denn viele Mitglieder hören nie von verschiedenen Angeboten, obwohl sie diese vielfach interessant fänden oder es bei ihnen sogar eine Initialzündung zur aktiveren Mitarbeit hervorrufen würde. Wir müssen gewährleisten, dass nicht die Funktion darüber entscheidet, ob man Bildungsangebote mitbekommt und an ihnen partizipieren kann oder nicht. Denn umfassende Bildungsarbeit ist der Schlüssel für eine aktive, fachkundige, arbeitsfähige und informierte Partei. Außerdem können breite Bildungsangebote auch ein Anreiz sein in der SPD Mitglied zu werden. Alle müssen wissen, dass sie in unseren Reihen die Möglichkeit auf Qualifikation für den politischen Bereich und darüber hinaus haben. Um die Teilnahme an Parteiangeboten auch planbar zu machen, müssen alle Parteitermine die absehbar sind weit im Voraus geplant und veröffentlicht werden. Das betrifft sowohl Parteitage, als auch Seminare und weitere Termine, wie Regionalveranstaltungen oder BürgerInnenforen.

Zudem müssen wir unser bisheriges Bildungsangebot hinterfragen und ausbauen.

- » Konzepte und Bildungsangebote müssen prinzipiell bereits dort beginnen, wo Interessierte für die SPD begeistert werden sollen. Also müssen auch Menschen Angebote erhalten, die SPD-affin sind, aber noch nicht eingetreten sind.
- » Der Bereich der Neumitgliederseminare muss ausgebaut werden. Sie müssen regelmäßig stattfinden.
- » Wichtig ist, regelmäßige Seminarangebote – in inhaltlichen Fragen und auch für die politischen und persönlichen Fertigkeiten – auch den ehrenamtlich Engagierten unserer Partei zu unterbreiten.
- » Darauf aufbauend benötigen wir Schulungen für FunktionärInnen in Ortsvereinen, Unterbezirken und Kreisverbänden.
- » Auch ein Angebot für SpitzenfunktionärInnen und MandatsträgerInnen, welche die Partei vielfach nach außen vertreten, gehört zur Gesamtpalette dazu.
- » Insgesamt muss eine fundierte Personalentwicklung und eine Bildung der Mitglieder breit stattfinden. Der Fokus muss dabei auf der Weiterbildung der gesamten Partei liegen. Es müssen inhaltliche Seminare angeboten werden, aber auch organisatorische, sowie solche, welche individuelle Fähigkeiten weiterentwickeln, beispielsweise Rhetorik. Auch spezielle Förderprogramme (Shadowing, Mentoring, Frauennetzwerke) für Frauen sind nach wie vor nötig. Zudem plädieren wir für Patenschaftsprogramme für Neumitglieder, damit neue Genossinnen oder Genossen sich nicht von den Gepflogenheiten in der Partei abgeschreckt fühlen. Die Paten müssen dabei nicht einmal große Positionen inne haben, sie sollen sich nur darum kümmern, dass sich die Neumitglieder wohl fühlen und die wichtigsten Fragen beantwortet werden. Außerdem muss es bei jeder Gliederung Mitgliederbeauftragte geben. Desweiteren fordern wir eine „Task Force Veranstaltungshilfe“, also die Befähigung von vielen Mitgliedern dazu, dass diese dann vor Ort und in ihrem Umfeld dabei behilflich sein können, wenn Gliederungen Veranstaltungen organisieren wollen. Denn die Attraktivität von Veranstaltungen hat vielfach auch etwas damit zu tun, wie sorgsam und professionell diese vorbereitet sind.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Mitglieder einer Partei ihr höchstes Gut sind. Aus diesem Grund muss die Qualifikation der Mitglieder ein wichtiges Interesse der SPD sein und auch Teil dieser umfassenden Reform.

KOMMUNIKATION MUSS ZUKÜNFTIG STIMMEN

Eines möchte niemand mehr hören: Das war ein Kommunikationsproblem. Oder: Wir haben nur versäumt das richtig zu erklären. Kein Mitglied, kein SPD-affiner Mensch, keine Bürgerinnen und Bürger dürfen mit derartigen Aussagen abgekanzelt werden. Das führt zu Misstrauen gegenüber der SPD. Es ist die Aufgabe des Spitzenpersonals unserer Partei, aber wo möglich auch die Aufgabe aller Mitglieder, ein Augenmerk auf gute Kommunikation zu legen. Die Ausrede „Wir haben eigentlich alles richtig gemacht, aber es gab ein Kommunikationsproblem“ ist nicht akzeptabel. Natürlich können Fehler immer vorkommen, aber es darf nicht oft und vor allem nicht mit System passieren. Die Kommunikation von Inhalten gehört zu den Inhalten selbst. Wer es nicht schafft seine Ziele und Vorstellungen zu vermitteln, hat nicht nur schlecht kommuniziert, sondern

hat zumindest diskutabile Inhalte. Es muss zur Politik, zumal zur sozialdemokratischen, immer dazugehören, dass alle Inhalte auch gut erklärt werden können. In diesem Zusammenhang dürfen wir nicht dem Trugschluss aufsitzen, dass Mitglieder der Partei oder der Gesellschaft nicht intelligent genug wären, politische Zusammenhänge auch zu begreifen. Diese weit verbreitete Annahme leistet Politikverdrossenheit Vorschub und beleidigt die Intelligenz weiter Teile der Gesellschaft.

Zweifelsohne trägt nicht nur die Politik die Verantwortung an dieser Problematik. Die Welt ist durch moderne Kommunikation und komplexe Zusammenhänge erheblich schneller und komplexer geworden. Da ist es manchmal schwer Gehör zu finden und komplexe Zusammenhänge darzustellen. Hinzu kommt, dass Medien vielfach „kleine Häppchen“ liefern wollen. Parlamentarische Auseinandersetzungen, ausgiebige Interviews und Erläuterungen waren früher erheblich häufiger in der Berichterstattung zu finden.

Damit muss die SPD intern, wie extern umgehen. Sie muss auf einen guten Mix von althergebrachten und neuen Kommunikationsmitteln setzen und dabei darauf achten, dass sie alle Teile der Gesellschaft und der Mitglieder erreicht. Das bedeutet für die interne Kommunikation unter anderem: Alle Möglichkeiten der neuen Medien, beispielsweise Blogs, E-Mails, Internetvideos, Newsletter und der sozialen Netzwerke müssen ausgenutzt werden. Das bedeutet keine schicke Show, es bedeutet alle Informationen müssen transparent und zügig allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang fordern wir parteiöffentliche Protokolle von den inhaltlichen Teilen von Vorstandssitzungen, Parteiräten und Parteitagern auf allen Ebenen. Informationszugang darf aber auch nicht Informationsüberfrachtung bedeuten. Deshalb muss die Partei die bereits möglichen Systematiken ergreifen, um Informationen zielgerichtet an diejenigen zu senden, die diese haben wollen. Hier können wir uns thematische Themenverteiler vorstellen und die Abfrage der Mitglieder, welche Informationen sie haben wollen. Dort müssen die Mitglieder zwischen dem Erhalt aller Informationen bis hin beispielsweise zu thematisch, regional, ebenenbezogen, oder gremienbezogen eingegrenzten Infopaketen wählen können. Zudem ist es wichtig zu betonen, dass bei digitalen Medien die Kommunikation beidseitig funktionieren muss, das bedeutet niemand in der SPD sollte digitale Kommunikation noch als schnelles Verlautbarungsorgan begreifen. Vielmehr bietet sie die Chance auch direkte Rückfragen zu stellen oder Diskussionen zu führen. Das muss intensiv genutzt werden. Auch im Zusammenhang mit Parteitagern oder Mitgliederversammlungen sollten die digitalen Möglichkeiten nicht vergessen werden. Wir müssen auf Beschluss-Wikis setzen, wo alle Beschlüsse der letzten Jahre und Jahrzehnte digital schnell gefunden und abgerufen werden können. Auch Diskussionsplattformen im Umfeld der Parteitage sind nötig, genauso wie Antragssoftware, welche die Beratungen erleichtert und Live-Streams und Ticker, die von den Parteitagern berichten.

Doch vergessen wir bitte trotz der vielen Vorteile der digitalen Kommunikation nicht die Gruppen, die aus finanziellen oder technischen Gründen keinen oder keinen geregelten Zugang zu digitalen Informationen haben, oder das Medium Internet nicht beherrschen. Auch diesen darf keinesfalls ein Nachteil entstehen. Deshalb hat die Partei in der Vergangenheit zwar Briefsendungen, vermutlich auch aus Kostengründen, zurückgefahren, doch ein gewisses Maß an Informierung ist auch auf diesem Wege geboten. Man muss die Mitglieder zumindest wählen lassen (am besten in einer postalischen Abfrage), ob sie Informationen zukünftig digital oder gedruckt erhalten wollen. Die Kosten der daraus entstehenden innerparteilichen Demokratie müssen wir gemeinsam tragen, um eine breite Informierung der Mitglieder zu gewährleisten.

Doch auch das ist nicht alles. Denn Kommunikation funktioniert in zwei Richtungen. Dies mag im digitalen Bereich grundsätzlich möglich sein, reicht jedoch nicht aus. Nichts ersetzt die Diskussion von Angesicht zu Angesicht. Deshalb müssen Informations- aber vor allem Diskussionsveranstaltungen mit der Partei weiter ausgebaut werden. Wer möchte, dass die Partei gemeinsam Inhalte überzeugt vertritt und sich Mitglieder mit „ihrer“ SPD identifizieren, der muss umfassende Angebote anbieten, die Beteiligung nicht nur vorgaukeln und Nachfragen und Gespräche ermöglichen. Daran müssen alle Mitglieder und wo möglich auch Externe teilnehmen können.

LEBENSGEFÜHL SPD

Viele Genossinnen und Genossen denken wehmütig an Zeiten zurück, als die SPD als modern und „angesagt“ galt. Wer sagt, dass diese Zeiten vorbei sind? Natürlich gehört es zur Ehrlichkeit dazu zu erkennen, dass viele andere Organisationen eine höhere Attraktivität, Zustimmung und Identifikationskraft haben, als die SPD. Doch das ist nichts, was einfach mit uns passiert, dem wir nicht entgegenwirken können. Vielmehr ist dieser Eindruck und teilweise auch Fakt in höchstem Maße selbstverschuldet. Es gehört genauso zur Parteireform auch diesem Problem offensiv zu

begegnen. Das bedeutet weder, dass wir uns zu einer Spaß-Partei entwickeln sollen, noch bedeutet es, dass wir nicht deutliche Positionen beziehen müssten, auch wenn sie unbequem sind, oder in den Populismus abdriften sollten. Doch wir müssen uns darauf besinnen, was die SPD ausmacht. Und dazu gehört es, dass wir in allen Bereichen Positionen haben, diese vertreten müssen und auch bereit sind dies gegen Widerstände zu tun. Wir müssen es schaffen glaubwürdig und selbstbewusst zu sein, ohne dabei eine Arroganz auszustrahlen, dass wir beratungsresistent wären und ohne verbittert zu wirken. Wir müssen die Meinungen und Positionen von Externen Laien und Fachleuten genau hören und in unsere Positionsfindungen einfließen lassen. Obwohl das selbstverständlich klingt ist es oftmals nicht der Fall. Denn ebenso wie innerparteilich gibt es auch darüber hinaus oft nur eine Scheinbeteiligung, welche die Leute schnell durchschauen.

Außerdem müssen wir die Partei dringend öffnen. Das geht über Strukturänderungen, wie sie oben beschrieben werden, doch es bedarf auch einer tatsächlichen räumlichen Öffnung, um dies zu untermalen und zusätzliches Interesse an der SPD zu wecken. Deswegen fordern wir, dass die Parteihäuser zu Orten der Begegnung erweitert werden. Das bedeutet, dass die Parteihäuser Anlaufstellen für Mitglieder, aber auch für Nicht-Mitglieder sein müssen und es wo möglich auch räumliche Umgestaltungen geben muss, um Begegnung zu ermöglichen. Beispielsweise sollen die vorhandenen Medien und Bücher zu einer Präsenzbibliothek zusammengetragen werden, auf die offen zugegriffen werden kann. Auch gemütliche Räumlichkeiten zum Lesen, für lockere Gesprächsrunden oder zum Kaffeetrinken sollen eingerichtet werden. Die Sitzungsräume der Parteihäuser sollen auch zunehmend für Diskussionen mit Externen oder zwischen SPD-affinen Nicht-Mitgliedern verwendet werden. Hier soll auch Diskussionsmaterial, wie Moderationskoffer und Flip-Charts, zur Verfügung stehen. Außerdem soll es einen Raum geben, indem Platz und Material zur Verfügung steht, damit Aktionen vorbereitet werden können, beispielsweise attraktive Aktionen der Partei in Innenstädten, oder Transparente für Demonstrationen, gerne auch in Zusammenarbeit mit anderen uns nahestehenden gesellschaftlichen Gruppen. Dieses Gesamtangebot soll offensiv beworben werden, um das bisweilen verbreitete Bild der „miefigen“ Parteihäuser und -strukturen zu zerstreuen.

Und was hindert uns vor allem daran die sicherlich oft unerfreulichen, komplexen und in langen und arbeitsreichen Prozessen erarbeiteten Inhalte mit Überzeugung positiv zu vertreten? Das ist kein Plädoyer Dinge zu beschönigen. Aber wir alle und speziell unser Spitzenpersonal müssen aufhören dauernd zu betonen, wie schwer alles ist und wie arbeitsreich der Alltag ist. Das ist zwar sicher richtig, aber niemand wurde gezwungen sich in der SPD zu engagieren. Vielmehr sollten wir es als Privileg betrachten dieses Ehrenamt oder Hauptamt ausführen zu können. Wir können in einer komplexen, schnelllebigen und oft anstrengenden Welt nicht erwarten, dass wir Mitleid oder überhöhte Anerkennung von anderen bekommen, so bitter das manchmal auch ist. Vielmehr muss der Habitus, der Politikerinnen und Politikern oft innewohnt und oftmals die dauernd arbeitende, alles durchschauende und bedenkentragende Person skizziert, etwas aufgebrochen werden. Wenn wir seriös, inhaltlich fundiert und selbstbewusst unsere Inhalte vertreten, dies aber mit einer gewissen Portion Leichtigkeit schaffen, wird das dem Glauben an die Sozialdemokratie und Politik allgemein, aber auch die Attraktivität der SPD wieder erhöhen.

GEMEINSAM WERDEN WIR ES SCHAFFEN!

Die SPD beruft sich auf eine 150jährige Tradition. Manche Unkenrufe sahen diese Tradition nach der verlorenen Bundestagswahl schon enden. Das hat uns geholfen den Ernst der Lage besser zu durchdringen und zu erkennen, dass die Fähigkeit zur Erneuerung, die der SPD innewohnt, dringend abgerufen werden muss. Doch wenn wir gemeinsam die Kraftanstrengung vollbringen uns zu erneuern, dann ist die SPD zukunftsfähig und wird die politische Landschaft in der Bundesrepublik weiter maßgeblich mitbestimmen. Doch das muss umfassend in allen Bereichen und vor allem tatsächlich passieren. Konzepte zu beschließen und dann in die Schublade zu legen hilft der SPD nicht mehr weiter. Doch wenn wir gemeinsam nach unseren Überlegungen handeln und diese mit guten, progressiven Inhalten unterfüttern, die schließlich im Vordergrund stehen und den Menschen vermittelt, dass die SPD eine linke Volkspartei ist, dann werden wir fortbestehen und auch wieder deutlich erstarken.

P 7

KEINE VERKLÄRUNG DER DEUTSCHEN GESCHICHTE – UNVEREINBARKEIT MIT DEM BDV

Eine Mitgliedschaft beim Bund der Vertriebenen (BdV) ist unvereinbar mit einer Mitgliedschaft bei der SPD und bei der Arbeitsgemeinschaft der Jusos in der SPD.

P 8

DURCHSETZUNG DES UNVEREINBARKEITS-BESCHLUSSES

Die rigorose Durchsetzung des Unvereinbarkeitsbeschlusses in Bezug auf rechtsextreme Burschenschaften und einer gleichzeitigen Mitgliedschaft bei den Jusos bzw. der SPD.

Es geht um eine klare Trennlinie zu rechtsextremen Burschenschaften, die auch in den Dachverbänden der „Deutschen Burschenschaften“ [DB] und „Neuen Deutschen Burschenschaften“ [NDB] organisiert sind. Die SPD muss sich deutlicher als bisher nach rechts abgrenzen. Gerade aus unserer eigenen Geschichte und Tradition heraus können wir uns Nachlässigkeit in diesem Punkt nicht leisten. Die Grundsätze der „Rechtsextremen Burschenschaften“ sind mit denen der Sozialdemokratie unvereinbar, daher müssen wir dringend notwendige Werkzeuge zur sachgemäßen Umsetzung des Unvereinbarkeitsbeschlusses finden und nutzen.

Wir JungsozialistInnen fordern, vor dem Hintergrund der aktuellen „Herkunfts-“ Debatte innerhalb des DBs, den SPD-Parteivorstand auf, die Einhaltung der Unvereinbarkeit rigoros durchzusetzen.

SOZIALSTAAT GERECHT

S 1	Arbeitest du noch oder lebst du schon? Wir brauchen eine Reorganisation der Lebensarbeitszeit	87
S 2	Steuerhinterziehung durch schlagkräftigen und solidarischen Länderfinanzausgleich beenden.....	90
S 3	Frauen auf dem Arbeitsmarkt.....	92
S 7	Arbeitnehmersvertreter stärker schützen	95

S 1

ARBEITEST DU NOCH ODER LEBST DU SCHON? WIR BRAUCHEN EINE REORGANISATION DER LEBENSARBEITSZEIT

SITUATIONSBESCHREIBUNG

Heute leben wir in einer immer komplexer werdenden Welt, die auch die Welt jedes einzelnen Verändert. Die Wirtschaft und die Arbeitswelt ist einem ständigen Wandel unterworfen, der neue Probleme aufwirft. So wird heute vermehrt Druck durch Gesellschaft und Medien auf den Einzelnen ausgeübt erfolgreich zu sein, eine Familie zu gründen und eine feste Arbeitsstelle zu bekommen, wenn möglich privat für seine Rente vorzusorgen und möglichst lange fit und agil zu bleiben um bis zu seinem 65. Lebensjahr zu Arbeiten bzw. 45 Jahre in die Rentenversicherung einzuzahlen. Einem Dreißigjährigen mit einem befristeten Arbeitsvertrag und seiner Partnerin mit einem Mini- oder Ein-Euro-Job kann man verantwortungsvollerweise jedoch nicht noch zumuten, zwei oder drei Kinder zu bekommen obwohl gerade junge Menschen von den Medien und der Gesellschaft propagiert bekommen, Deutschland überaltere und man müsse mehr Kinder bekommen. Diese Vielzahl an gesellschaftlich verordneten Aufgaben ist immer schwerer zu erreichen auch wegen immer stärker werdender wirtschaftlicher Unsicherheiten für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin steigt, wir leben in Zeiten in denen die zeitlich begrenzte und atypische Beschäftigung gerade für junge Arbeitnehmer immer weiter steigt. So ist in der Altersgruppe der 15 bis unter 20 jährigen der Anteil befristet Beschäftigter auf 40,7% besonders hoch, in der Altersgruppe der 20 bis unter 25 jährigen arbeitete gut jeder Vierte mit befristetem Vertrag. Bei Beschäftigten ab etwa dem dreißigsten Lebensjahr geht der Anteil zeitlich begrenzter Beschäftigungen merklich zurück. Trotzdem betrug er für die 30 bis unter 40 jährigen noch 9,3% und bei 40 bis unter 50 jährigen noch 6,1%. Bei den 50 Jahre und älteren arbeiteten schließlich nur noch etwa jeder Zwanzigste (4,7%) mit zeitlich begrenztem Vertrag.

Die Befristete Beschäftigung bzw. gebrochenen Erwerbsbiografie erschweren es für den jungen Menschen Planungssicherheit zubekommen und neben der (propagierten) eigenen Vorsorge auch noch eine Familie zu gründen. So wirkt sich der weiter steigende Anteil von befristeter Beschäftigung so unter anderem auch direkt auf die Familiengründung bzw. die Eheschließung aus, so war in den 1970ern die Geburtshäufigkeit der Frauen in der Altersgruppe 25- 29 Jahre besonders hoch. Ab 2002 wurde diese Altersgruppe von den Frauen der Altersgruppe 30- bis 34 Jahre abgelöst, sodass sich die Geburtshäufig bezogen auf das Alter der Frauen seit dem um mehr als 5 Jahre verändert hat.² Hinzu kommt ein sich immer stärker an Projekten und Kampagnen orientierender Arbeitsmarkt, sodass Arbeitnehmer verstärkt für einzelne Projekte/Kampagnen eingestellt werden und sich so die Planungsunsicherheit was die eigene Zukunft und die Familie angeht aber auch die eigene Vorsorgemöglichkeit aufgrund der drohenden baldigen Arbeitslosigkeit weiter forciert.

Bei gesellschaftlich geforderter und unterstützter Individualisierung und Flexibilisierung auf der einen Seite, wurden die Risiken einzelner Lebensentscheidungen zunehmend Privatisiert und können höchstens in diesem Rahmen noch abgedeckt werden. Wir JungsozialistInnen jedoch wissen, Freiheit kann nur bei gleichzeitiger solidarischer Sicherheit existieren. Die freiheitliche und individuelle Verfügung über die eigene Lebenszeit ist eine hoch emanzipatorische Errungenschaft, die es zu bewahren und verteidigen gilt.

LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN

Bisher haben wir nur bruchstückhafte Antworten auf diese Fragen. Ein Gesamtkonzept zur Integration der unterschiedlichen Lebensphasen in die Erwerbsbiografie gibt es nicht. Es ist jedoch wichtig, an ganzheitlichen Lösungen zu arbeiten. Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Weiterbildungspolitik, Familienpolitik und Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, all diese Bereiche werden von der Umstellung auf eine emanzipatorische und würdige Erwerbsbiographie tangiert.

Ein ganzheitliches Konzept der Organisation von Lebensarbeitszeit darf nicht in einzelnen politischen Ressorts verhaftet bleiben, sondern erfordert das Ineinandergreifen der Maßnahmen. Dabei gehören zu einer Diskussion über die individualisierte und emanzipierte Gestaltung von Lebensarbeitszeit keinesfalls nur die Instrumente, die unmittelbar die Organisation von Brüchen in Erwerbsbiografien betreffen. Sowohl bei den Jusos als auch innerhalb der SPD muss diese Diskussion nun erneut geführt werden. Dabei ist es wichtig, nicht nur über Arbeits-, sondern auch über Lebenszeit zu sprechen. Wenn wir die Debatte über Lebensarbeitszeit führen, dürfen wir auch keine Angst haben, verbrannt geglaubte Begriffe wie Erwerbstätigenversicherung und Arbeitszeitverkürzung wieder aufs Tableau zu heben.

EINZELNE ASPEKTE

» Zeitgestaltung

Um die Zeithoheit in der Arbeitswelt wird mittels der verschiedensten Modelle gerungen. Vielversprechend zeichnen sich zur Zeit Modelle der Lebensarbeitszeitkonten ab. Momentan werden unterschiedliche Kontenmodelle noch hauptsächlich als eine Möglichkeit der alternativen Gestaltung eines flexiblen Einstiegs in den Ruhestand diskutiert. Dabei bieten Langzeitkonten oder Zeitwertkonten weit mehr Möglichkeiten der lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung. Phasen der Kindererziehung, der Pflege, der beruflichen Neuorientierung oder der Regeneration können mittels der Konten flexibel und individuell mit der Berufstätigkeit vereinbart werden.

Entsprechende Modelle haben sich gerade in der Finanzkrise bewährt und konnten einige ArbeitnehmerInnen vor Entlassungen bewahren. Was in vielen Betrieben bereits als Überstundenausgleich durch Freizeit funktioniert, wird durch die Lebensarbeitszeitkonten lediglich in seinem Prinzip über den Monat oder das Kalenderjahr hinaus auf die gesamte Erwerbsbiografie ausgedehnt. So kann der Arbeitsumfang unterschiedlichen Lebensphasen angepasst werden. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Nutzung dieser Langzeitkonten existieren – wenn auch verbesserungswürdig – bereits. Jedoch werden die Konten bisher nur von 7 Prozent der Unternehmen angeboten und von 18 Prozent der Beschäftigten genutzt. Das kann zum Einen an den vielen noch ungelösten Problemen auf der Seite der ArbeitgeberInnen liegen, zum Anderen aber sicherlich auch an der geringen Durchsetzungsmöglichkeiten der ArbeitnehmerInnen bei der tarifpolitischen Verhandlung dieser Konten. Dass die individuellen Probleme bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Lebensphasen durch ein kollektiv geltendes Instrument gelöst werden könnten, ist in den Betrieben bisher nicht auf offene Ohren gestoßen. Bisher wird sich meist weiterhin auf Einzelfalllösungen verlassen. Eine Neuorientierung der Arbeitszeitgestaltung ist gerade für die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung. Häufig sind Frauen die leittragenden, von fehlender Flexibilität auf der einen und falschverstandener Anwesenheitskultur auf der anderen Seite, bei der nur der- bzw. diejenige Karrierechancen bekommt, die/der früh kommt, spät geht und auf jedem Meeting oder Sommerfest dabei ist.

» Eltern- und Pflegezeit

Bei der Debatte um die Deutungshoheit über die Verteilung der eigenen Arbeitszeit müssen auch die Einarbeitung von Eltern- und Pflegezeiten in eine Erwerbsbiographie besser ausgestaltet werden und integrierbar bleiben. Wir benötigen rechtliche Rahmenbedingungen und Sicherheiten, damit nur als kurzfristige Lösungen gedachtes, berufliches Ausscheiden nicht zum Dauerzustand und damit zur Falle wird. Die Anzahl der Plätze Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen müssen deutlich erhöht werden. Dass sich Menschen aus ihrem Beruf und sonstigen Leben komplett zurückziehen müssen, um die dauerhafte Pflege eines Angehörigen zu übernehmen kann nicht unser Ziel sein. Dort wird deutlich mehr Unterstützung gebraucht. Die

Professionalisierung der Pflege und Pflegeberufe spielt dabei eine wichtige Rolle. Die „Generation der pflegenden Töchter“ kann keine sozialdemokratische Antwort auf die sich stellenden Herausforderungen einer alternden Gesellschaft sein.

» Lebenslanges Lernen

Wir Jusos wissen, dass Bildung und Weiterbildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und erfolgreichen Berufseinstieg und –verbleib ist. Deshalb ist Lebenslanges Lernen ein wichtiger Baustein eines erfolgreichen Lebensarbeitszeitkonzeptes. Bei der Weiterbildung hackt es jedoch bisher an einigen Stellen. Ob beruflich oder schulisch, Informationen über unterschiedliche Träger müssen von unterschiedlichen Orten zusammengetragen werden. Es gibt zur Zeit keine zentrale Weiterbildungsstelle, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aber bspw. auch Auszubildenden, Studierenden oder Arbeitslosen gemeinsam Auskünfte über Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Finanzierungsmöglichkeiten bietet. Zu einer sinnvollen Integrierung der verschiedenen Angebote benötigen wir eine solche Vernetzung bisheriger Strukturen.

» Arbeits- und Gesundheitsschutz

Im Sinne des Gesundheitsschutzes benötigen wir Modelle, die neben der flexiblen Zeitgestaltung auch inhaltliche Flexibilität ermöglichen. Nicht jeder ältere Arbeitnehmer kann noch schwer heben oder tragen. Er oder sie kann jedoch unter Umständen die Ausbildung und Einarbeitung von neuen MitarbeiterInnen betreuen. Neben der rein quantitativen Anpassung von Arbeitszeit an die Erfordernisse älterer ArbeitnehmerInnen muss vermehrt auch auf deren qualitative Arbeitsplatzgestaltung geachtet werden und mehr Flexibilität bei der genauen Arbeitsaufgabe möglich sein. Entscheidender, als die genaue Jahreszahl, mit der Menschen in Rente gehen, muss es unser Ziel sein, Menschen möglichst lange gesund und vital zu halten.

» Altersteilzeitmodelle

Wir fordern die Beibehaltung und Weiterentwicklung der bisherigen Altersteilzeitmodelle. Wichtig ist es hierbei darauf zu achten, dass diese die Betroffenen nicht vor neue Belastungen stellen darf, wie etwa die Rente mit 67, die unter den gegebenen Umständen faktisch rentenmindernd wirkt. Auch die psychischen Belastungen, die ein plötzlicher Renteneintritt, nach Jahrzehnten des Vollzeit-Schuftens und Überstundenaufbaus hervorrufen kann, muss bei der Konzeption neuer Renteneintrittsmodelle berücksichtigt werden.

» Rente

Es wird die Arbeit des Handwerkers, der Lebenslang auf der Baustelle gearbeitet hat mit Büroarbeit oder anderer geistiger Arbeit gleichgesetzt obwohl beide vollkommen unterschiedlich sind und in ihrer Form nicht vergleichbar. Zudem bestraft Verrentung in Zeiten von propagiertem Fachkräftemangel, den/die Einzelne/n, die/der sich körperlich und geistig noch ausreichend in der Lage sieht zumindest teilweise weiterzuarbeiten und nicht zwangsläufig nach 45 Beitragsjahren in den Ruhestand geschickt werden möchte. Daher fordert wir eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters, dass sich nicht an dem Alter der betreffenden Person fest macht, sondern an den Beitragsjahren und an der Leistungsfähigkeit des/der Einzelnen.

Die Debatte um Zeitverteilung, Zeitgestaltung und Zeithoheit ist eine hochpolitische, der es sich mutig zu stellen gilt. Wir Jusos müssen uns den veränderten Anforderungen, die durch Flexibilisierung oder dem Anspruch an Lebenslanges Lernen an Erwerbsbiographien herangetragen wird nicht verschließen. Im Gegenteil brauchen wir eine neue und ehrliche Debatte darum, wie diesen Anforderungen begegnet werden kann und können und sollten diese bisher unbeantwortete Frage nutzen, um die aufkommenden Fragen „wie wollen wir arbeiten“ in einem jungsozialistischen Sinne zu beantworten. Klar ist, bei einer ersten Feldvermessung dürfen wir nicht stehen bleiben. Auftrag muss nun sein, Instrumente innerhalb der einzelnen Themenfelder und Lebensabschnitte zu entwickeln.

STEUERHINTERZIEHUNG DURCH SCHLAGKRÄFTIGEN UND SOLIDARISCHEN LÄNDERFINANZAUSGLEICH BEENDEN

Im Februar 2010 wurde hitzig über den möglichen Kauf von sogenannten „Steuersünder-CDs“ durch deutsche Behörden diskutiert. Schnell wurde dabei auch eine Forderung laut, die sich parteiübergreifend – auch innerhalb der SPD – großer Beliebtheit erfreute: Die Finanzämter benötigen mehr Steuerfahnder.

Bereits in einem Gutachten des Bundesrechnungshofes vom November 2009 war intensiv auf diesen Missstand hingewiesen worden: „In der Verwaltungspraxis der Länder haben sich im Laufe der Zeit unterschiedliche Bearbeitungsstandards und Intensitäten bei der Durchsetzung steuerlicher Pflichten und bei der Ahndung von Verstößen herausgebildet. Insbesondere in den Prüfdiensten ist der Personaleinsatz uneinheitlich und insgesamt nicht ausreichend. So hat der BRH u. a. eine trotz hoher Betrugsanfälligkeit zu geringe Quote der Umsatzsteuer-Sonderprüfungen, zu wenige Außenprüfungen bei Einkunftsmillionären und eine mangelnde Kontrolle steuerrelevanter Geschäftsvorfälle im Internet festgestellt.“¹

Doch warum ist das so? Der Bundesrechnungshof begründet: „Personalaufstockungen, z. B. in den Steuerfahndungsstellen, führen bei ihnen [gemeint sind die Bundesländer] zu Mehrausgaben, während die daraus erzielten Steuerermehreinnahmen ihnen nur zu einem Bruchteil zufließen. Zudem sind einzelne Länder bestrebt, die heimische Wirtschaft mit Hilfe der Besteuerung zu fördern. Somit besteht wenig Anreiz zu einer möglichst vollständigen Steuererhebung.“

Im Klartext: Die Erträge der SteuerfahnderInnen fließen zu einem großen Teil in den Länderfinanzausgleich. Gerade Bundesländer mit starker wirtschaftlicher Leistung, wie beispielsweise Bayern und Baden-Württemberg haben also keinen Anreiz Steuerfahndungsstellen zu schaffen, weil sie von den Erträgen nicht profitieren. Dabei geht dem Staat gerade hier viel Geld verloren, wie beispielsweise die „Steuersünder-CDs“ exemplarisch zeigen. Alle Bundesländer profitierten von den zusätzlichen Einnahmen, die südlichen Bundesländer aber mit Abstand am meisten.

Ein weiterer Effekt verstärkt das Gefälle zugunsten von Steuerhinterziehungen: Die südlichen Bundesländer haben nicht nur keinen Vorteil von zusätzlichen SteuerfahnderInnen, weil sie die Personalkosten tragen, die Erträge aber maßgeblich in den Länderfinanzausgleich wandern. Zusätzlich erlangen sie sogar einen massiven Standortvorteil dadurch, dass sie bewusst auf die Einstellung zusätzlicher Finanzbediensteter verzichten. Unternehmen entschließen sich unter anderem aufgrund der laxen Prüfungen für einen Standort im Süden des Bundesgebietes. Somit erhöht sich zumindest theoretisch auch die Summe der Steuern, die dem Fiskus vorenthalten werden.

Heute, anderthalb Jahre nach der Diskussion um die „Steuersünder-CDs“, ist wenig passiert. Zwar können verschiedene Landesbehörden wie zuletzt in Berlin steigende Fallzahlen und somit auch wichtige Einnahmen verzeichnen. Dennoch hat sich an der personellen Minder-Ausstattung nichts verbessert. So führen lediglich diejenigen Fälle zu einer positiveren Bilanz, die entweder direkt durch die Daten der „Steuersünder-CDs“ ausgewertet und bearbeitet werden konnten oder die Selbstanzeigen, die im Zuge einer durch die gekauften Daten möglichen Strafverfolgung präventiv getätigt wurden.

¹ Präsident des Bundesrechnungshofes: Chancen zur Entlastung und Modernisierung des Bundeshaushaltes. Bonn 2009.

Dabei liegen die positiven Effekte einer besseren personellen Ausstattung der Finanzämter auf der Hand: Laut ver.di fehlen bundesweit insgesamt über 3.000 Beschäftigte bei der Steuerfahndung und im Innendienst.² JedeR einzelne Beschäftigte erzielt mindestens das Doppelte des Betrags, den sie oder er als Arbeitskraft den Staat kostet, je nach Bedingungen kann auch durchschnittlich mehr als das achtfache der Personalkosten erzielt werden.

Die Gründe für die immer noch massive Zurückhaltung bei der Umsetzung der einhelligen Forderungen nach mehr Personal in den Finanzbehörden wurden bereits genannt: Fehlende Anreize, da Einnahmen durch SteuerfahnderInnen oft nicht bei den Ländern bleiben und zusätzliche Standortvorteile, dadurch, dass billigend in Kauf genommen wird, dass Unternehmen nicht geprüft werden. Diese Mechanismen müssen dringend geändert werden, um Steuerhinterziehung einzudämmen und den Menschen deutlich zu machen, dass Unternehmen nicht bevorzugt behandelt werden, sondern sich regelmäßig Prüfungen unterziehen müssen.

Wir NRW Jusos stehen zum Länderfinanzausgleich und verurteilen die Forderungen, auch von Genossen aus Baden-Württemberg, diesen aufzulösen. Wir brauchen Solidarität unter den Bundesländern. Und diese ist keine Einbahnstraße! Nordrhein-Westfalen hat auch jahrelang in den Länderfinanzausgleich gezahlt und sich solidarisch gezeigt, als Bundesländer davon profitierten, die jetzt selbst die Solidarität in Frage stellen.

Wir NRW Jusos fordern die NRW Landesregierung auf, den politischen Forderungen rund um die Diskussion der „Steuersünder-CDs“ auch Taten folgen zu lassen und bei der anstehenden Diskussion um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs zum einen auf den solidarischen und soliden Erhalt des Länderfinanzausgleichs zu achten und andererseits eine Initiative einzubringen, die es den Ländern erlaubt, die gesamten Personalkosten und einen Teil der zusätzlichen Einnahmen aus Steuerprüfungen einzubehalten, um so Anreize zur Anstellung von zusätzlichem Personal zu schaffen. Dies wäre aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit, alles andere ist eine unsolidarische Frechheit!

² gemessen an den Personalbedarfsrechnungen der ArbeitsgeberInnen

FRAUEN AUF DEM ARBEITSMARKT

Eigenständige Erwerbsarbeit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Emanzipation von Frauen. Um ein selbstbestimmtes Leben zu führen ist Erwerbsarbeit und eine weitgehend finanzielle Unabhängigkeit ein Schlüsselfaktor. Dennoch ist dort in den letzten Jahren viel zu wenig passiert. Noch immer sind nur 64% aller Frauen überhaupt berufstätig, und wenn sie es sind, meist in Teilzeit, Mini-Jobs oder anderen Niedriglohnbereichen. Noch immer verdienen Frauen durchschnittlich 23% weniger als Männer. Dies liegt zu einem großen Teil an tradierten Rollenbildern, denen wir häufig zum Opfer fallen, und die Frauen in Berufe drängen, die schlechter bezahlt sind. Allerdings spielt auch ein weiterer wichtiger Faktor eine Rolle: einfach nur das Geschlecht. Ein gewisser Unterschied in der Bezahlung bleibt auch dann zurück, wenn die Faktoren der unterschiedlichen Berufsbilder heraus gerechnet werden. Auch um den Karriereerfolg von Frauen ist es nicht viel besser bestellt. Trotz aller Beteuerungen der Wirtschaft, mehr Frauen in Vorstände und Aufsichtsräte zu holen ist ihre Anzahl noch immer verschwindend gering. 2010 waren in den Vorständen der Dax 30 Unternehmen nur vier Frauen zu finden, im Gegensatz dazu jedoch 184 Männer. Dies entspricht einem Prozentsatz von 2,14 %. Zieht man den Kreis etwas weiter, auf die 200 größten Unternehmen Deutschlands, kommen wir auf die ebenso katastrophale Zahl von 2,5% Frauenanteil. Aber nicht nur in den Vorständen sind Frauen kaum zu finden. Ebenso wenige Spitzenpositionen in der Politik oder in der Wissenschaft werden mit Frauen besetzt.

Diesem Trend müssen und wollen wir Jusos uns entschieden entgegen stellen. Denn wir stehen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

VERFEHLTE MASSNAHMEN

Weiche Zielvereinbarungen oder das appellieren an die Vernunft der UnternehmerInnen hat in den letzten Jahren keine Wirkung gezeigt. Gesetzesmaßnahmen wie die Einführung des Betreuungsgeldes (die Möglichkeit, 150 Euro pro Monat zu beantragen, wenn das eigene Kind nicht in Betreuung gegeben, sondern zu Hause betreut wird) schaffen völlig falsche Anreize anstatt einem geschlechtergerechten Arbeitsmarkt. Jetzt ist nicht mehr die Zeit für Bitten und Appelle, jetzt ist Zeit zu handeln.

WAS WIR VORSCHLAGEN:

Was wir brauchen, sind endlich wirklich wirkungsvolle Maßnahmen, um Frauen gleiche Rechte und Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt einzuräumen

» Quote in Aufsichtsräten und Vorständen

Die Partei hat sie längst beschlossen, und auch wir Jusos stehen ohne Wenn und Aber zu einer gesetzlichen 40%-Frauen-Quote in Aufsichtsräten und Vorständen. Frauen in Führungspositionen haben eine wichtige, nicht zu unterschätzenden Vorbildfunktion. Starke Frauen müssen sichtbar gemacht werden.

» Entgeltgleichheitsgesetz

Dazu gehört gerechte Bezahlung für Frauen und Männer und ein Ende der Diskriminierung auf allen Ebenen des Arbeitslebens, damit der so genannte Gender-Pay-Gap von gut 23%, die Frauen in Deutschland durchschnittlich weniger verdienen als Männer und uns damit als eines der am wenigsten emanzipierten Länder Europas entlarvt. Dafür müssen wir endlich ein Gesetz zu Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen auf den Weg bringen, damit nicht der freie Markt den Grad der Gleichstellung in Deutschland definiert. Wir Jusos unterstützen deshalb, den im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung entwickelte Gesetzesentwurf eines Entgeltgleichheitsgesetz. Laut diesem Vorschlag soll der Arbeitgeber in einem ersten Schritt

verpflichtet werden, einen Entgeltbericht zu erstellen und ihn an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) zu übermitteln. Dies allein kann unter Umständen die Initialzündung für die Beschäftigung mit Frauenförderplänen oder Gleichstellungsmechanismen sein. Der Bericht wird von der ADS geprüft. Ergibt dies den Verdacht auf Diskriminierung, kann die ADS detaillierte Daten vom Arbeitgeber verlangen. Diese können dann – in anonymisierter Form – von Tarifvertragsparteien, Antidiskriminierungsverbänden (auch Gewerkschaften), Betriebs- bzw. Personalräten oder Beschäftigten des Betriebs für eine detaillierte Prüfung genutzt werden. Wird der Diskriminierungsverdacht bestätigt, kommt es darauf an, ob in dem Unternehmen ein Betriebs- bzw. Personalrat besteht. Ist dies der Fall, wird eine paritätisch besetzte Entgeltgleichheitskommission mit einer sachkundigen Person als Vorsitzende/r, sowie einer weiteren sachverständigen Person gebildet. Ist dies nicht der Fall, führt der Arbeitgeber die Anpassungen mit Hilfe einer sachkundigen Person gemeinsam durch. Die Ergebnisse der Anpassungen müssen der ADS mitgeteilt werden und werden erneut überprüft. Ebenso gibt es ein detailliertes Verfahren zur Überprüfung von Tarifverträgen. Wegen der zu achtenden Tarifautonomie wird den Tarifvertragsparteien aber größtmögliche Gestaltungsfreiheit gelassen. Die Anwendung dieses sogenannten „soft laws“ würde bei den Unternehmen wohl auf weit weniger Widerstand stoßen, als etwa ein fremdentwickeltes, starres Bewertungssystem übernehmen zu müssen.

» Einen öffentlichen Dienst mit Vorbildcharakter

Entgeltgleichheit ist durch die Eingruppierung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Tarifgruppen weitgehend diskriminierungsfrei hergestellt. Insgesamt sind aber auch in staatlichen Institutionen beschäftigte Frauen eher in niedrigeren Tarifklassen zu finden als ihre Kollegen. Hier wirkt sich – häufig gar in gleichem Maße wie in der Wirtschaft – die sogenannte „gläserne Decke“ aus, die den Karriereweg von Frauen häufig bereits vor Erreichen höherer Positionen stagnieren lässt – nicht ohne Effekt für die Summe der Bezüge von Frauen.

Das Entgeltgleichheitsgesetz gilt, sobald es in Kraft tritt, selbstverständlich auch für den öffentlichen Dienst. Doch schon vorher kann hier mit einem Berichtswesen, welches die Geschlechter- und Bezügeverteilung in den jeweiligen öffentlichen Institutionen und deren Entwicklung aufzeigt, für das Thema sensibilisiert werden. Deshalb muss ein solches anonymisiertes Berichtswesen schnellstens für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes verpflichtend werden. Insbesondere für die Wissenschaftsbetriebe ist eine solche Verpflichtung zur Offenlegung wünschenswert, um auch in diesem häufig sehr undurchsichtigen Sektor die Defizite in Sachen Geschlechtergerechtigkeit erkennbar zu machen. So kann der öffentliche Dienst als Vorreiter bei der Offenlegung der Geschlechterverhältnisse in seinen Institutionen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt enormer Handlungsbedarf besteht und somit den Weg für ein auch für die Privatwirtschaft verbindliches Berichtswesen im Sinne des Entgeltgleichheitsgesetzes ebnen.

» Vaterzeit

Entsprechend des Mutterschutz soll eine gesetzlich vorgeschriebene Vaterzeit von 8 Wochen für junge Väter eingeführt werden, die es Vätern ermöglicht die ersten Wochen zu Hause bei ihrem Kind zu sein. Dem Trend, einer allein auf dem Papier existierenden Möglichkeit, sich als junger Vater Zeit für sein Kind nehmen zu können, da bei bestehen auf dieses Recht mit massiven Diskriminierungen und Verschlechterungen in der Karriere zu rechnen sind, kann damit entgegen gewirkt werden. Diese Maßnahme scheint des Weiteren eine gute Möglichkeit, die weiterhin bestehende Diskriminierung von Frauen als potenziellen Müttern zu begegnen. Jeder junge Mann wird damit zum potenziellen Vater. Diese Maßnahme ist damit ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem geschlechtergerechten Arbeitsmarkt.

» Mehr/bessere Kinderbetreuung

Deshalb ist der Ausbau der Kindertagesstätten und der Ganztagschulen vorrangig, damit Frauen nicht länger auf die ewige Karrierefalle „Teilzeitarbeit“ angewiesen sind, sondern ihre Potenziale nutzen und gesellschaftlich einbringen können. Wir fordern einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder ab 6 Monaten, damit Mütter endlich nicht nur pro forma einen Anspruch auf Kinderbetreuung haben, sondern diese auch tatsächlich nutzen können. Des Weiteren setzen wir uns für eine schrittweise Einführung der völligen Beitragsfreiheit von Kinderbetreuung ein.

» Mini-Jobs abschaffen

Mini-Jobs gehören abgeschafft, damit Frauen nicht auf die ständige Rolle der Zuverdienerin ohne eigene Sozialabsicherung oder Rentenvorsorge festgelegt sind.

» Geschlechtergerechter Umbau der Sozialversicherungssysteme und des Steuersystems

Das deutsche Steuer- und Sozialversicherungssystem weist an vielen verschiedenen Stellen eine klare Werthaltung eines bestimmten Familien- bzw. Rollenmodells auf. Eindeutig wird hier dem Mann die Rolle des Hauptnährers und Familienvorstands, der Frau die Rolle der unbezahlten Reproduktionsarbeit und/oder Zuverdienerin zugewiesen. Deshalb setzen wir uns für den Umbau des Sozial- und Steuersystems im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit ein. Dazu gehört beispielsweise die Abschaffung des Ehegattensplittings, aber ebenso die kostenlose Mitversicherung von Ehepartnern, die die ewig gleiche Rollenverteilung zementiert und dafür sorgt, dass Erwerbsarbeit für einen der Partner unattraktiv wird. In der Regel kommt diese Rolle der Frau zu, deren Dasein als Hausfrau durch den Staat massiv subventioniert wird.

S 7

ARBEITNEHMERVERTRETER STÄRKER SCHÜTZEN

Gemäß Betriebsverfassungsgesetz genießen Arbeitnehmervereiner/innen in ihren Betrieben einen besonderen Kündigungsschutz. Hiervon nicht betroffen sind zeitlich befristete Angestellte.

So kann beispielsweise ein/e Auszubildende/r, welche/r 3 Monate vor Beendigung seiner/ihrer Ausbildung ordentliches Mitglied der JAV oder des Betriebsrates ist oder innerhalb von 12 Monaten vor seiner/ihrer Abschlussprüfung ordentlich an einer JAV oder Betriebsratssitzung teilgenommen hat, eine unbefristete Übernahme bei seinem/ihrer Arbeitgeber beantragen.

Wenn ein/e Auszubildende/r jedoch nach Beendigung seiner/ihrer Ausbildung in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen wird und erst dann in die JAV oder den Betriebsrat gewählt wird, zählt zwar auch der besondere Kündigungsschutz, jedoch stellt ein auslaufender Zeitvertrag rechtlich keine Kündigung dar.

WIR FORDERN DESHALB:

Eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, die die unbefristete Übernahme von Arbeitnehmervereiner/innen auch mit befristetem Arbeitsvertrag zur Pflicht für den Arbeitgeber macht, sofern der/die Arbeitnehmer/in einen entsprechenden Antrag schriftlich stellt.

WEITERE ANTRÄGE

W 1	Frauen im Schwangerschaftskonflikt urteilsfrei und bedarfsgerecht beraten!	99
W 2	Sachinformation über Schwangerschaftsabbruch ermöglichen: §219a StGB ergänzen!.....	100
W 3	Selbst mit gutem Beispiel vorangehen – Elternzeit auch für Abgeordnete!.....	100

W 1

FRAUEN IM SCHWANGERSCHAFTS- KONFLIKT URTEILSFREI UND BEDARFSGERECHT BERATEN!

Die NRW-Jusos fordern die Landesgruppe der NRWSPD im Deutschen Bundestag auf, die Initiative für eine Reform der Paragraphen 218 und 219 StGB und des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (SchKG) zu ergreifen, die insbesondere die folgenden Punkte berücksichtigt:

a) Ausrichtung der verpflichtenden Schwangerenkonfliktberatung auf die Bedürfnisse der betroffenen Frau im Sinne einer ergebnisoffenen und wertneutralen Information über alle zur Bewältigung des Schwangerschaftskonflikts zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auch die des Schwangerschaftsabbruchs. Entsprechend muss bei der Ausgestaltung der §§ 218 und 219 StGB und des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (SchKG) auf alle Regelungen verzichtet werden, die geeignet sind, den Status der Frau als mündige Grundrechtsträgerin in Zweifel zu ziehen. Dies meint insbesondere:

- » die Entscheidung der Frau nicht mehr am Kriterium der „unzumutbaren Belastung“ zu messen,
- » das Recht der Frau in der Beratung zu schweigen,
- » die Information über Adressen von Ärztinnen, Ärzten und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen und
- » die Information über psychosoziale Hilfeleistungen, die die Frau nach einem Abbruch in Anspruch nehmen,

der Verzicht auf die dreitägige Wartefrist zwischen Beratung und Eingriff.

b) Etablierung eines bundesweiten Netzes staatlicher Beratungsstellen für Frauen im Schwangerschaftskonflikt, zum Beispiel im Rahmen des Leistungskatalogs der kommunalen Gesundheitsämter.

Weiterhin fordern sie die NRWSPD auf, die Vermeidung ungewollter Schwangerschaften zu einem familienpolitischen Leitziel zu machen und Maßnahmen zu erarbeiten, die dazu beitragen, dass zukünftig möglichst jedes Kind ein erwünschtes Kind sein darf. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog sollte zum einen konkrete Präventionsangebote wie die Weiterentwicklung der Sexualerziehung und die Bereitstellung kostengünstiger Verhütungsmittel berücksichtigen.

W 2

SACHINFORMATION ÜBER SCHWANGERSCHAFTS- ABBRUCH ERMÖGLICHEN: §219A STGB ERGÄNZEN!

Die NRW-Jusos fordern die Landesgruppe der NRWSPD im Deutschen Bundestag auf, die Initiative für eine Ergänzung des §219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft) zu ergreifen. Dabei sollen solche Publikationen vom Geltungsbereich des Gesetzes ausgenommen werden, die Frauen im Schwangerschaftskonflikt Sachinformationen über die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs zur Verfügung stellen. Diese Ausnahmeregelung soll auch dann gelten, wenn es sich bei den Publizierenden, um Ärztinnen, Ärzte oder Kliniken handelt, die selbst Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

W 3

SELBST MIT GUTEM BEISPIEL VORANGEHEN – ELTERNZEIT AUCH FÜR ABGEORDNETE!

Die NRW-Jusos fordern die SPD-Bundestags- und Landtagsfraktion auf, Möglichkeiten für die Inanspruchnahme der Elternzeit auch für Bundestags- und Landtagsabgeordnete beiderlei Geschlechts zu prüfen. Insofern sich hierfür Gesetzesänderungen als notwendig erweisen, so soll die betreffende SPD-Fraktion eine Initiative für diese ergreifen.



facebook.com/nrwjusos